

Bekanntmachung

Es findet eine Sitzung des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschusses am Donnerstag, 23.03.2023 um 19:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel statt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Anhörung der Beiräte
- 3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 16.02.2023
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Präsentation und Bewertung der ADFC-Variante durch das Ingenieurbüro Masuch + Olbrisch
 - 4.2 Ausbau der Straße Tinsdaler Weg - Abwägung der Stellungnahmen der Anliegerbeteiligung und Abwägung der zusätzlichen ADFC-Variante
 - 4.3 Satzung der Stadt Wedel über die Reinigung der öffentlichen Straßen sowie über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung (Straßenreinigungs- und -gebührensatzung - StruGS)
 - 4.4 Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2023 der Stadtentwässerung Wedel
 - 4.5 Kameradschaftskasse der Freiwilligen Feuerwehr Wedel 2023
- 5 Anträge
 - 5.1 Antrag der SPD-Fraktion: Ergebnisse des Jugendprojektes an der Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule
- 6 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
 - 6.1 Überblick über die aktuelle Situation der stadteigenen Wohnunterkünfte
 - 6.2 Stand und Kosten wichtiger Bauvorhaben - öffentliche Flächen
 - 6.3 Sachstand Schulbau in Wedel
 - 6.4 Bericht der Verwaltung
 - 6.5 Anfragen der Politik

7 Sonstiges

Voraussichtlich nichtöffentlicher Teil

8 Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 16.02.2023

9 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen

9.1 Nichtöffentlicher Bericht der Verwaltung

9.2 Nichtöffentliche Anfragen der Politik

10 Sonstiges

Öffentlicher Teil

11 Unterrichtung der Öffentlichkeit

gez. Rainer Hagendorf
Vorsitz

F. d. R.:
Mara Katharina Schlüter

<u>öffentlich</u>	
Verantwortlich: Fachdienst Bauverwaltung und öffentliche Flächen	BESCHLUSSVORLAGE

Geschäftszeichen FD 2-602 / Boe	Datum 16.02.2023	BV/2022/099-1
------------------------------------	---------------------	----------------------

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termine
Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss	Entscheidung	23.03.2023

Ausbau der Straße Tinsdaler Weg - Abwägung der Stellungnahmen der Anliegerbeteiligung und Abwägung der zusätzlichen ADFC-Variante

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beschließt die beigefügte Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen der Anlieger und Interessierten (gem. Anlage - Übersicht / Tabelle) sowie die Fortführung der Planungen zum Ausbau der Straße Tinsdaler Weg, u. a. mit der neuen Variante „Mix 1-2-1“ für den Bereich A (gem. Anlage - Lageplan Mix 1-2-1).

Im **Bereich A** (zw. Am Lohhof und Galgenberg) soll der Tinsdaler Weg in Teilbereichen als Einbahnstraße mit gegenläufigem Radweg (auf Hochbord) sowie Parkstreifen und Pflanzinseln ausgebaut werden. Zwischen der Pestalozzistraße und der Pulverstraße, inkl. Einmündung Rudolf-Breitscheid-Straße, soll der Tinsdaler Weg im Zweirichtungsverkehr mit beidseitigen Schutzstreifen nutzbar sein. Ein Erhalt des Baumbestandes (vor der EBG) und eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h sind anzustreben.

Im **Bereich B** (zw. Galgenberg und Grenzweg - HH) soll der Tinsdaler Weg mit beidseitigen Rad- und Gehwegen (auf Hochbord) ausgebaut werden.

Die Träger öffentlicher Belange sind in den weitergehenden Planungsprozess einzubeziehen.

Ziele**1. Strategischer Beitrag des Beschlusses**(Bezug auf Produkt / Handlungsfeld / Oberziele)

HF 2 Stadtentwicklung und Umwelt: Die Stadt sorgt für einen ausgewogenen Verkehrsmix, der sowohl Belange der Umwelt als auch des Wirtschaftsstandortes berücksichtigt

2. Maßnahmen und Kennzahlen für die Zielerreichung des Beschlusses

. / .

Darstellung des Sachverhaltes

In Mai / Juni 2022 wurden dem PLA und dem UBFA verschiedene Ausbauvarianten für den Tinsdaler Weg vorgestellt (s. a. BV/2021/137-2).

Nach längerer Beratungsphase wurde in den Ausschüssen mehrheitlich beschlossen, den Tinsdaler Weg in zwei Ausbaubereiche aufzuteilen und Verbesserungen für den Radverkehr vorzusehen. Für den **Bereich A** - zw. Am Lohhof und Galgenberg ergaben sich somit eine Variante mit beidseitigen Schutzstreifen (im Gegen-/Zweirichtungsverkehr) sowie Einbahnstraßenvarianten mit beidseitigen Radfahrstreifen bzw. mit Radfahrstreifen und gegenläufigem Radweg (auf Hochbord). Für den **Bereich B** - zw. Galgenberg und Grenzweg (HH) wäre ein Ausbau mit beidseitigen, getrennten Rad- und Gehwegen (auf Hochbord) realisierbar.

Daraufhin erfolgte im September '22 eine mehrwöchige, öffentliche Anliegerbeteiligung, angekündigt mittels in der Straße aufgehängten Plakaten und auf der Webseite der Stadt Wedel. Die Beteiligung erfolgte überwiegend **online** über ein extra eingerichtetes E-Mail-Postfach. Es haben mehr als 100 Anwohner bzw. Interessierte Stellungnahmen abgegeben (s. Anlage - Übersicht / Tabelle).

Grundsätzlich sind sehr viele Stellungnahmen eingegangen, in denen eine Verbesserung für Radfahrende bzw. separate Radwege und eine Temporeduzierung auf 30 km/h befürwortet und gefordert werden. In vielen Stellungnahmen wird der Erhalt der Parkmöglichkeiten und die Einrichtung einer Einbahnstraße sowie die Anlage von Grün-/Pflanzflächen gefordert.

Von einer Anwohnergruppe (ca. 15 Pers.) kam ein Vorschlag, den **Bereich A** differenzierter zu betrachten, um die Durchfahrt nicht zu sehr einzuschränken, aber Platz für alle Bedürfnisse zu behalten. Es sollte eine Einbahnstraße mit separaten Radwegen gebaut werden, die jeweils in Richtung R.-Breitscheid-Straße führt. Die Pestalozzi- und die Pulverstraße sollten uneingeschränkt erreichbar bleiben, die Radfahrenden dabei aber sicher geführt werden.

Unter Berücksichtigung der Vielzahl gleichlautender Stellungnahmen und des Gruppenvorschlages der Anwohner sowie der vorh. Straßenbreiten ergibt sich für die beiden Ausbaubereiche Folgendes:

zu Bereich A) zw. Am Lohhof und Galgenberg (neue Variante Mix 1-2-1):

Einrichtung einer Einbahnstraße vom Am Lohhof bis zur Pestalozzistraße sowie vom Galgenberg bis zur Pulverstraße, mit jeweils gegenläufigem Radweg (auf Hochbord). Radfahrende und Pkw/Lkw/Bus teilen sich die Fahrbahn in Fahrtrichtung der Einbahnstraße. Anlage von wechselseitigen Einengungen (Pflanzinseln) und Schaffung von Parkmöglichkeiten am Fahrbahnrand.

Aufpflasterungen im Bereich von Einmündungen und Überwegsbereichen.

Querschnitt (12 m): ca. 2,00 m Gehweg - ca. 2,10 m Radweg (inkl. Schutzstreifen und Bord) - 3,75 m bzw. 5,75 m Fahrbahn - ca. 2,15 m Gehweg.

Erhalt des Zweirichtungsverkehrs zwischen Pestalozzistraße und Pulverstraße, inkl. Einmündung R.-Breitscheid-Straße und Anlage von beidseitigen Schutzstreifen.

Querschnitt (12 m): Fahrbahn 4,50 m - beidseitig Schutzstreifen mit je 1,65 m Breite (inkl. Markierung und Wasserlauf) - beidseitig Gehweg mind. ca. 2,10 m breit (auf Hochbord)

zu Bereich B) zw. Galgenberg und Grenzweg/HH (ohne Kreuzung Industriestr./Elbring):

Ausbau analog Bestand mit beidseitigen Geh- und Radwegen sowie einer ausreichend breiten Fahrbahn für Begegnungsverkehr und Möglichkeiten zum Parken am Fahrbahnrand.

Querschnitt (14 m): Fahrbahn 6,50 m - beidseitig ca. 2,05 m Radweg (inkl. Schutzstreifen und Bord) sowie ca. 1,70 m Gehweg

Begründung der Verwaltungsempfehlung

Mit dem Ausbau der Straße Tinsdaler Weg soll die nutzbare Straßenfläche entsprechend geltender Richtlinien / Vorschriften in einen fachgerechten und verkehrssicheren Zustand gebracht werden.

Mit der neuen Variante „Mix 1-2-1“ verbessert sich im **Bereich A** die gesamte Verkehrssituation. Die Erreichbarkeit der Schule (EBG), inkl. Nebengebäude und Sporthalle/-platz Bergstraße, bleibt durch den Zweirichtungsverkehr zwischen Pestalozzistraße und Pulverstraße erhalten. Der Tinsdaler Weg könnte weiterhin als Ausweichstrecke bei Voll-/Teilsperre einer umliegenden Straße genutzt werden, da die nutzbare Fahrbahnbreite (von Bord zu Bord) 5,75 m wäre. Die Erreichbarkeit der Feuerwache (Schulauer Straße) wird nur gering eingeschränkt, da nur Teilbereiche Einbahnstraße werden. Durch die Einbahnstraßenregelung werden jedoch Such- und Fremdverkehre in den umliegenden Wohnstraßen (z. B. in der Pulverstr. / Goethestr. / Pestalozzistr., aber auch in der Feldstr. und Am Lohhof) erzeugt. Die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten sind noch abzuwägen.

Für den **Bereich B** gäbe es kaum eine Veränderung. Es müsste lediglich das Parken am Fahrbahnrand mit der Ausweisung von Halteverbotsbereichen neu geregelt werden.

Hinweise der TÖB oder aber fach-/technischen Besonderheiten werden in der weiteren Entwurfs-/ Ausführungsplanung berücksichtigt und eingearbeitet.

Darstellung von Alternativen und deren Konsequenzen mit finanziellen Auswirkungen

In den Sitzungen im Mai und Juni wurden weitere mögliche Varianten erläutert und vorgestellt (s. a. BV/2021/137-2), die nachfolgend noch einmal kurz benannt werden:

Für den **Bereich A** standen ein **Ausbau ähnlich Bestand** sowie **Einbahnstraßenvarianten** zur Diskussion.

Bei einem Ausbau ähnlich Bestand wäre das Parken am Fahrbahnrand teilweise möglich.

Nachteil: Eine Verbesserung für Radfahrer gäbe es nicht.

Bei einer Einbahnstraße könnten beidseitig **Schutzstreifen (Radfahrangebot) oder Radfahrstreifen und Radweg** (jeweils benutzungspflichtig, auch in Gegenrichtung) angelegt werden.

Nachteil: Es wird in der Straße kein Platz für haltende / parkende Fahrzeuge angeboten; ggf. subjektive Unsicherheit bei Nutzung des Radfahr-/Schutzstreifens und gleichzeitigem Lkw-/ Busverkehr.

Für den **Bereich B** standen auch der Ausbau mit **beidseitigen Radfahrstreifen** (benutzungspflichtig) oder mit **beidseitigen Schutzstreifen** (Radfahrangebot) zur Diskussion. Nachteil: wie vor.

Diese Varianten fanden bei der Mehrheit der Anwohner (s. Stellungnahmen) keinen Zuspruch.

Die bisher geschätzten Gesamtkosten der Straßenbaumaßnahme liegen bei ca. 6,2 Mio.€. Hierbei sind ca. 5,6 Mio.€ für Baukosten und ca. 600 T€ für Baunebenkosten (Ing.-leistungen, Vermessung, Baugrund, Sonstiges) eingeplant.

Eine detaillierte Kostenberechnung für die letztendliche Ausbauvariante der Bereiche A und B wird erst im Rahmen der Entwurfs-/Ausführungsplanung erfolgen.

Es handelt sich um eine Maßnahme im Sinne des Straßenbaubeitragsrechts, wobei die Ausbaubeiträge bei der Stadt Wedel zurzeit ausgesetzt sind.

Seitens der Stadt wird angestrebt, Fördermittel bzw. Zuschüsse vom Kreis Pinneberg bzw. vom Land S-H (LBV) zu erhalten. Es werden Anträge im Rahmen der Radverkehrsförderung und des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes gestellt.

Ergänzung: Abwägung der zusätzlichen ADFC-Variante

In der UBFA-Sitzung am 12.01.2023 hat der ADFC (Ortsgruppe Wedel) seine Variante mittels einer Power-Point-Präsentation vorgestellt. Grundsätzlich schlägt der ADFC vor, die Straße Tinsdaler Weg (Bereich A) wie folgt aufzuteilen: ca. 2 m Gehweg, 8 m Fahrbahn, ca. 2 m Gehweg. Die Fahrbahn soll dann in zwei Fahrstreifen mit je 2,70 m Breite und einem Mittel-/Rüttelstreifen in 0,60 m Breite sowie wechselseitigen 2 m breiten Parkstreifen aufgeteilt werden. Die Radfahrerenden haben dann jeweils die 2,70 m breite Fahrspur, gemeinsam mit Pkw/Lkw/Bus zu nutzen. Überholvorgänge erfordern dann das Überfahren des Mittel-/Rüttelstreifens und die Nutzung der gegenläufigen Fahrspur.

Daraufhin hat der UBFA beschlossen, die Verwaltung mit der Ausarbeitung der ADFC-Variante zu beauftragen. Gemäß Beschluss ist die Variante mit den gesetzlichen Vorgaben in Übereinstimmung zu bringen und dem Ausschuss als Zusatzvariante zum nächstmöglichen Sitzungstermin in einer Beschlussvorlage vorzulegen.

Die Verwaltung hat den Auftrag an das Planungsbüro M+O aus Oststeinbek weitergegeben. Die Ausarbeitungen des Büros M+O sind der neuen Anlage „Kurzbericht M+O zu ADFC-Variante“, inkl. Querschnitt und Lagepläne zur ADFC-Variante zu entnehmen.

Seitens der Verwaltung wurde im Nachgang zur Ausschusssitzung festgestellt, dass die vom ADFC vorgestellte Variante weitestgehend dem Leitfaden des BMVI „Fahrradstraßen - Leitfaden für die Praxis“ entnommen wurde. Es wurde seitens des ADFC jedoch nicht darauf hingewiesen, dass die aufgezeigten Darstellungen und Fotos die Ausweisung einer Fahrradstraße voraussetzen (s. Anlage).

Fazit: Da die verkehrsrechtlichen Voraussetzungen (vorherrschende Verkehrsart: Radverkehr, kein Durchgangsverkehr) für eine Fahrradstraße im Tinsdaler Weg zurzeit nicht gegeben sind, schlägt die Verwaltung weiterhin die Variante „MIX 1-2-1“ vor.

Sichere Radverkehrsanlagen können hier nur bei den erarbeiteten Varianten „Schutzstreifen“ (bei Zweirichtungsverkehr) und „Einbahnstraße“ (mit baulich angelegten Radwegen, auch in Gegenrichtung) vorgesehen werden.

Finanzielle Auswirkungen

Der Beschluss hat finanzielle Auswirkungen:

☒ ja ☐ nein

Mittel sind im Haushalt bereits veranschlagt

☒ ja ☐ teilweise ☐ nein

Es liegt eine Ausweitung oder Neuaufnahme von freiwilligen Leistungen vor:

☐ ja ☒ nein

Die Maßnahme / Aufgabe ist

- ☐ vollständig gegenfinanziert (durch Dritte)
☒ teilweise gegenfinanziert (durch Dritte)
☐ nicht gegenfinanziert, städt. Mittel erforderlich

Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 21.02.2019 zum Handlungsfeld 8 (Finanzielle Handlungsfähigkeit) sind folgende Kompensationen für die Leistungserweiterung vorgesehen:

(entfällt, da keine Leistungserweiterung)

Ergebnisplan						
Erträge / Aufwendungen	2022 alt	2022 neu	2023	2024	2025	2026 ff.
		in EURO				
*Anzugeben bei Erträge, ob Zuschüsse / Zuweisungen, Transfererträge, Kostenerstattungen/Leistungsentgelte oder sonstige Erträge Anzugeben bei Aufwendungen, ob Personalkosten, Sozialtransferaufwand, Sachaufwand, Zuschüsse, Zuweisungen oder sonstige Aufwendungen						
Erträge*						
Aufwendungen*						
Saldo (E-A)						

Investition	2022 alt	2022 neu	2023	2024	2025	2026 ff.
	in EURO					
Investive Einzahlungen						
Investive Auszahlungen	100.000		100.000	1,5 Mio.	1,5 Mio.	3 Mio.
Saldo (E-A)	100.000		100.000	1,5 Mio.	1,5 Mio.	3 Mio.

Anlage/n

- 1 Abwägung der Stellungnahmen (Übersicht)
- 2 Übersicht neu (System MIX 1-2-1)
- 3 Bereich A - Plan01 MIX 1-2-1
- 4 Bereich A - Plan02 MIX 1-2-1
- 5 Bereich B - Plan03 Ausbau analog Bestand
- 6 Bereich B - Plan04 Ausbau analog Bestand
- 7 Kurzbericht M+O zu ADFC-Variante
- 8 Querschnitt ADFC-Variante
- 9 Lageplan ADFC-Variante (Abschn1)
- 10 Lageplan ADFC-Variante (Abschn2)
- 11 Auszüge aus dem BMVI-Leitfaden Fahrradstraßen

UBFA-Beschluss zur Vorplanung (Ausbauvorschlag): Aufteilung der Straße in zwei Ausbaubereiche und Verbesserungen für den Radverkehr vorsehen**Bereich A** - zw. Am Lohhof und Galgenberg: mit beidseitigen Schutz-/Radfahrstreifen weiter planenVarianten Bereich A: Gegenverkehr mit beids. Schutzstreifen; Einbahnstraße mit beids. Radfahrstreifen; Einbahnstraße mit Radfahrstreifen und gegenläufigem Radweg**Bereich B** - zw. Galgenberg und Grenzweg (HH): mit beidseitigen Radwegen weiter planenVariante Bereich B: Fahrbahn mit beidseitigen Rad- und Gehwegen (auf Hochbord)

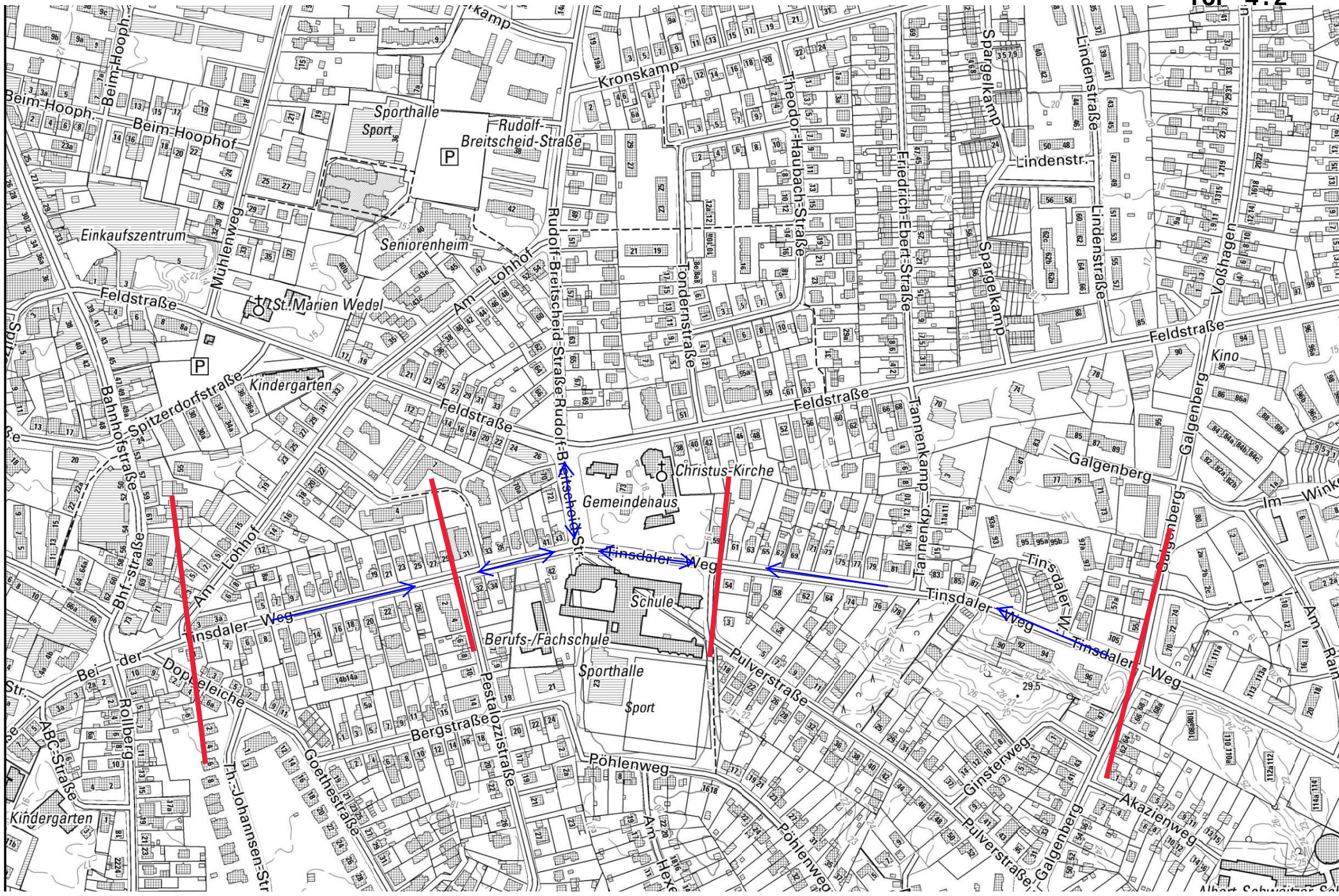
Ifd. Nr.	Einwand / Anregung (sinngemäße Faktendarstellung)	Radf.	Parken	Einb.	30 km/h	Abwägungsvorschlag	Begründung bzw. weitere Veranlassung	Anzahl Einw.
1	Einbahnstraße wird abgelehnt, aus benannten Gründen; zu Bereich A: befürwortet wird die Variante mit beidseitigen Schutzstreifen; zu Bereich B: befürwortet wird der Ausbauvorschlag	+1	-1	-1	0	wird berücksichtigt	entspricht den Vorschlägen der Verwaltung bzw. der Beschlusslage	1 Pers.
2	Einbahnstraße wird abgelehnt, aus benannten Gründen; zu Bereich A: befürwortet wird die Variante mit beidseitigen Schutzstreifen; zu Bereich B: befürwortet werden beidseitige Radfahrstreifen; Zusatz: parkende Fahrzeuge gehören nicht auf die Fahrbahn!	+1	-1	-1	0	wird z. T. berücksichtigt	entspricht den Vorschlägen der Verwaltung bzw. in Teilen der Beschlusslage	1 Pers.
3	zu Bereich A: Bedenken zu allen Ausbauvarianten; Halt- und Parkmöglichkeiten müssen erhalten bleiben;	0	+2	0	0	wird nicht berücksichtigt	entspricht nicht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage; keine Verbesserung für Radverkehr	2 Pers.
4	zu Bereich A: Wunsch nach Tempo-30-Zone mit beidseitigen kombinierten Geh- und Radwegen; Parkmöglichkeiten erhalten	0	+2	0	+2	wird nicht berücksichtigt	entspricht nicht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage; keine Verbesserung für Radverkehr	2 Pers.
5	Unterstützung aller Ausbauvarianten gem. Beschlusslage; Halte-/Parkverbot auch zw. Galgenberg und Industriestr. gewünscht	+1	-1	+1	+1	wird berücksichtigt	entspricht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
6	Ablehnung der Einbahnstraße; sonst egal	0	0	-1	0	wird berücksichtigt	entspricht den Vorschlägen der Verwaltung bzw. der Beschlusslage	1 Pers.
7	Unterstützung aller Ausbauvarianten gem. Beschlusslage; kein Parkraum auf Straße; Radfahrer sollten Vorrang haben	+1	-1	+1	0	wird berücksichtigt	entspricht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
8	zu Bereich A: Befürworter des großen Einbahnstraßensystems (inkl. Feldstraße und Am Lohhof); Vorschlag zu einseitigen Radwegen (mit Gegenverkehr) in den Einbahnstraßen; gemeinsamer Geh-/Radweg in Am Lohhof; Parkplätze erhalten / Parkstreifen anlegen; zu Bereich B: Ausbau gem. Vorschlag	+1	+1	+1	0	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
9	Befürworter des großen Einbahnstraßensystems (inkl. Feldstraße); Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h; ggf. Fahrradstraße	+1	0	+1	+1	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
10	Idee eines niveaugleichen Ausbaus als "shared space"; Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h; Parkbuchten und Grünflächen (mit Bäumen) anlegen	0	+1	0	+1	wird nicht berücksichtigt	entspricht nicht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage; keine Verbesserung für Radverkehr	1 Pers.
11	Geschwindigkeitsbeschränkung mit einem deutlich vom KFZ-Verkehr abgetrennten Fahrradweg (auf Bord); Parkmöglichkeiten unterbinden	+1	-1	0	+1	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
12	zu Bereich B: beidseitig Radwege; Parken untersagen	+2	-2	0	0	wird berücksichtigt	entspricht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	2 Pers.

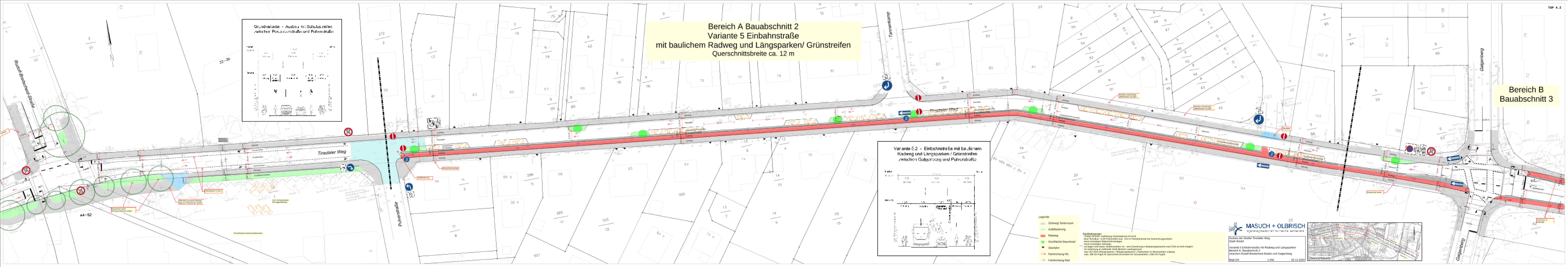
Ifd. Nr.	Einwand / Anregung (sinngemäße Faktendarstellung)	Radf.	Parken	Einb.	30 km/h	Abwägungsvorschlag	Begründung bzw. weitere Veranlassung	Anzahl Einw.
13	zu Bereich A: Einbahnstraße bevorzugt; zu Bereich B: wie Vorschlag; wichtig: Parkmöglichkeiten in Straße erhalten / schaffen	+1	+1	+1	0	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
14	wichtig: mehr Sicherheit für Radfahrer durch Bau richtiger, separater Radwege	+1	0	0	0	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
15	zu Bereich B: Parken untersagen	0	-1	0	0	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
16	zeitliche Regelung für Sperrung für Autofahrer (ggf. für Einbahnstraße) in Bezug auf Schulbetrieb (bis 17 Uhr)	0	0	0	0	wird nicht berücksichtigt	entspricht nicht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage; keine Verbesserung für Radverkehr	1 Pers.
17	zu beachten: sichere Schulwege; Parken ggf. einschränken, aber auch in den Neben-/Anliegerstraßen - Parkflächen markieren; Parkausweise möglich? 30 km/h-Zone und Einbahnstraße sinnvoll; Lkw-Verbot; Feldstraße auch 30 km/h	0	-2	+2	+2	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	2 Pers.
18	zu Bereich B: geschwindigkeitsbegrenzende, bauliche Maßnahmen (Erhöhungen, Einengungen) auf die Fahrbahn bringen; Schwerlastverkehr reduzieren	0	0	0	0	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
19	zu Bereich A: Variante E3 mit Tempo 30 bevorzugt - Einbahnstraße mit Parkstreifen inkl. Grüninseln und beidseitigen Schutzstreifen	+2	+2	+2	+2	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	2 Pers.
20	keine Radwege auf Hochbord; nur Radfahrstreifen auf Fahrbahn (Asphaltfläche ist am Komfortabelsten)	+1	0	0	0	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
21	zu Bereich A: Querschnittsvorschlag für Einbahnstraße mit Tempo 30: beidseitig Gehwege, einseitig breiter Radweg auf Bord (auch in Gegenrichtung), einseitig Parkstreifen, ggf. Bauminself	+1	+1	+1	+1	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
22	Fahrbahnmarkierung fehlt, Radwege werden nicht benutzt	0	0	0	0	wird nicht berücksichtigt	entspricht nicht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage; keine Verbesserung für Radverkehr	1 Pers.
23	zu Bereich A: neue Aufteilung - je Nutzer 4 m Breite verfügbar; Einbahnstraße mit jeweils 2 m Gehweg, 4,50 Fahrbahn inkl. versetzten Halte-/Parkmöglichkeiten (mit Parkscheibe) und Grünstreifen mit Bepflanzung/Bäumen, 3,50 m Radspur mit Gegenverkehr; Vorbehaltsnetz aufheben	+1	+1	+1	0	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
24	zu Bereich A: Radverkehrssituation verbessern; Schutzstreifen sind unsicher; parkende Autos am Fahrbahnrand sind eine gute Verkehrsberuhigung; Einbahnstraße mit 30 km/h denkbar, aber Parkmöglichkeiten schaffen/erhalten	+1	+1	+1	+1	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
25	zu Bereich B: sichere Quermöglichkeit am Grenzweg für Fußgänger/Radfahrer schaffen (Wanderwegverbindung)	0	0	0	0	wird nicht berücksichtigt	entspricht nicht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
26	Parkraum erhalten! Beidseitig schmale Gehwege und einen einseitigen Radweg (mit Gegenverkehr) sowie Parkbuchten anlegen; keine markierten Schutzstreifen, da zu gefährlich	+1	+1	0	0	wird nicht berücksichtigt	entspricht nicht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.

Ifd. Nr.	Einwand / Anregung (sinngemäße Faktendarstellung)	Radf.	Parken	Einb.	30 km/h	Abwägungsvorschlag	Begründung bzw. weitere Veranlassung	Anzahl Einw.
27	zu Bereich A: Parkplätze erhalten; Befürwortung Einbahnstraße und Tempo-30	0	+15	+15	+15	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	15 Pers.
28	zu Bereich A: neuer Querschnittsvorschlag für Einbahnstraße bei Tempo-30 (inkl. Skizze) - Gehweg und gegenläufiger Radweg (auf Hochbord), Parkbereiche auf Fahrbahn, ggf. Pflanzinseln, Fahrbahn mit Verschwenkungen, Radfahrstreifen in Fahrtrichtung, breiter Gehweg (wg. Schule) - neue Variante	+8	+8	+8	+8	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage - neue Variante (Vorschlag)	8 Pers.
29	neuer Variantenvorschlag: Einbahnstraße (Querschnitt wie vor benannt) splitten - von Am Lohhof bis Pestalozzistr. und vom Galgenberg bis Pulverstraße; zw. Pestalozzistr. und Pulverstr. Gegenverkehr zulassen; Lkw- Durchfahrt in R.-Breitscheid-Str. ab Feldstr. in Richtung Tinsd. Weg verbieten; ggf. auch Einbahnstr. in der Feldstr. zw. R.-Breitscheid-Str. und Am Lohhof	+1	+1	+1	+1	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage - neuer Variantenvorschlag	1 Pers.
30	zu Bereich A: Parkraum ist wichtig und zu erhalten; keine Radfahrer; keine Einbahnstraßenregelung; Tempo-30 gewünscht	-1	+1	-1	+1	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
31	auf Parkraum in Straße verzichten; Busverkehr nicht einschränken; Radfahren verbessern;	+1	-1	0	0	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
32	keine Einbahnstraße; Frage: Wo sollen denn die Autos parken? Keine Beiträge nach § 8 KAG?	0	+1	-1	0	wird nicht berücksichtigt	entspricht nicht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
33	Varianten gefallen nicht; Hinweis: Blick nach Groningen	0	0	0	0	wird nicht berücksichtigt	entspricht nicht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
34	zu Bereich B: Mobilität und starken Lkw-Verkehr beachten; parkende Fahrzeuge (insbes. Lkw) am Fahrbahnrand sind gefährliche Hindernisse (insbes. für gewerbl. Verkehr); Gegenverkehr belassen; Radstreifen am Fahrbahnrand; Parken untersagen	+2	-2	0	0	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	2 Pers.
35	zu Bereich A: Erhalt der Parkplätze, Einbahnstraße; eher Variante E3	+1	+1	+1	0	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
36	zu Bereich A: Schutzstreifen wird abgelehnt (unsicher); separate Radwege; Tempo-30; kein Halten/Parken am Fahrbahnrand; Anwohnerparken? - Autos auf Privatgrund!	+1	-1	+1	+1	wird berücksichtigt	entspricht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
37	zu Bereich A: unterstützt wird Variante 1 - Gegenverkehr mit Radschutzstreifen (gute Erfahrungen in Feldstraße)	+1	0	-1	0	wird berücksichtigt	entspricht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
38	Fahrradfreundlicher Ausbau ist großartig! Autokomfort reduzieren; Wegführung von/nach Hamburg (Schulauer Weg) verbessern	+1	-1	0	0	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
39	neuer Variantenvorschlag zu Bereich A: Gegenverkehr beibehalten; Fahrbahn 8 m breit mit wechselseitigen Parkstreifen und Grünflächen, Fahrspuren durch Pflaster-/Rüttelstreifen trennen, beidseitig 2 m breiten Gehweg, 30 km/h oder weniger; Fahrradstraße; Querungshilfen und "Speedbumps"; Blick nach Holland	+3	+3	-3	+3	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage - neuer Variantenvorschlag	3 Pers.

Ifd. Nr.	Einwand / Anregung (sinngemäße Faktendarstellung)	Radf.	Parken	Einb.	30 km/h	Abwägungsvorschlag	Begründung bzw. weitere Veranlassung	Anzahl Einw.
40	zu Bereich B: zzt. starker Lkw-Verkehr, zu hohe Geschwindigkeiten, Überfahren der Geh-/Radwege; Vorschlag: Tempo-30, Einbahnstraße und breite Radwege	+1	-1	+1	+1	wird nicht berücksichtigt	entspricht nicht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
41	zu Bereich A: Wunsch nach Fahrradstraße (30 km/h) mit Fahrbahnhöcker im Bereich der Einmündungen; vor der Schule 10-20 km/h; wechselseitiges Parken auf Fahrbahn zulassen; Parken nicht vor der Schule; R.-Breitscheid-Str. verkleinern, Parkplätze für Kirche vorsehen; zu Bereich B: gut ausgebaut Radwege am Gehweg (auf Fahrbahn); wünschenswert: Tempo-30; denkbar: Radfahrer auf die Straße; Hinweis auf Mülltonnen auf Radwegen	+1	+1	-1	+1	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
42	zu Bereich A: für Variante 1 - Radfahrstreifen und breite Gehwege (Rollstuhlfahrer freundlich), kein Parken auf Fahrbahn	+3	-3	-3	0	wird berücksichtigt	entspricht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	3 Pers.
43	zu Bereich A: Wo sollen Autos parken? Streckenführung (Umwege) wegen Einbahnstraßenregelung?	0	0	0	0	wird nicht berücksichtigt	entspricht nicht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
44	zu Bereich A: wechselseitig Baumstandorte (bienenfreundlich) gewünscht; Parkbuchten anlegen; Radfahrer auf den Gehweg (gemeinsam); Tempo-30 und Einbahnstraße wird abgelehnt	0	+1	-1	-1	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
45	zu Bereich A: neuer Querschnittsvorschlag für Einbahnstraße bei Tempo-30 (inkl. Skizze), Gehweg mit gegenläufigem Radweg, Parken auf Fahrbahn, Pflanzinseln, Fahrbahn mit Verschwenkungen, Radfahrstreifen in Fahrtrichtung, breiter Gehweg (wg. Schule)	+1	+1	+1	+1	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage - neue Variante (Vorschlag)	1 Pers.
46	Parkplätze müssen erhalten bleiben!	0	+1	0	0	wird nicht berücksichtigt	entspricht nicht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
47	Hinweis auf Starkregen- und Überflutungsvorsorge im öffentlichen Raum, Starkregenresilienz bei der Ausbauplanung beachten; Verbesserungen für Radfahrer vorsehen; zu Bereich B: Ausbau analog Bestand ist nicht zielführend; Parken einschränken	+1	-1	0	0	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
48	Befürworter einer Tempo-30-Zone; Kinder beachten; Parkplätze erhalten; Radwege ausbauen	+2	+2	0	+2	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	2 Pers.
49	zu Bereich B: Radweg/Radfahrer auf die Straße bringen (Radstreifen); Fortführung nach/in Hamburg abstimmen/forcieren	+1	0	0	0	wird nicht berücksichtigt	entspricht nicht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
50	zu Bereich B: räumliche Trennung von Geh- und Radweg (Trennstreifen); Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h bis Hs. Nr. 140	+3	0	0	+3	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	3 Pers.
51	zu Bereich A: neuer Vorschlag für Einbahnstraße: schmaler Gehweg mit breitem, gegenläufigen Radweg, Fahrbahn (einspurig), Parken auf Fahrbahn (festgelegte Bereiche), einseitig breiter Gehweg; Markierung "Zebrastreifen" als Querungshilfen	+1	+1	+1	0	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
52	zu Bereich A: für Variante 2 - Einbahnstraße mit beidseitigen Radfahrstreifen und breiten Gehwegen; Tempo-30; Bäume erhalten	+4	-4	+4	+4	wird berücksichtigt	entspricht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	4 Pers.

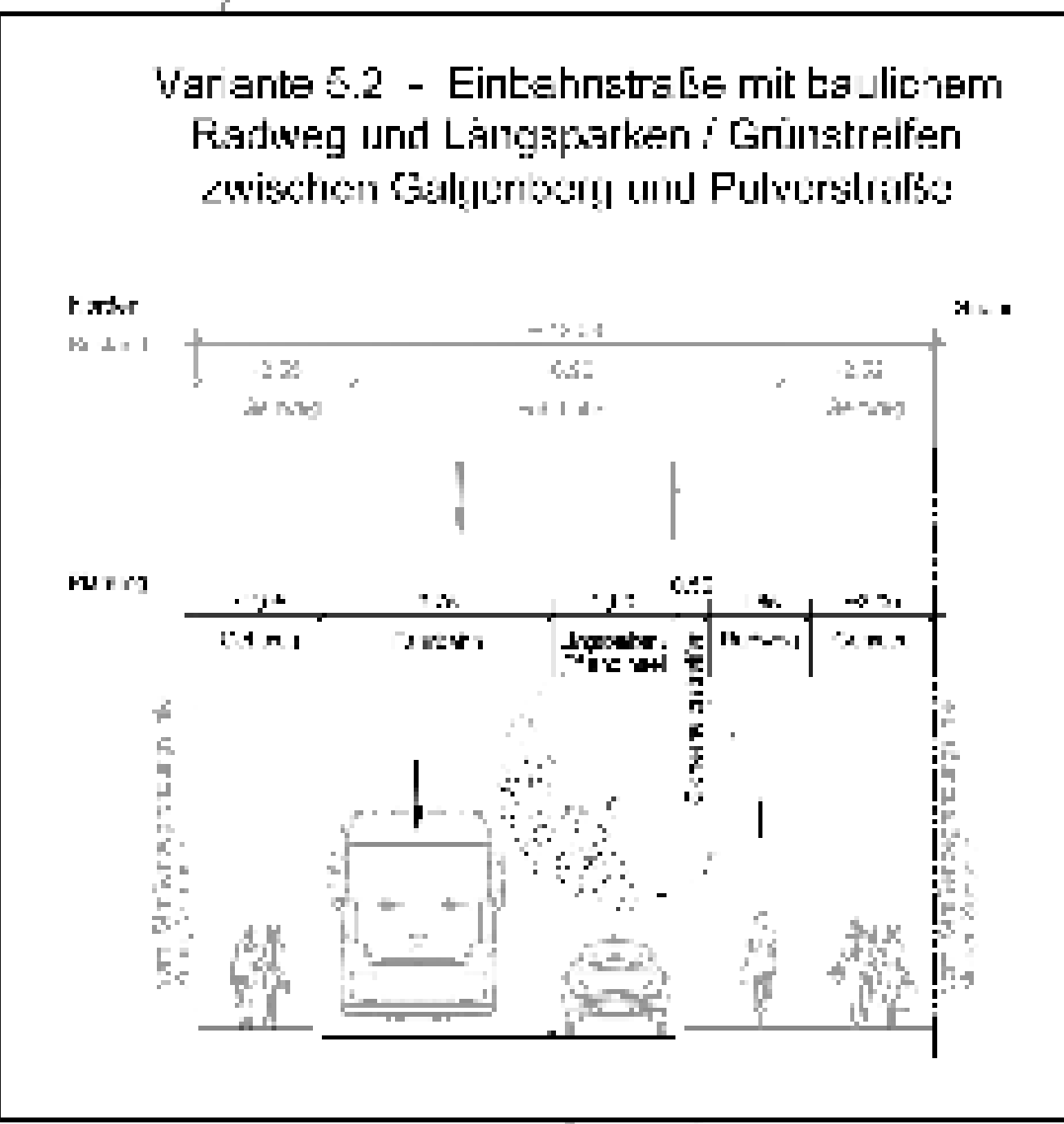
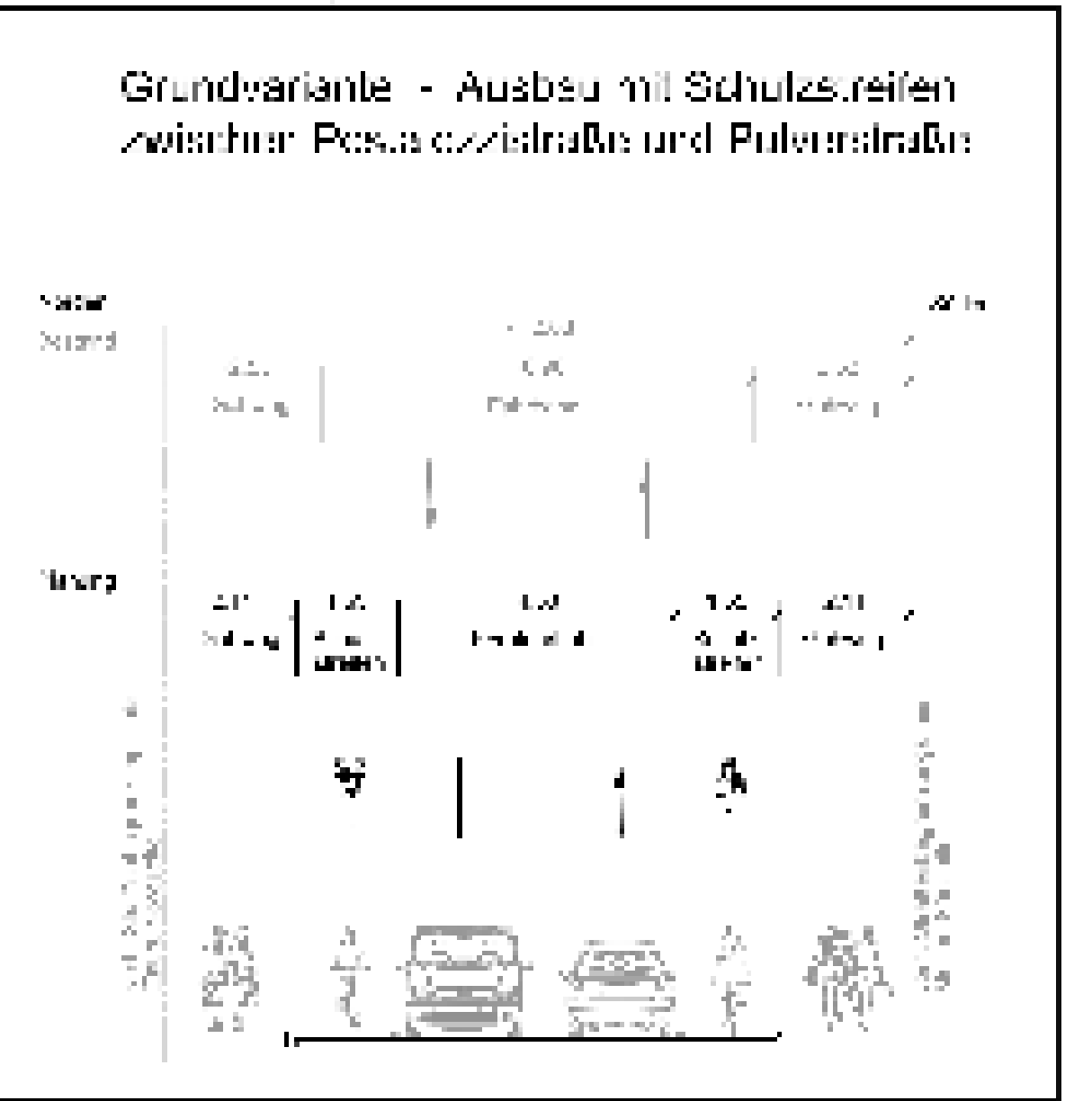
Ifd. Nr.	Einwand / Anregung (sinngemäße Faktendarstellung)	Radf.	Parken	Einb.	30 km/h	Abwägungsvorschlag	Begründung bzw. weitere Veranlassung	Anzahl Einw.
53	zu Bereich B: Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h bis Hs. Nr. 142; Parken am Fahrbahnrand beibehalten; Radfahrer auf Straße (Fahrbahn) oder auf beidseitig gut ausgebauten Radwegen	+1	+1	0	+1	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
54	zu Bereich A: für Einbahnstraße bei Tempo-30, Parkbuchten wechselseitig auf Fahrbahn, breiter Radfahrbereich, Gehwege	+1	+1	+1	+1	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
55	"Die Planungen vom Bauamt bzw. Verantwortlichen ist in Wedel mittlerweile eine Katastrophe." zu Bereich A: Fahrradstreifen verdrängen die Fahrzeuge zum Parken in die Nebenstraßen; Ablehnung der Einbahnstraße; zu Bereich B: parkende Lkw stören	0	0	0	0	wird nicht berücksichtigt	entspricht nicht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
56	für von der Fahrbahn deutlich abgetrennte, beidseitige, gemeinsame Geh- und Radwege; Park- und Haltemöglichkeiten belassen / vorsehen; Tempo-30	+1	+1	0	+1	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
57	zu Bereich A: Ausbau ähnlich Bestand; zu Bereich B: Ausbau ähnlich Bestand; Parkmöglichkeiten erhalten; Zweispurigkeit erhalten (Hinweis auf Boottransporte); Ausbau nicht erforderlich	0	+1	-1	0	wird nicht berücksichtigt	entspricht nicht den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
58	zu Bereich A: Parkmöglichkeiten für Anwohner erhalten / schaffen; Einbahnstraße mit Tempo 30 und breite Radwege	+2	+2	+2	+2	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	2 Pers.
59	Tempo 30 im gesamten Tinsdaler Weg! Sicheres Queren der Straße (außerhalb der Ampeln) ermöglichen!	0	0	0	+2	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	2 Pers.
60	Temporeduzierung; Einbahnstraße; Radwege schaffen; Parkplätze erhalten	+2	+2	+2	+2	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	2 Pers.
61	gegen Einbahnstraße; für Schutzstreifen (ähnlich Feldstraße); verstärkte Kontrolle des Halteverbotes	+2	0	-2	0	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	2 Pers.
62	Befürworter der Einbahnstraße über gesamter Länge; Nutzung von MIV erschweren; ÖPNV-Nutzung und Radverkehr fördern; bauliche, vom MIV getrennte Radwege errichten; Grünstreifen/-flächen schaffen	+1	-1	+1	0	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
63	klare Trennung der Verkehre (Fußg, Rad, Auto); bevorzugt Variante 2, jedoch mit Gegenverkehr; kein Parken auf Fahrbahn	+1	-1	0	0	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
64	Schaffung sicherer Radwege; bevorzugt wird Variante 2; Einbahnstraße und Tempo 30; Pflanzinseln gewünscht	+2	-2	+2	+2	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	2 Pers.
65	zu Bereich A: Variante 1; Ablehnung einer Einbahnstraße; zu Bereich B: Ausbautorschlag wie Feldstr. - Schutzstreifen und Parkstreifen	+1	0	-1	0	wird z. T. berücksichtigt	entspricht in Teilen den Vorschlägen der Verwaltung / der Beschlusslage	1 Pers.
	Summenbildung (Wertung):	68	32	34	63		Summenbildung (Personen):	107





Bereich A Bauabschnitt 2
Variante 5 Einbahnstraße
mit baulichem Radweg und Längsparken/ Grünstreifen
Querschnittsbreite ca. 12 m

Bereich B
Bauabschnitt 3

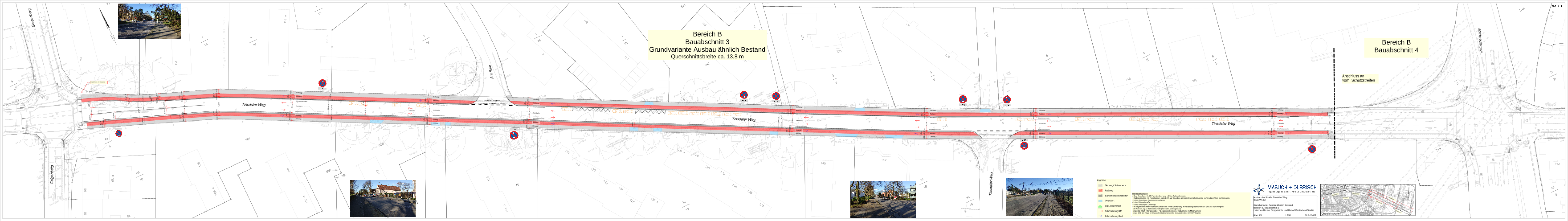


- Legende
- Gehweg/ Seitenraum
 - Aufpflasterung
 - Radweg
 - Grünlicher Baumstreifen
 - Überfahrt
 - Fahrtichtung Kfz
 - Fahrtichtung Rad

Berechnungswerte:
- Länge 20 km/h, Aufpflasterung Vorhaltespur 50 km/h
- Busseckstraße: 1,25 m/s², Radweg: 1,25 m/s², Grünstreifen: 1,25 m/s²
- keine einseitige Radverkehrsplanung
- keine einseitige Gehwege
- es liegen noch keine Verkehrszahlen vor - eine Einordnung in Belastungsbereiche nach EBA ist nicht möglich
- die Ausweisung der Grünfläche 2000 (Bereich Längsparken)
- max. 322 Kfz/h (Längsparken) - Belastungsbereich 1, Radverkehr im Mischverkehr zulässig
- max. 300 Kfz/h (Längsparken) (Gesamt für Schutzstreifen, 1000 Kfz/h)

MASUCH + OLBRISCH
Ingenieurwesen für Stadt- und Verkehrsplanung
Ausbau der Straße Tinsdaler Weg
Stadt Wörlitz
Variante 5 Einbahnstraße mit Radweg und Längsparken
Bereich A, Bauabschnitt 2
zwischen Busseckstraße und Galgenberg
Blatt 24
1:250
02.11.2022

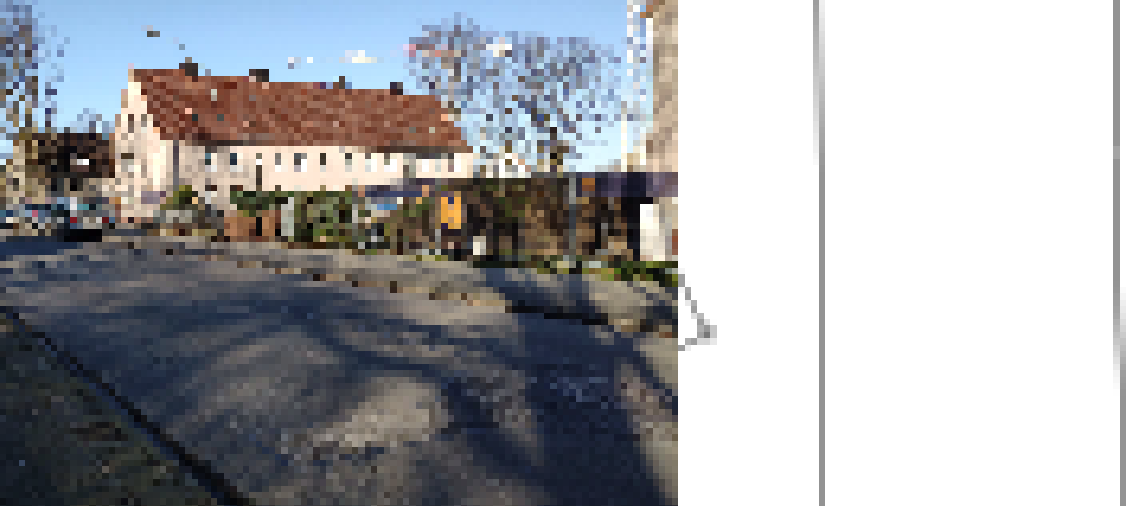




Bereich B
Bauabschnitt 3
Grundvariante Ausbau ähnlich Bestand
Querschnittsbreite ca. 13,8 m

Bereich B
Bauabschnitt 4

Anschluss an
vorh. Schutzstreifen



Legende

- Gehweg/Seitenraum
- Fahrbahn
- Sicherheitsstreifen
- Überfahrt
- gepl. Bauminsel
- Fahrrichtung Kfz
- Fahrrichtung Rad

Bestandssituation:

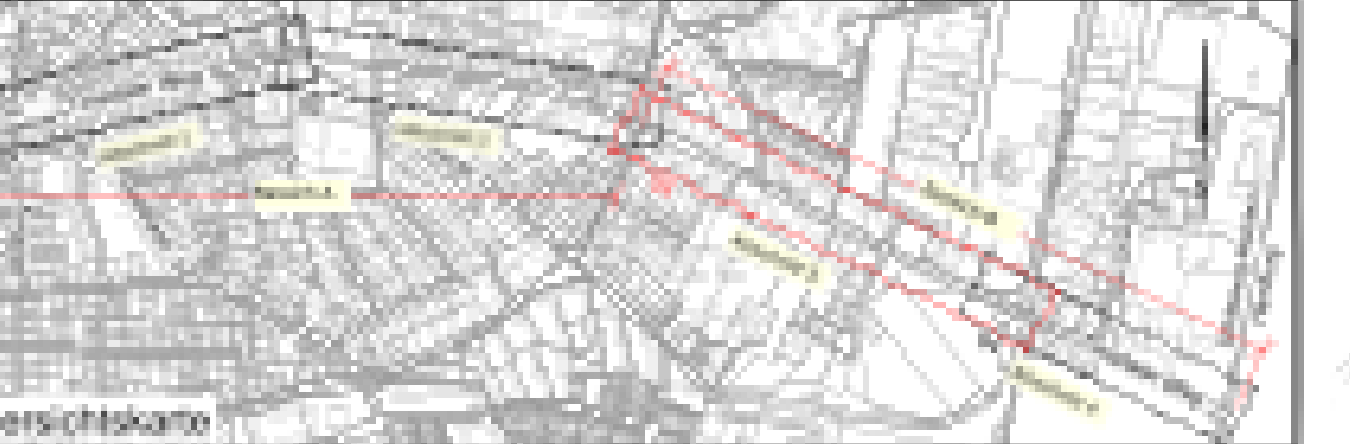
- Bau-/Gehweg: >1,75 m Fahrbahn: 3,0 m >1,5 m Fahrbahn: 3,0 m
- Radfahrstreifen: 1,5 m Fahrbahn: 3,0 m
- Sicherheitsstreifen: 1,5 m Fahrbahn: 3,0 m
- Überfahrt: 1,5 m Fahrbahn: 3,0 m
- gepl. Bauminsel: 1,5 m Fahrbahn: 3,0 m
- Fahrrichtung Kfz: 1,5 m Fahrbahn: 3,0 m
- Fahrrichtung Rad: 1,5 m Fahrbahn: 3,0 m

MASUCH + OLBRISCH
Ingenieur- und Architekturbüro

Ausbau der Straße Tinsdaler Weg
Stadt Weiden

Grundvariante: Ausbau ähnlich Bestand
Bereich B, Bauabschnitt 3
zwischen der Doppelreihe und Pfadl-Bratsched-Strasse

Maßstab: 1:250
28.02.2022



VON 1. NACH 2.	1	2	Summe
1 Tinsdaler Heideweg	0	380	380
Schleswig-Weg	10	4	14
Landesgrenze	0	0	0
Schleswig-Weg	0	0	0
Summe	10	380	390

QUERSCHNITT 1.5 m	10	10
Schleswig-Weg	10	10
Landesgrenze	0	0
Schleswig-Weg	0	0
Summe	10	10

VON 1. NACH 2.	1	2	Summe
4 Tinsdaler Heideweg	0	380	380
Schleswig-Weg	10	4	14
Landesgrenze	0	0	0
Schleswig-Weg	0	0	0
Summe	10	380	390

QUERSCHNITT 1.5 m	10	10
Schleswig-Weg	10	10
Landesgrenze	0	0
Schleswig-Weg	0	0
Summe	10	10

Bereich B
Bauabschnitt 4
Variante a) Ausbau ähnlich Bestand
Querschnittsbreite ca. 13,8 m

Bereich B
Bauabschnitt 3

Anschluss an
vorh. Schutzstreifen

Lage Systemschnitt

Kronenbereich Bestandsbäume

Tinsdaler Weg

Berechnungsfahrzeug?

Berechnungsfahrzeug?
Umgestaltung zur Fahrradstraße?

Legende

- Gehweg/ Seitenraum
- Radweg
- Sicherheitsstrennstreifen
- Überfahrt
- gepl. Bauminsel
- Fahrtrichtung Kfz
- Fahrtrichtung Rad

Bedingungslos:
- Bus/ Schulbus > 2,25 m Fahrfeldbreite
- Radwege mit Regelbreiten nach ERA auf Grund zu geringer Querschnittsbreite im Tinsdaler Weg nicht möglich.
- keine einseitigen Radverkehrsanlagen
- keine Fahrradstraße
- keine einseitigen Gehwege
- es liegen noch keine Verkehrszahlen vor - eine Einordnung in Belastungsbereiche nach ERA ist nicht möglich
(in Anlehnung an Zählstelle 2538 (Bereich Landesgrenze)
max 322 Kfz/h (Morgenspitze) = Belastungsbereich I, Radverkehr im Mischverkehr
max. 346 SV-Fz/h im Querschnitt (Grenzwert für Schutzstreifen: 1000 SV-Fz/h)



MASUCH + OLBRISCH
Ingenieurgesellschaft für das Bauwesen mbH
Ausbau der Straße Tinsdaler Weg
Stadt Wedel
Grundvariante: Ausbau ähnlich Bestand
Bereich B, Bauabschnitt 4
zwischen Industriestraße und Landesgrenze
Blatt 4/4
1:250
28.02.2022



Ausbau der Straße Tinsdaler Weg in 22880 Wedel

Kurzbericht zur Variante 6 „ADFC“ Vorplanung

Auftraggeber:

Stadt Wedel

Der Bürgermeister

Fachdienst Bauverwaltung und öffentliche Flächen

Rathausplatz 3-5

22880 Wedel

aufgestellt:

Masuch + Olbrisch Ingenieurgesellschaft mbH

Gewerbering 2

22113 Oststeinbek

Projektnummer: **A19-344**

Stand: **27. Februar 2023**

Inhaltsverzeichnis

1. Veranlassung und Allgemeines	1
2. Verkehrszählung	1
3. Vorfahrtsregelung Einmündung Rudolf-Breitscheid-Straße	2
4. Belastungsbereich nach ERA	2
5. Konzeptioneller Aufbau der Variante	3
6. Bewertung der Planungsparameter	4
6.1 Fahrstreifenbreite	4
6.2 Überfahrbarer Pflasterstreifen	4
6.3 Radverkehr	5
6.4 Fußverkehr	5
6.5 Fußgängerüberwege	6
6.6 Zulässige Höchstgeschwindigkeit 30 km/h	6
6.7 Bodenschwellen (Sinuswellen)	6
6.8 Roter Fahrbahnbelag	7
6.9 Bewertung	8
7. Anlagen	9
8. Anhang	10

1. Veranlassung und Allgemeines

Die Stadt Wedel plant den Ausbau der Straße Tinsdaler Weg, die im Südosten des Stadtgebietes liegt. Mit einer Länge von ca. 2 km verbindet sie die Innenstadt im Westen mit der Stadt- und Landesgrenze zur Freien und Hansestadt Hamburg im Osten.

Im Rahmen der Sitzung des UBFA am 12.01.2023 wurde von der ADFC-Ortsgruppe Wedel ein Ausbauvorschlag für den Tinsdaler Weg vorgestellt. Die Querschnittsaufteilung sieht demnach einen beidseitigen Gehweg mit jeweils ca. 2,0 m Breite, einen wechselseitigen Park-/Grünstreifen mit 2,0 m Breite sowie Fahrbahn von 6,0 m Breite vor. Die Fahrbahn ist durch einen gepflasterten, überfahrbaren Mittelstreifen (0,6 m Breite) in zwei Fahrstreifen (je 2,7 m Breite) aufgeteilt.

Auf Grundlage dieser vorgeschlagenen Querschnittsaufteilung wurde von M+O eine Lageplandarstellung für den Planungsbereich A für den

- Abschnitt 1 zwischen Am Lohhof und Rudolf-Breitscheid-Straße und
- Abschnitt 2 zwischen Rudolf-Breitscheid-Straße und Galgenberg

als weitere Variante 6 ausgearbeitet.

Im Folgenden werden die wesentlichen Planungsparameter und Planungsrandbedingungen hinsichtlich der Realisierbarkeit bewertet.

In den Erläuterungen wird auf folgende Regelwerke der Forschungsgesellschaft für (FGSV) verwiesen:

- RAS 06: Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen
- ERA 2010: Empfehlungen für Radverkehrsanlagen
- EFA 2001: Empfehlungen für Fußgängerverkehrsanlagen
- R FGÜ 2001: Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen
- H BVA 2011: Hinweise für barrierefreie Verkehrsanlagen
- HBS: Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen

Darüber hinaus wurden die von der Stadt Wedel übergebenen Verkehrszählungen vom Mai 2022 ausgewertet.

2. Verkehrszählung

An den beiden Knotenpunkte K8 Bahnhofstraße-Tinsdaler Weg und K9 Tinsdaler Weg-Rudolf-Breitscheidstraße wurden am 10.05.2022 Verkehrszählung durchgeführt, vgl. Anhang Abb. 3 und 4. Demnach liegen im Planungsbereich Tinsdaler Weg folgende Verkehrsbelastungen vor:

- Querschnitt Tinsdaler Weg östlich Bahnhofstraße:
 - 3924 Kfz/24h im Querschnitt, 5,4% SV = 212 SV-Fzg/24h
 - Max Stundenwert 17:15 Uhr: 366 Kfz/h im Querschnitt

- Querschnitt Tinsdaler Weg westlich Rudolf-Breitscheid-Straße:
 - 3975 Kfz/24h im Querschnitt, 4,4% SV = 175 SV-Fzg/24h
 - Max Stundenwert 15:30 Uhr: 356 Kfz/h im Querschnitt
- Querschnitt Tinsdaler Weg östlich Rudolf-Breitscheid-Straße:
 - 3990 Kfz/24h im Querschnitt, 2,3% SV = 92 SV-Fzg/24h
 - Max Stundenwert 15:30 Uhr: 345 Kfz/h im Querschnitt

3. Vorfahrtsregelung Einmündung Rudolf-Breitscheid-Straße

Für den Einmündungsbereich Tinsdaler Weg – Rudolf-Breitscheid-Straße wurde auf Grundlage der Verkehrszählung geprüft, ob alternativ zur Verkehrsregelung mittels Lichtzeichenanlage eine einfache Vorfahrtsberechtigung oder eine Verkehrsführung mit „Rechts-Vor-Links“ ausreichend leistungsfähig wäre.

Hierzu wurde eine EDV-gestützter Vorbemessung mit dem Programm Knobel mit der Verkehrsbelastung aus der Spitzenstunde um 15:30 Uhr (Summe im Knoten 574 Kfz/h) durchgeführt.

Demnach bewirkt ein vorfahrtsgeregelter Knotenpunkt einen sehr guten Verkehrsablauf (Qualitätsstufe A, Wartezeit 8,1 s, maximal ein wartendes Fahrzeug), vgl. Anhang Abb. 5.

Für die Vorfahrtsregelung „Rechts-vor-Links“ (nach HBS) wurde eine noch gute Qualitätsstufe A-B mit einer mittleren Wartezeit 10 s ermittelt, vgl. Anhang Abb. 6.

Gemäß der Ergebnisse aus der Vorbemessungen kann im Einmündungsbereich neben der signalisierten Verkehrsführung eine vorfahrtsgeregelte Einmündung oder eine Verkehrsführung mit „Rechts-vor-Links“ ausreichend leistungsfähig betrieben werden.

4. Belastungsbereich nach ERA

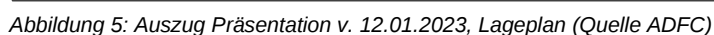
Anhand der ermittelten Verkehrsbelastungen lassen sich an den folgenden Knotenpunkten die Belastungsbereiche nach ERA Abschnitt 2.3 herleiten:

Gemäß ERA Abschnitt 2.3. liegen die Spitzenstundenbelastungen von ca. 345 Kfz/h bis 366 Kfz/h im Übergangsbereich zwischen den Belastungsbereichen I und II. Für den Belastungsbereich I wird demnach die Radverkehrsführung im Mischverkehr auf der Fahrbahn vorgeschlagen. Im Belastungsbereich II können Schutzstreifen vorgesehen werden.

Nach ERA Abschnitt 3.1 ist bei Fahrbahnbreiten bis 6 m der Radverkehr im Mischverkehr bis 700 Kfz/h verträglich. Diese Verkehrsbelastung wird im vorliegenden Fall deutlich unterschritten.

Für die Anordnung der Schutzstreifen wird der empfohlene Grenzwert nach ERA Abschnitt 3.2 von 1.000 SV-Fzg./24h in beiden Abschnitten deutlich unterschritten.

Die Variante des ADFC sieht folgenden grundsätzlichen Aufbau vor:



Aufbau des Tinsdaler Wegs im Querschnitt

Das Diagramm zeigt den Querschnitt des Tinsdaler Wegs mit einer Gesamtbreite von 12 Metern. Die verschiedenen Bereiche sind wie folgt dimensioniert:

- Fußweg 1: 2 m
- Fahrspur 1 MIV + Rad Tempo 30: 2,7 m
- Abstreifen: 0,6 m
- Fahrspur 2 MIV + Rad Tempo 30: 2,7 m
- Pflanzstreifen / Parkbucht: 2 m
- Fußweg 2: 2 m

Die Abbildung illustriert die Nutzung der verschiedenen Bereiche: Ein Fußgänger auf dem Fußweg 1, ein Kfz auf der Fahrspur 1, ein Radfahrer auf der Fahrspur 2, ein Baum im Pflanzstreifen und ein Fußgänger mit Hund auf dem Fußweg 2. Pfeile zeigen den einseitigen Verkehr auf der Fahrspur 1 und den Gegenverkehr auf der Fahrspur 2 an.

Das Foto rechts zeigt den Tinsdaler Weg in der Realität. Es ist eine asphaltierte Straße mit einem breiten Gehweg auf der rechten Seite. Ein Radfahrer und ein Kfz sind auf der Straße zu sehen, was die praktische Anwendung des Querschnitts bestätigt.

© ADFC Bonn / Rhein-Sieg – Ulrich Kalle
NL-Castricum, Doorpstraat

© ADFC Wedel

ADFC Vorschlag zum Tinsdaler Weg

12.01.2023

adfc

Abbildung 6: Auszug Präsentation v. 12.01.2023, Querschnitt (Quelle ADFC)

6. Bewertung der Planungsparameter

6.1 Fahrstreifenbreite

In der Variante „ADFC“ wird eine befahrbare Fahrbahnbreite von 6,0 m vorgesehen. Diese Breite entspricht nach RAS 06, Abschnitt 4.3 Bild 17 dem Begegnungsfall PKW-LKW ($\geq 5,55$ m) ohne Reduzierung der Bewegungsspielräume. Bei dieser Fahrbahnbreite ist der Begegnungsfall LKW-LKW mit reduzierten Bewegungsspielräumen möglich.

Der Begegnungsfall zwischen LKW und zwei nebeneinander fahrenden Rädern ist ab einer Fahrbahnbreite von 5,80 m möglich.

Das Überholen eines Radfahrenden durch einen LKW ist ab einer Fahrbahnbreite von 5,55 m möglich. Für das Überholen mit einem PKW sind 4,75 m Fahrbahnbreite ausreichend.

Die geplante Fahrbahnbreite von 6,00 m ermöglicht somit alle üblichen Bemessungsfälle für die Begegnung und das Überholen nach RAS 06.

6.2 Überfahrbarer Pflasterstreifen

Der geplante überfahrbare Pflasterstreifen in Mittellage soll eine Breite von 0,6 m aufweisen. Nach unserer Einschätzung kann durch den neuen und im bisherigen Straßenraum unbekannten Pflasterstreifen für den Kfz der Eindruck einer optischen Barriere bzw. Hindernis entstehen, so dass vom Überholen eines Radfahrenden abgesehen wird. Dies könnte beim langen Straßenabschnitt dazu führen, dass ein Gefühl des „Bedrängens“ beim Radfahrenden eintritt und am Fahrbahnrand gehalten oder sogar in den Seitenraum ausgewichen wird.

Ferner kann der Pflasterstreifen für den Kfz-Verkehr als unechte, überbreite „Fahrbahnmarkierung“ verstanden werden, wodurch eine optische Zweibahnigkeit entsteht und die Verkehrsgeschwindigkeit durch den vermeintlichen seitlichen Sicherheitsabstand zum entgegenkommenden Fahrzeug zunimmt.

Einen anderen Planungsansatz verfolgen hingegen z.B. Schutzstreifen gemäß ERA Abschnitt 3.2. Hierbei wird durch die Abmarkierung der Schutzstreifen am Fahrbahnrand der Kfz-Verkehr in die Fahrbahnmitte verlagert. Die Fahrzeuge begegnen sich dadurch mit geringerem Abstand, so dass für ein vorsichtiges Vorbeifahren sich die Kfz-Geschwindigkeit reduziert.

Für den Radverkehr ist das Überfahren des rauen Pflasterstreifens z.B. bei Vorbeifahrt an haltenden Fahrzeugen mit möglichen Gefährdungen durch Unebenheiten in der Oberfläche oder an den Fugen bzw. Bordverläufen verbunden. Beim Überfahren in Längsrichtung ist die Gefährdung am Größten.

Darüber hinaus werden beim Überfahren des Pflasterstreifens zusätzliche Rollgeräusche durch das Kfz erzeugt, so dass der Pflasterstreifen eine Zunahme des Verkehrslärms erwarten lässt. Auf Grund des schmalen Asphaltfahrstreifens und des erforderlichen Sicherheitsabstandes zum Ruhenden Verkehr ist davon

auszugehen, dass der Pflasterstreifen regelhaft durch den Linienbusverkehr überfahrende werden muss. Im vorliegenden Fall führt der Tinsdaler Weg zwischen der Bahnhofstraße und der Straße Galgenberg fast ausnahmslos durch ein Wohngebiet mit Einzel- und Mehrfamilienhäusern. Gemäß Lärmaktionsplan der Stadt Wedel sollen mögliche Lärmquellen vermieden werden, so dass der Pflasterstreifen diesem Ziel nicht zuträglich ist.

6.3 Radverkehr

Unter Berücksichtigung der Verkehrsbelastung (Stand Mai 2022) ist die Radverkehrsführung im Mischverkehr auf der Fahrbahn nach ERA Abschnitt 3.1 verträglich. Es sind keine eigenständigen Radverkehrsanlagen erforderlich.

Um das Sicherheitsgefühl unabhängig von der vorliegenden Verkehrsbelastung zu erhöhen, müssten eigenständige Radverkehrsanlagen in Regelbreite vorgesehen werden. Im vorliegenden Planungsabschnitt mit der geringen Gesamtquerschnittsbreite von ca. 12 m können jedoch keine Radverkehrsanlagen (z.B. Radwege oder Radfahrstreifen) eingeplant werden, sofern weiterhin Zweirichtungsverkehr vorgesehen wird. Bei Einrichtung einer Einbahnstraße könne eine gegenläufige Radverkehrsanlage vorgesehen werden.

6.4 Fußverkehr

Für den Fußverkehr ist nach RAST 06 Abschnitt 4.7 bzw. 6.1.6.1 eine Regel-Seitenraumbreite von 2,5 m vorzusehen. Eine grundsätzliche Reduzierung des Gehweges auf gesamter Strecke geht zu Lasten der Verkehrsqualität der zu Fuß Gehenden. Ein Begegnen von zu Fuß Gehenden und ist nur unter Inanspruchnahme der Sicherheitsräume bzw. nur mit Einschränkung des Verkehrsraumes möglich. Für eine uneingeschränkte Nutzung des Seitenraumes durch mobilitätseingeschränkte Personen (Begegnungsfall Rollstuhlfahrende) ist nach HBV A Abschnitt 3.3.1 eine Regelbreite von 2,70 m definiert. Beide Regelbreiten werden in der Planung deutlich unterschritten, so dass einerseits das Risiko durch Gefährdungen vorbeifahrender Fahrzeuge steigt und sich zum anderen die Konflikte im Seitenraum zwischen den Nutzungsteilnehmenden erhöhen. Bei letzterem Aspekt ist zudem zu berücksichtigen, dass Kinder bis zum 10. Lebensjahr den Seitenraum regelhaft mit dem Rad befahren dürfen.

Darüber hinaus ist die reduzierte Gehwegbreite im Bereich der Parkstände nach unserer Einschätzung sehr kritisch zu bewerten. Durch aufschlagende Türen „Dooring-Effekt“ entstehen zusätzliche Gefährdungen für den Fußverkehr.

Bei der vorgeschlagenen Variante gehen die zusätzlichen Verkehrsflächen für den Kfz- und Radverkehr (vgl. Abschnitt 6.1) zu Lasten des Fußverkehrs (reduzierte Gehwegbreite).

6.5 Fußgängerüberwege

Die Randbedingungen für die Anordnungsfähigkeit von Fußgängerüberwegen (FGÜ) ist die EFA bzw. die R FGÜ heranzuziehen. Gemäß EFA Abschnitt 3.3.2 Bild 6 ist bei der vorhandenen Verkehrsbelastung von ca. 370 Kfz/h in der Spitzenstunde der Einsatzbereich eines FGÜ nicht erfüllt, so dass u.E. FGÜ auf der Strecke nicht anordnungsfähig sind.

Gemäß EFA Abschnitt 3.3.2.1 sind Querungsanlagen (z.B. FGÜ) allerdings unabhängig von der Belastung zweckmäßig, „wenn regelmäßig mit Schutzbedürftigen Fußgängern, wie z.B. Kindern und älteren Menschen zu rechnen ist.“ Auf Grund der angrenzenden Gemeinschaftsschule trifft dieser Fall für den Einmündungsbereich Tinsdaler Weg – Rudolf-Breitscheid-Straße zu, so dass die Einrichtung von FGÜ in diesem Bereich im Hinblick auf die Schulwegsicherung gerechtfertigt und u.E. anordnungsfähig ist.

Wir weisen darauf hin, dass an der Einmündung Tinsdaler Weg – Rudolf-Breitscheid-Straße im Bestand eine leistungsfähige Lichtsignalanlage vorhanden ist. Ob der Ersatz der LSA durch einen FGÜ vorzusehen ist, ist in der weiteren Planung abzustimmen.

6.6 Zulässige Höchstgeschwindigkeit 30 km/h

Für die Anordnung einer streckenbezogenen Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h müssen die Kriterien nach VwV StVO „Zu Zeichen 274 Zulässige Höchstgeschwindigkeit“ Nr. I. und XI. erfüllt sein. Hierzu zählen u.a. häufige geschwindigkeitsbedingte Unfälle bzw. gefährliche Verkehrssituationen, Lage im Bereich von Kita und Schulen, Lage im Bereich von Pflegeeinrichtungen oder Krankenhäusern.

Im vorliegenden Fall ist die Anforderung im Bereich der Gemeinschaftsschule gegeben, so dass gemäß Bestand eine Geschwindigkeitsbegrenzung im Bereich der Schule ausgeschildert wird.

Im übrigen Streckenabschnitt sind die Anforderungen nicht erfüllt, so dass eine Geschwindigkeitsbegrenzung u.E. nicht anordnungsfähig erscheint. Abstimmungen mit der zuständigen unteren Verkehrsbehörde müssen erfolgen.

Die Ausweisung einer Tempo 30-Zone ist gemäß VwV StVO Nr. XI. u.a. nur in Straße vorzusehen, bei denen der „Durchgangsverkehr von geringer Bedeutung ist.“ Dies trifft im vorliegenden Fall nicht zu (Vorbehaltsnetz), so dass die Tempo 30-Zone ebenfalls nicht anordnungsfähig scheint.

6.7 Bodenschwellen (Sinuswellen)

Der geplante Einsatz von Bodenschwellen stellt eine mögliche bauliche Maßnahme gemäß RAS 06 Abschnitt 6.2.1 dar, die bei „unangemessenen Geschwindigkeiten“ zum Einsatz kommen soll. Der vorliegende Straßenabschnitt ist dem Vorbehaltsnetz mit einer zulässigen Geschwindigkeit von 50 km/h zugeordnet. Zunächst ist daher zu prüfen, ob derzeit das Geschwindigkeitsniveau unangemessen

überschritten wird und folglich die baulichen Maßnahmen, die eine Einschränkung der Leichtigkeit des Verkehrs führen, rechtfertigen. Hierzu sollten Abstimmungen mit der zuständigen unteren Verkehrsbehörde erfolgen.

Ferner ist der Einsatz von Bodenschwellen mit der Feuerwehr, dem Rettungsdienst und der Polizei abzustimmen. Bodenschwellen stellen zusätzliche Hindernisse dar, die durch die erforderliche angepasste Fahrweise zu einem verlängerten Rettungsweg führen. Von daher sind Bodenschwellen aus Sicht der Einsatzfahrten grundsätzlich ungeeignet und nicht vorzusehen.

Darüber hinaus sind bauliche Maßnahmen bei Linienbusverkehr zu vermeiden (vgl. RAST 06 Abschnitt 6.2.1), da hiermit Komforteinbußen für Fahrgäste sowie fahrdynamische Nachteile einhergehen. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass nach RAST 06 Abschnitt 6.2.2.2 die Rampenneigungen max. 1:15 vorzusehen sind.

Nach unserer Einschätzung ist eine generelle Anhebung des Fahrbahnniveaus insbesondere im Einmündungsbereich der Verkehrssicherheit nicht zuträglich. Für den Fußverkehr bedeutet eine Anhebung zwar grundsätzlich eine Verbesserung der Qualität der Querung, es ergeben sich jedoch Nachteile in der Führung des Kfz durch die fehlende bzw. reduzierte Seitenführung durch das abgesenkte Hochbord. Der Sicherheitsraum für den Fußverkehr im Seitenraum könnte durch den Kfz-Verkehr in Anspruch genommen werden.

Eine barrierefreie Querung der Fahrbahn wird durch eine getrennte Querung mit differenzierten Bordhöhen nach H BVA Abschnitt 3.3.4.2 gewährleistet, vgl. nachfolgende Abb. 1.



Abbildung 1: Beispiel einer getrennten Querung mit 0 cm und 6 cm (Quelle: eigene Aufnahme)

Aus Sicht der Barrierefreiheit stellt die generelle Aufhöhung der Einmündungs-/Querungsbereiche somit kein Vorteil dar.

6.8 Roter Fahrbahnbelag

Der Einbau von farbigen Asphaltbelägen ist bautechnisch möglich. Hinsichtlich der Befahrbarkeit ist von keinen Nachteilen gegenüber den konventionellen Asphaltdeckschichten auszugehen. Üblicherweise werden jedoch nur besondere Gefahrenbereich (z.B. Kreuzungen und Einmündungen) oder Verkehrsflächen bestimmter Verkehrsteilnehmer (z.B. Radfahrstreifen) durch flächige Farbmarkierungen oder Farbasphalte hervorgehoben.

Ob eine vollständige Einfärbung des betrachteten Straßenzuges hinsichtlich der Verkehrssicherheit Vorteile mit sich bringt, kann z.Zt. nicht beurteilt werden. Es ist davon auszugehen, dass nach Fertigstellung der neuen Verkehrsräume zunächst von einer höheren Sensibilität der Verkehrsteilnehmer auszugehen ist. Anschließend wird ein Gewöhnungseffekt eintreten.

6.9 Bewertung

Der vorhandene Straßenquerschnitt mit ca. 12 m Breite lässt eine kombinierte Einrichtung von Gehwegen und Radverkehrsanlagen sowie eine Fahrbahn mit Regelbreiten nach RAST, ERA, EFA bzw. H BVA nicht zu. Bei einer Berücksichtigung der Regelbreiten wäre für beidseitige barrierefreie Gehweg, einseitige Längsparkstände und eine Fahrbahnbreite für den uneingeschränkten Begegnungsfall Bus/Bus eine Querschnittsbreite von ca. 14 m erforderlich, vgl. Abb. 2.

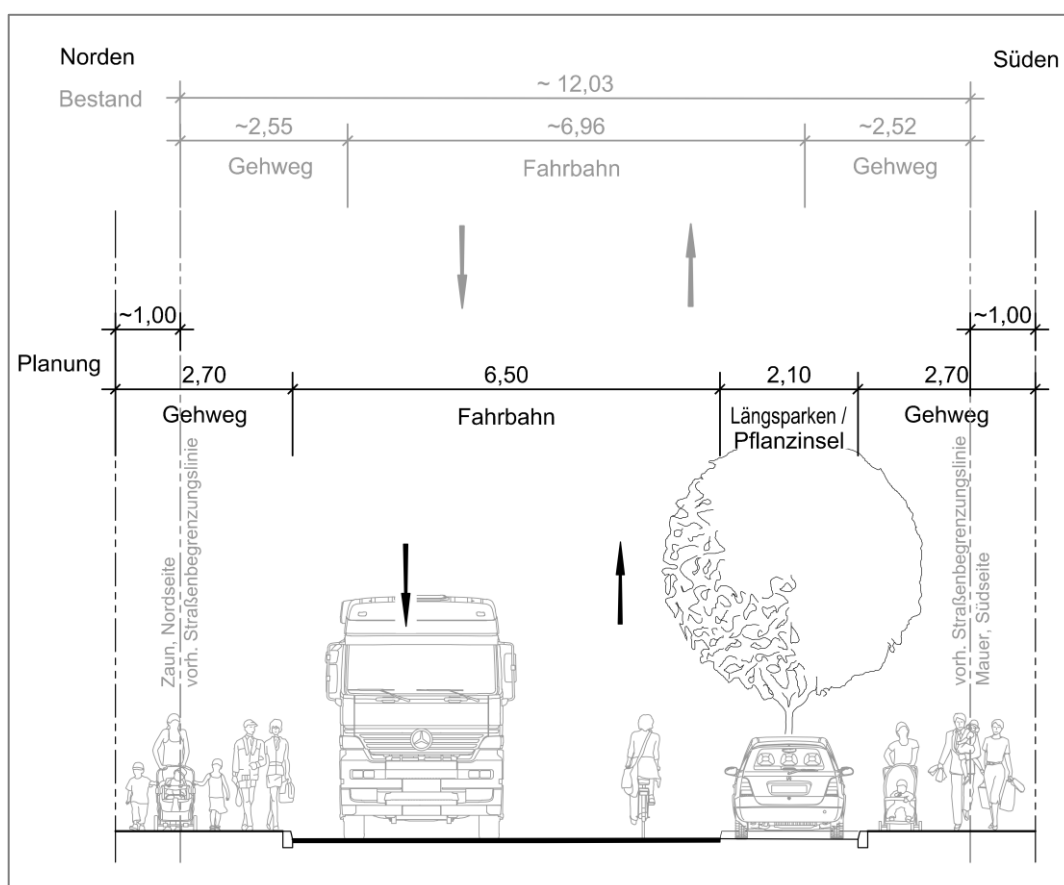


Abbildung 2: Ausbau mit Regelbreiten gemäß FGSV Regelwerke

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Aspekte und Erläuterungen scheint die vorgeschlagene Variante 6 „ADFC“ nach unserer Einschätzung keine Vorteile gegenüber den bisherigen Varianten aufzuweisen. Dem Grunde nach ähnelt die Variante dem Bestand. Im Vergleich zur Variante a) „Ausbau ähnlich Bestand“ wird die zusätzliche Fahrbahnbreite von 0,5 m zu Lasten der Gehwegbreite geplant. Bei Berücksichtigung der im Planungsbereich liegenden Gemeinschaftsschule und der geringen Verkehrsbelastung, sollte u.E. den schwächsten

Verkehrsteilnehmenden (hier Fußverkehr, Schülerinnen und Schüler) ein möglichst großer Verkehrsraum (Gehweg) zugestanden werden.

Das Ziel der Beschlusslage „Verbesserung für Radfahrende vorsehen und sichere Radverkehrsanlagen bauen“ wird bei dieser Variante nicht berücksichtigt. Radverkehrsanlagen können bei der erarbeiteten Variante „Schutzstreifen“ für den Zweirichtungsverkehr bzw. Variante „Einbahnstraße“ durch einen baulichen Radweg in Gegenrichtung vorgesehen werden.

Aufgestellt, Oststeinbek, den 27.02.2023

gez. i.A. Kühner

(Unterschrift)

7. Anlagen

- Lagepläne Bereich A, (2 Planblätter)
- Systemschnitt Bereich A (1 Planblatt)

8. Anhang

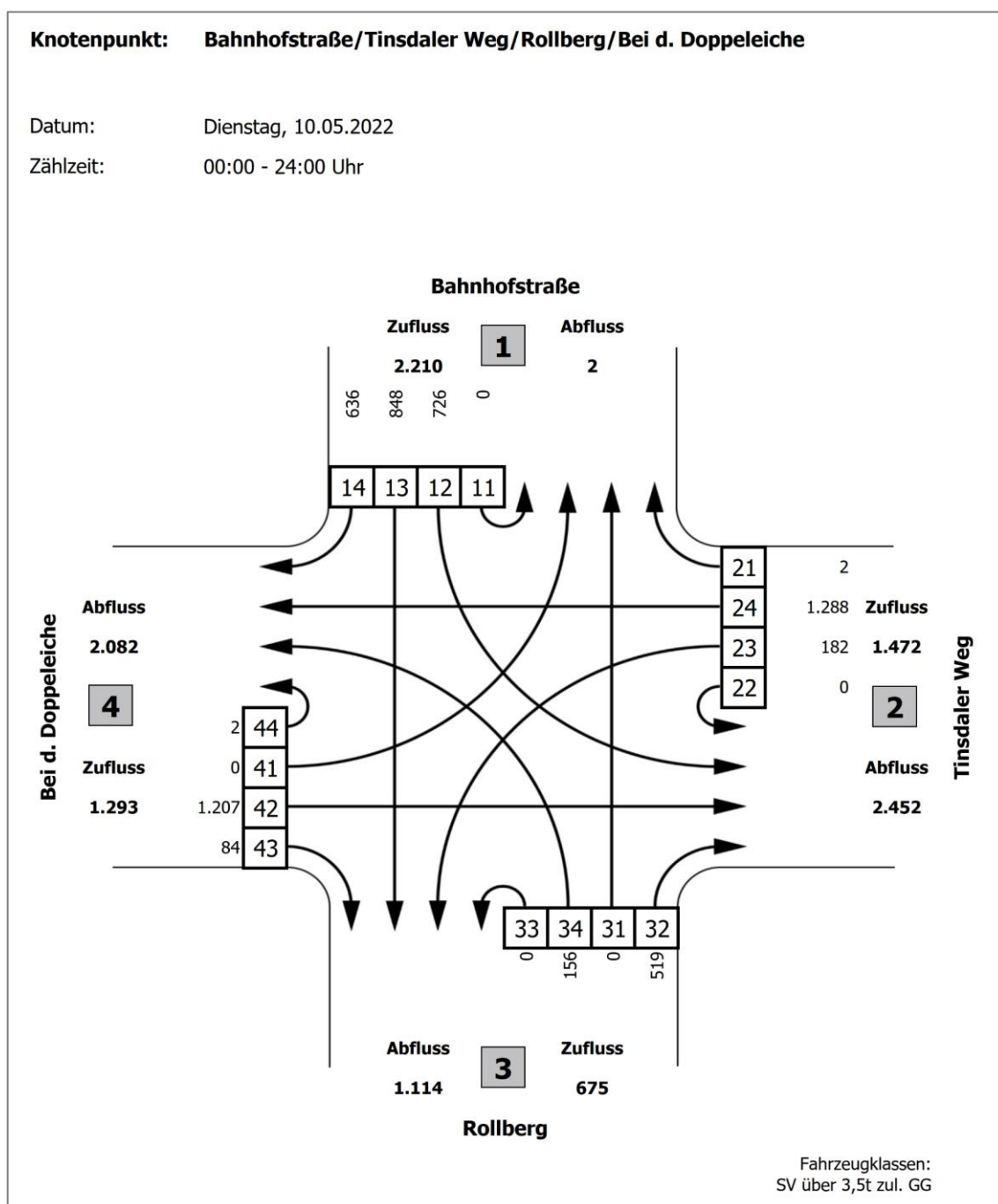


Abbildung 3: Auszug Verkehrszählung Knoten K8 Bahnhofstraße-Tinsdaler Weg (Quelle ARGUS)

Knotenpunkt: Rudolf-Breitscheid-Straße/Tinsdaler Weg Ost/Tinsdaler Weg West

Datum: Dienstag, 10.05.2022

Zählzeit: 00:00-24:00 Uhr

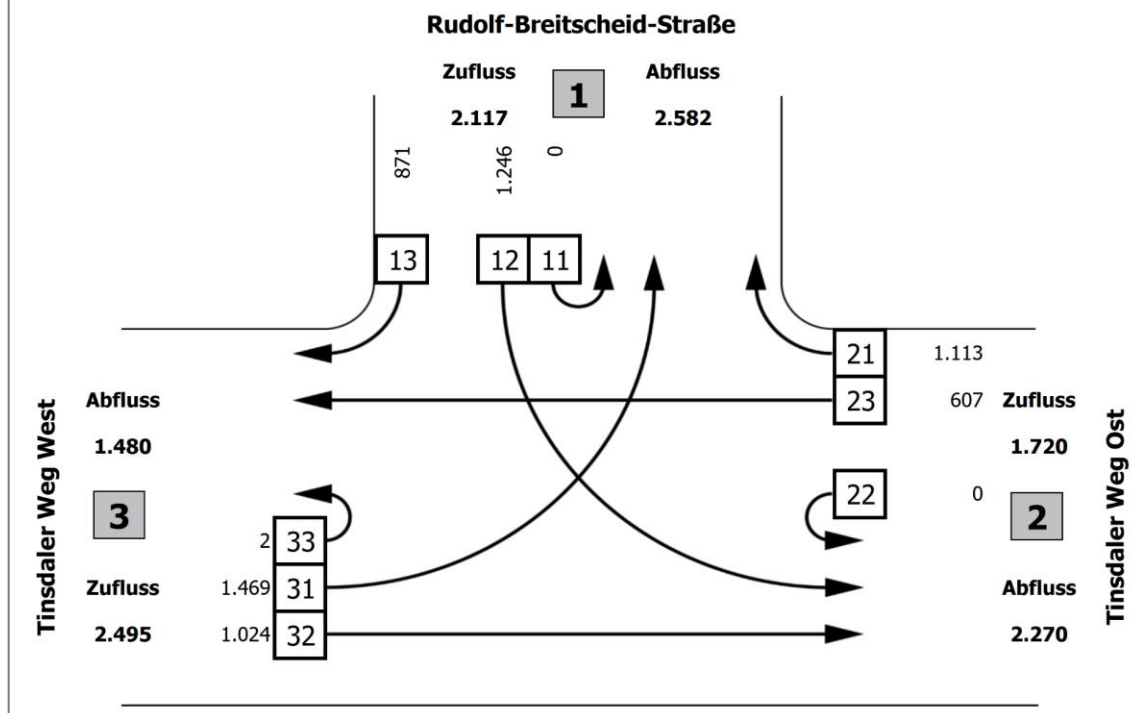


Abbildung 4: Auszug Verkehrszählung Knoten K9 Tinsdaler Weg-Rudolf-Breitscheidstraße (Quelle ARGUS)

A19 344 Tinsdaler Weg Datei : MOA19344_K9_Spitzenstunde_spät_V1
K9 Tinsdaler Weg-Rudolf-Breitscheid-Straße
15:30 bis 16:30 Uhr

Ergebnis nach HBS 2015 S5

Strom	Strom	q-vorh	tg	tf	q-Haupt	q-max	Misch-	W	N-95	N-99	QSV
-Nr.		[PWE/h]	[s]	[s]	[Fz/h]	[PWE/h]	strom	[s]	Fz	Fz	
2	→	65				1800					A
3	→	135				1533					A
4	←	105	6,5	3,2	331	593		8,1	1	1	A
6	→	96	5,9	3,0	121	1014		4,3	1	1	A
Misch-N											
8	←	75				1800					A
7	→	156	5,5	2,8	182	1002		4,7	1	1	A
Misch-H		75				1800					

In den Verkehrsstärken sind außer Pkw keine anderen Fahrzeugarten enthalten.
Die Verkehrsstärken für PKW werden mit dem pauschalen Faktor <1.1> in
Pkw-Einheiten umgerechnet.

QSV-gesamt
S5 **A**
HBS 2015

Innerorts HBS

← ? Kommentar

Abbildung 5: Ergebnis Vorbemessung, vorfahrtsregelte Einmündung nach HBS

A19 344 Tinsdaler Weg Datei: MOA19344 K9 SPITZENSTUN
K9 Tinsdaler Weg-Rudolf-Breitscheid-Straße
15:30 bis 16:30 Uhr

Qualitätsstufe des Verkehrsablaufs für den gesamten Knotenpunkt:
A-B

In den Verkehrsstärken sind außer Pkw keine anderen Fahrzeugarten enthalten.

q-ges = 574
w-m = 9,8 [s]

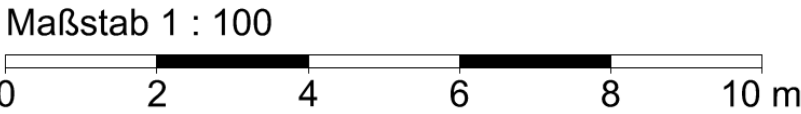
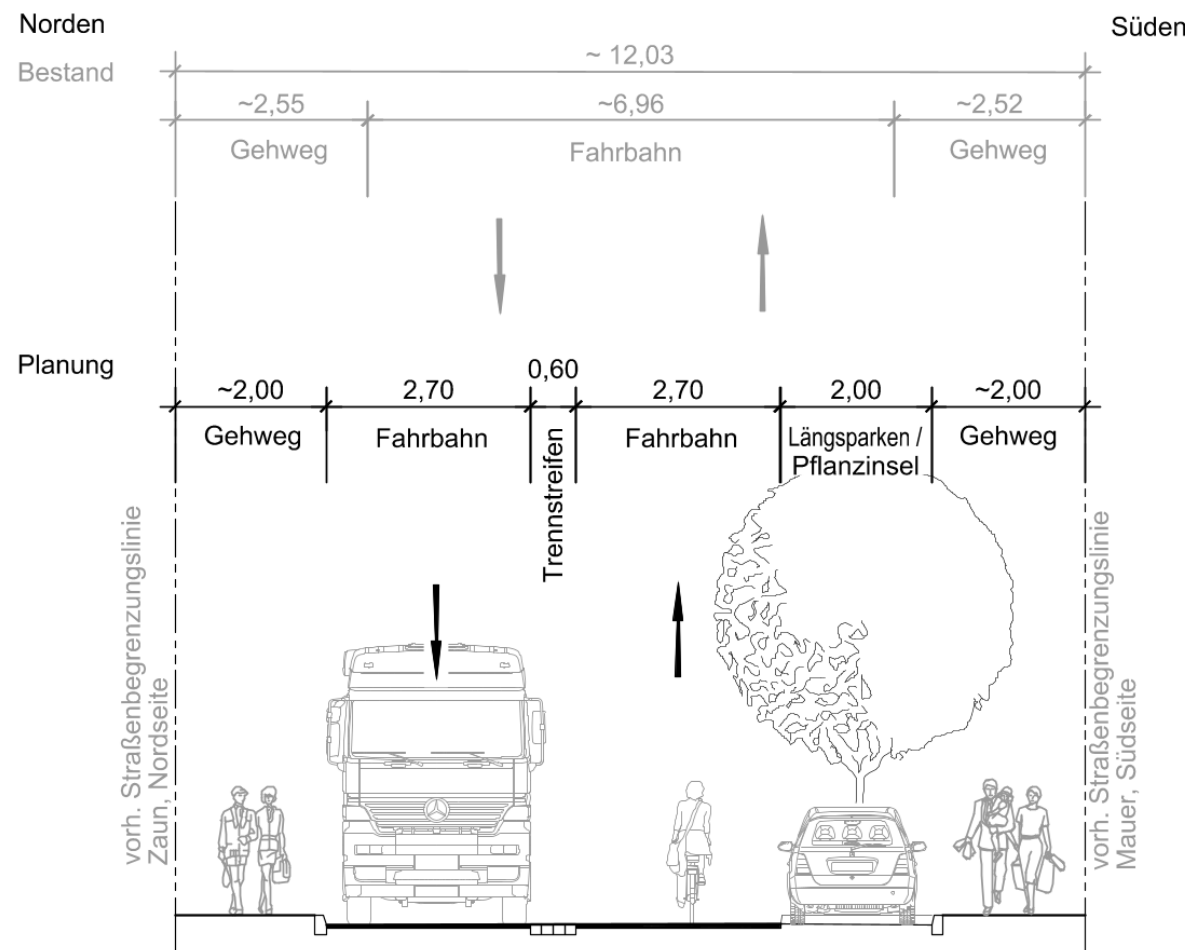
Kommentar HBS 2015

Abbildung 6: Ergebnis Vorbemessung: Ergebnis „Rechts-vor-Links“ nach HBS

Bereich A, Bauabschnitt 1

zwischen Am Lohhof und Galgenberg

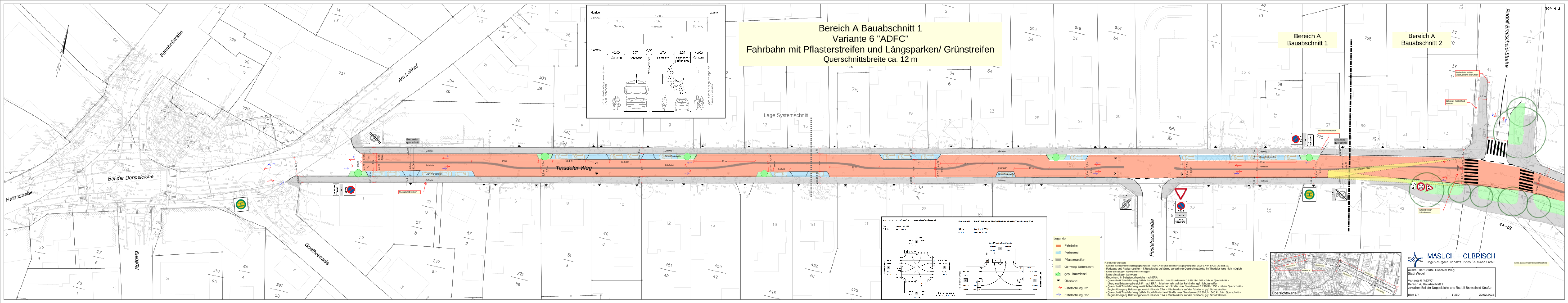
Variante 6 - ADFC

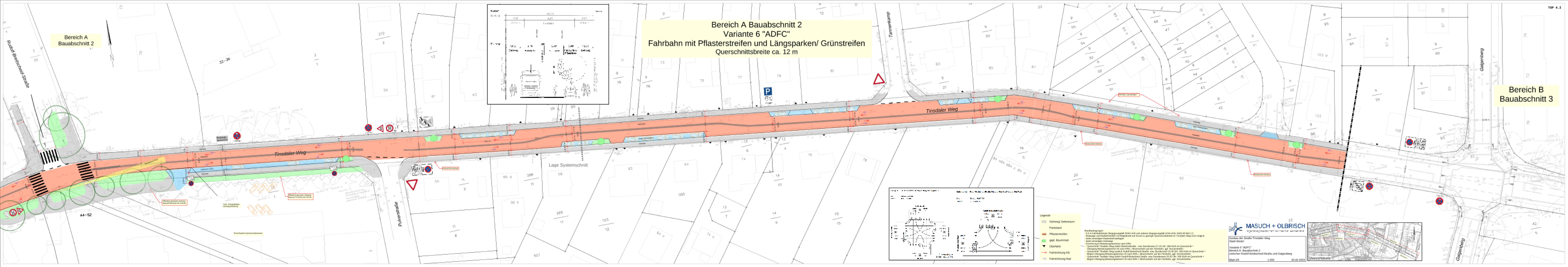


INDEX	ÄNDERUNG	GEZEICHNET	DATUM
BAUHERR	Stadt Wedel Der Bürgermeister, Fachdienst Bauverwaltung und öffentliche Flächen		
MASSNAHME	Ausbau der Straße Tinsdaler Weg		
PLANINHALT	Systemschnitte Bereich A, Bauabschnitt 1		
LEISTUNGSPHASE	Vorplanung	MASSSTAB 1 : 100	PLAN-NR. SN 05
BEARBEITET Kühner	GEZEICHNET Gräler	DATUM 20.02.2023	PROJEKT-NR. A19-344
		GEPRÜFT	VERFASST

MASUCH + OLBRISCH
Ingenieurgesellschaft für das Bauwesen mbH

Gewerbering 2
22113 Oststeinbek b. Hamburg
Telefon 040 / 713004 (0)
Telefax 040 / 713004 10
Internet www.moingenieure.de
eMail mo@moingenieure.de

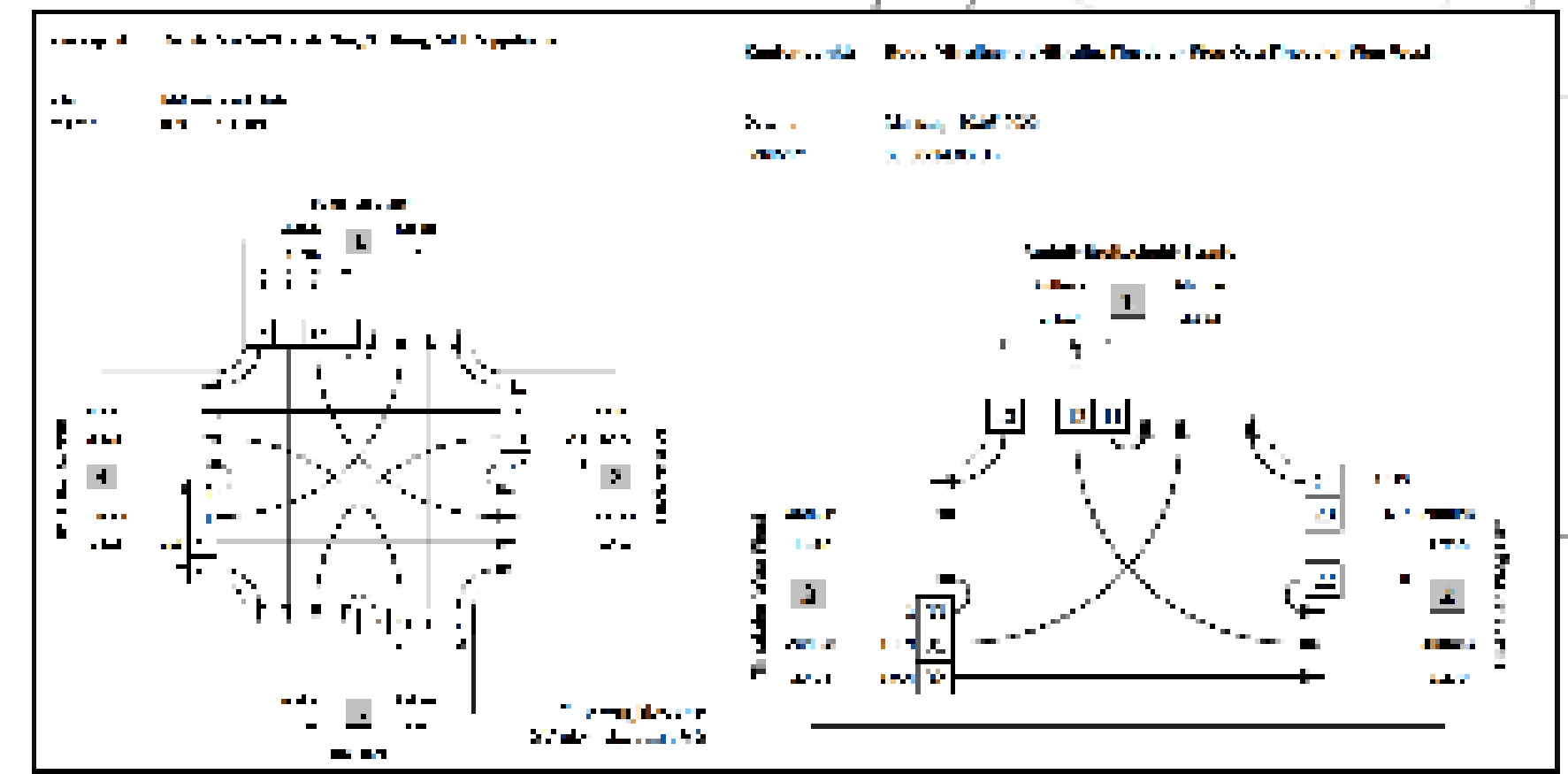
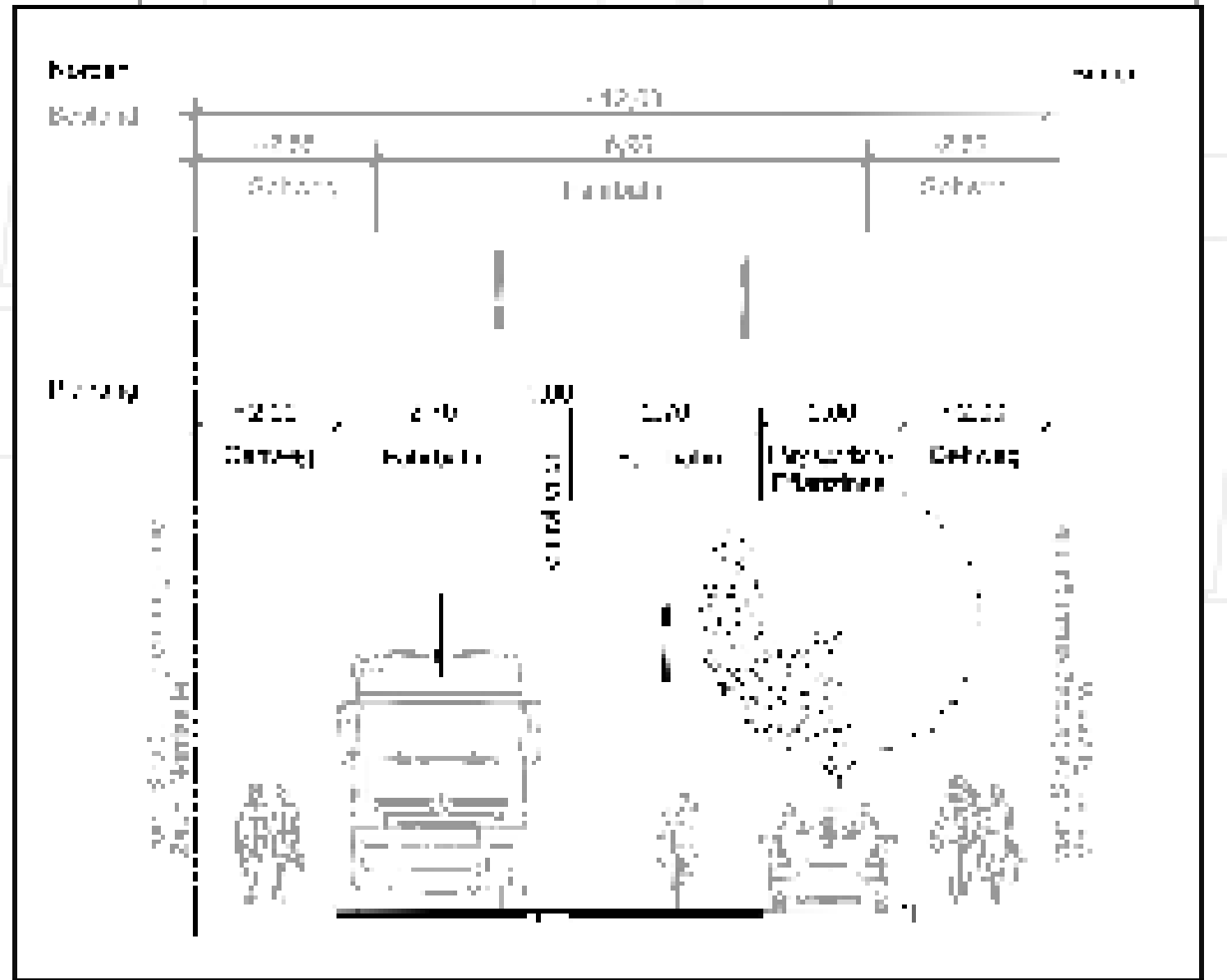




Bereich A
Bauabschnitt 2

Bereich A Bauabschnitt 2
Variante 6 "ADFC"
Fahrbahn mit Pflasterstreifen und Längsparken/ Grünstreifen
Querschnittsbreite ca. 12 m

Bereich B
Bauabschnitt 3



- Legende
- Gehweg/ Seifenraum
 - Parkstand
 - Pflasterstellen
 - gepl. Bauminsel
 - Überfahrt
 - Fahrrichtung Kfz
 - Fahrrichtung Rad

Randbedingungen:
- 6,0 m Fahrbahnbreite (Begrünungsgrat 100x100 und schmaler Begrünungsgrat 100x100, 20x50 bis 17)
- Radwege und Radbusstellen sind in der Breite auf Grund zu geringer Querschnittsbreite in Tinsdaler Weg nicht möglich.
- keine einseitigen Radverkehrsflächen
- keine einseitigen Gehwege
- Einweisung in Befahrungsbereiche nach EBA
- Querschnitt Tinsdaler Weg südlich Bahnhofsstraße: max. Stundenwert 17:35 Uhr: 306 Kfz im Querschnitt
- Übergang Befahrungsbereich 08 nach 08A - Mischverkehr auf der Fahrbahn, ggf. Schutzstreifen
- Querschnitt Tinsdaler Weg westlich Rudolf-Brüchheid-Straße: max. Stundenwert 22:30 Uhr: 350 Kfz im Querschnitt
- Beginn Übergang Befahrungsbereich 08 nach 08A - Mischverkehr auf der Fahrbahn, ggf. Schutzstreifen
- Querschnitt Tinsdaler Weg südlich Rudolf-Brüchheid-Straße: max. Stundenwert 15:30 Uhr: 345 Kfz im Querschnitt
- Beginn Übergang Befahrungsbereich 08 nach 08A - Mischverkehr auf der Fahrbahn, ggf. Schutzstreifen

MASUCH + OLBRISCH
Ingenieurwesen
Ausbau der Straße Tinsdaler Weg
Stadt Wörlitz
Variante 6 "ADFC"
Bereich A, Bauabschnitt 2
zwischen Rudolf-Brüchheid-Straße und Gelgenberg
Blatt 2/4
1:250
20.02.2023



Auszüge aus dem BMVI- Leitfaden



Fahrradstraßen – Leitfaden für die Praxis

Ein Kooperationsprojekt von:



Gefördert durch:



Bundesministerium
für Verkehr und
digitale Infrastruktur

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Das Projekt wurde vom Bundesministerium für Verkehr
und digitale Infrastruktur (BMVI) aus Mitteln zur
Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans gefördert.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für Fahrradstraßen finden sich in der **Straßenverkehrs-Ordnung (StVO)** und der dazugehörigen **Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung (VwV-StVO)**.

Laut StVO können Fahrradstraßen aus Gründen der **Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs** (§ 45 Abs. 1, Satz 1) oder zur Unterstützung einer städtebaulichen Entwicklung (§ 45 Abs. 1b Nr. 5) angeordnet werden. Das Verkehrszeichen (VZ) 244.1 der StVO (Anlage 2, Nummer 23) markiert den **Beginn einer Fahrradstraße** (vgl. Abbildung 3). Soweit sie nicht durch ein Zusatzzeichen freigegeben sind, sind andere Fahrzeuge außer Fahrrädern und Elektrokleinstfahrzeugen auf Fahrradstraßen verboten. Mit der StVO-Novelle 2020 wurde ergänzt, dass das Überqueren einer Fahrradstraße durch andere Fahrzeuge an einer Kreuzung zum Erreichen der weiterführenden Straße gestattet ist. Dies erfordert zukünftig weniger Schilder an Querungsstellen. In Fahrradstraßen gilt eine **Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h** und der Kraftfahrzeugverkehr muss seine Geschwindigkeit gegebenenfalls weiter reduzieren, da der Radverkehr weder gefährdet noch behindert werden darf. Der charakteristischste Punkt von Fahrradstraßen ist jedoch, dass das **Nebeneinanderfahren von Fahrrädern** hier erlaubt ist.

Die VwV-StVO erläutert, dass Fahrradstraßen „[...] dann in Betracht [kommen], wenn der Radverkehr die vorherrschende Verkehrsart ist oder dies alsbald zu erwarten ist.“ Daher müssen bereits zum Zeitpunkt der Anordnung hinreichende Anhaltspunkte (z. B. eine nachgewiesene stetige Zunahme des Radverkehrs oder ein städtebauliches Verkehrskonzept) dafür vorliegen, dass in naher Zukunft der Radverkehr die vorherrschende Verkehrsart sein wird.

Da Fahrradstraßen auch im Zusammenhang mit einem städtebaulichen Verkehrskonzept und einer städtebaulichen Entwicklung eingerichtet werden können (§ 45 Abs. 1b Nr. 5 StVO), kann dies auch genutzt werden, um **Lücken im Radverkehrsnetz zu schließen**. Dabei muss der Radverkehr nicht auf allen Abschnitten vorherrschend sein. In der Regel wird der Anteil des Radverkehrs aber automatisch höher bzw. der Radverkehr nach einer „Gewöhnungszeit“ die vorherrschende Verkehrsart, wenn die Fahrradstraße gut umgesetzt ist. Die VwV-StVO betont,

dass in Fahrradstraßen anderer Fahrzeugverkehr nur in Ausnahmefällen zugelassen werden darf und führt hier als Beispiel den Anliegerverkehr auf. Sie legt daher fest, dass vor einer „Anordnung die Bedürfnisse des Kraftfahrzeugverkehrs ausreichend berücksichtigt werden (alternative Verkehrsführung)“ müssen.

Die RAST 06 konkretisieren, dass Fahrradstraßen in Erschließungsstraßen mit Belastungen bis etwa 400 Kfz/h in Frage kommen. Sie sollten Vorfahrt gegenüber anderen Erschließungsstraßen haben und es wird empfohlen, durch verkehrsregelnde und bauliche Maßnahmen die Geschwindigkeit des Kfz-Verkehrs zu reduzieren.

Mit der StVO-Novelle 2020 wurde ein neues Instrument eingeführt: Die Fahrradzone mit dem VZ 244.3. In der Fahrradzone gelten die gleichen Regeln wie in Fahrradstraßen. In § 45 Absatz 1i wird zusätzlich ergänzt, dass Fahrradzonen insbesondere in Gebieten mit hoher Fahrradverkehrsdichte in Frage kommen. Eine Fahrradzone „darf sich weder auf Straßen des überörtlichen Verkehrs [...] noch auf weitere Vorfahrtstraßen (Zeichen 306) erstrecken. Sie darf nur Straßen ohne Lichtzeichen geregelte Kreuzungen oder Einmündungen, Fahrstreifenbegrenzungen (Zeichen 295), Leitlinien (Zeichen 340) und benutzungspflichtige Radwege (Zeichen 237, 240, 241 oder Zeichen 295 in Verbindung mit Zeichen 237) umfassen. An Kreuzungen und Einmündungen innerhalb der Zone muss grundsätzlich die Vorfahrtregel nach § 8 Absatz 1 Satz 1 („Rechts-vor-links“) gelten. Die Anordnung einer Fahrradzone darf sich nicht mit der Anordnung einer Tempo 30-Zone überschneiden. Innerhalb der Fahrradzone ist in regelmäßigen Abständen das Zeichen 244.3 als Sinnbild auf der Fahrbahn aufzubringen.“

Fahrradstraßen sollten:

- nicht durchgehend für den Kfz-Verkehr befahrbar sein (kein Durchgangs-, Schleich- oder quartiers-fremder Verkehr),
- an den Knotenpunkten übersichtlich gestaltet sein, gute Sichtbeziehungen haben und innerhalb der Straße einheitlich geregelt sein,
- und einen Sicherheitstrennstreifen zum Ruhenden Verkehr besitzen.
- Farbeinfärbungen können die subjektive Sicherheit noch weiter erhöhen.

Regelbreite / Querschnitt:

Grundsätzlich ist bei der Aufteilung des Straßenraumes in Fahrradstraßen aus Gründen der Verkehrssicherheit und der Erkennbarkeit zusätzlich zum Seitenraum und zur Fahrbahn ein Sicherheitsraum zwischen dem Ruhenden Verkehr und der Fahrgasse bereitzustellen. Die Anlage eines so genannten **Sicherheitstrennstreifens** besitzt dabei die gleiche Priorität wie die Breite der nutzbaren Fahrgasse und sollte daher immer miteingerichtet werden (Informationen zu Sicherheitstrennstreifen sind in *Kapitel 8.5* zu finden).



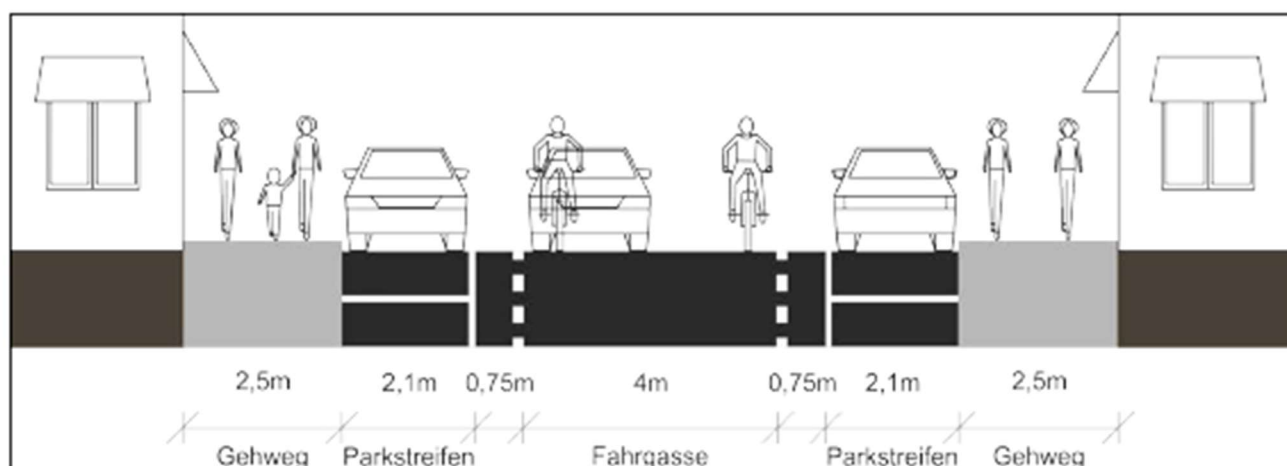


Abbildung 19: Regelquerschnitt für eine Fahrradstraße mit Längsparkständen.

Bei Linienbusverkehr oder bei stärkerem Verkehr mit Lastkraftwagen ist ebenfalls eine größere Fahrgassenbreite als 4,00 m notwendig. In den RASt wird für diese Fälle für Fahrradstraßen eine Fahrgassenbreite von 6,00 m oder 6,50 m empfohlen.³⁰

Ist ein Knotenpunkt einer Fahrradstraße durch eine Lichtsignalanlage geregelt, dann sollten großzügig dimensionierte Aufstellbereiche mit hinführenden Schutzstreifen in ausreichender Länge markiert werden. In der Untersuchung zeigte sich, dass dann, wenn der Schutzstreifen von Kraftfahrzeugen überstaut wurde, zahlreiche Radfahrende auf den Gehweg und in den Gegenverkehr auswichen.

Ruhender Verkehr:

Verschiedene Untersuchungen auf Fahrradstraßen haben gezeigt, dass der Ruhende Kfz-Verkehr eine Hauptursache für Konflikte mit dem Radverkehr ist.^{38,39,40} Die durchgeführte Untersuchung konnte diese Beobachtungen bestätigen. Im Sinne der Verkehrssicherheit generell und aufgrund des besonderen Schutzes des Radverkehrs speziell auf Fahrradstraßen sollten daher immer ausreichend breite Stellplätze für den Ruhenden Verkehr markiert sowie ein Sicherheitstrennstreifen zur Fahrgasse angelegt werden (vgl. Abbildung 17 auf S. 28). Die notwendigen Breiten des Sicherheitstrennstreifens sind

Auszüge aus dem Schlusswort:

In den allermeisten Fällen reicht es bei Weitem nicht aus, lediglich das Fahrradstraßen-Schild VZ 244.1 aufzustellen. Diese „Infrastruktur-Maßnahme“ ist zwar sehr kostengünstig, erzielt in der Praxis allerdings meist keinen Mehrwert für die Sicherheit und Ordnung des Radverkehrs sowie für die Radverkehrsförderung.

Die Qualität und der Komfort einer Fahrradstraße stehen und fallen mit dem dort vorhandenen oder nicht vorhandenen Durchgangsverkehr der Kfz. Existierender Durchgangsverkehr sollte unbedingt mit Hilfe von Diagonalsperren, sonstigen Durchfahrtsperren oder gegenläufigen Einbahnstraßen aus der Straße genommen werden.

Straßen, auf denen der Radverkehr auch auf lange Sicht in der Minderheit bleibt und das Verkehrsgeschehen nicht prägt, sollten nicht als Fahrradstraßen ausgewiesen werden, da die mit dieser Führungsform verbundenen Vorteile für den Radverkehr nicht realisiert werden können.

<u>öffentlich</u>	
Verantwortlich: Fachdienst Bauverwaltung und öffentliche Flächen	BESCHLUSSVORLAGE

Geschäftszeichen 2-601 / Schlüter	Datum 18.10.2022	BV/2022/097
--------------------------------------	---------------------	--------------------

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termine
Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss	Vorberatung	
Rat der Stadt Wedel	Entscheidung	06.04.2023

Satzung der Stadt Wedel über die Reinigung der öffentlichen Straßen sowie über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung (Straßenreinigungs- und -gebührensatzung - StruGS)

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt:

- a) die von der Stadt aufgestellte Kalkulation für den Zeitraum 2019-2021 die Grundlage für die Ermittlung der jährlichen Gebührensätze ist. Die Kalkulation ist in der Anlage beigefügt.
- b) den jährlichen Gebührensatz je Frontmeter in

Reinigungs-kategorie I (RK I)	Reinigung der Straßen alle 14 Tage	€ 6,37
Reinigungs-kategorie II (RK II)	Reinigung der Straßen wöchentlich	€ 12,74
Reinigungs-kategorie III (RK III)	Reinigung der Straße wöchentlich Reinigung der Nebenfläche zweimal wöchentlich maschinell fünfmal wöchentlich manuell	€ 51,92
Winterdienst (W 1)	Schnee und Eisbeseitigung auf verkehrswichtigen Fahrbahnen und auf dem benutzungspflichtigen Radweg der Bahnhofstraße	€ 0,81
- c) den Anteil der Gemeinde in Zusammenhang mit dem öffentlichen Interesse in Höhe von 15 % bei den RK I und II sowie der Fahrbahnreinigung in RK III und 60 % bei der Nebenflächenreinigung in RK III. Für die Winterdienstgebühr ist ein öffentliches Interesse in Höhe von 50 % festzulegen.
- d) die als Anlage angefügte Satzung der Stadt Wedel über die Reinigung der öffentlichen Straßen sowie die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung (Straßenreinigungs- und -gebührensatzung - StruGS) einschließlich Straßenverzeichnis

Ziele

1. Strategischer Beitrag des Beschlusses

Mit der Neufassung der Satzung der Stadt Wedel über die Reinigung der öffentlichen Straßen sowie die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung (Straßenreinigungs- und -gebührensatzung - StruGS) einschließlich Straßenverzeichnis wird der Satzungsinhalt einschließlich Straßenverzeichnis und die ab 01.07.2023 zu erhebenden Straßenreinigungsgebühren den gesetzlichen Vorgaben angepasst.

Durch die Neustrukturierung soll eine bessere Lesbarkeit der Satzung erreicht werden und daraus resultierend eine leichtere Verständlichkeit.

Zusätzlich müssen einige Regelungen der Satzung aufgrund rechtlicher Anforderungen ergänzt und geändert werden.

Die Vorlage enthält als Anlage den Text der Satzung der Stadt Wedel über die Reinigung der öffentlichen Straßen sowie die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung (Straßenreinigungs- und -gebührensatzung - StruGS) einschließlich Straßenverzeichnis, eine Gegenüberstellung der Bestimmungen der neuen und der bisher gültigen Satzung sowie die Kalkulation der jeweiligen Gebührensätze der Reinigungsklasse ab dem 01.07.2023.

Darstellung des Sachverhaltes

Die zurzeit in Wedel gültige Straßenreinigungsatzung vom 01.12.2010, zuletzt geändert durch Nachtragssatzung vom 18.12.2014 gültig seit 01.01.2015 muss überarbeitet und angepasst werden, um den gesetzlichen Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes (KAG) zu entsprechen. Die Betriebskosten für die Durchführung der Straßenreinigung und die Entsorgungskosten des Straßenkehrichts sind in den letzten Jahren massiv gestiegen, so dass eine Neukalkulation unumgänglich ist. Zusätzlich hat der Landesrechnungshof in seiner letzten Prüfung darauf hingewiesen, dass neben der erforderlichen Neukalkulation der Straßenreinigungsgebühren auch die Aufwendungen für den Winterdienst, auf die Anlieger*innen der Straßen in denen der Winterdienst durchgeführt wird, umzulegen sind. Künftig soll möglichst eine jährliche Überprüfung der Gebühren vorgenommen werden. Gemäß KAG muss die Gebührenkalkulation mindestens alle 3 Jahre erfolgen. Auf Grundlage der jährlich anfallenden Aufwendungen für die Durchführung der Straßenreinigung und dem Winterdienst sind die Gebühren für die rückliegenden 3 Jahre zu überprüfen, um eine Gebührenhöhe für die kommenden (maximal) 3 Jahre festzusetzen.

Begründung der Verwaltungsempfehlung

zu a.) Die Straßenreinigungs- und -gebührensatzung wurde in Gänze im Jahr 2010 überarbeitet und neu aufgestellt. Die nachfolgenden Satzungsänderungen erfolgten im Rahmen von Nachtragssatzungen, da lediglich kleinere Anpassungen erforderlich waren, z.B. Neuaufnahmen von zu reinigenden Straßen in das Straßenverzeichnis, Anpassung der Gebührenmaßstäbe und des Gemeindeanteils. Die Prüfung des Landesrechnungshofs und den daraus resultierenden Prüfbericht, aber auch laufende Rechtsprechung haben zur Folge, dass die Satzung inhaltlich überarbeitet werden musste. Vom Bauhof der Stadt Wedel wurde festgestellt, dass zur Optimierung der Reinigungsdurchläufe einige Straßen von der Reinigung auszunehmen sind. Alle sind Sackgassen im Wohngebiet Geesthang, auf denen ausschließlich Anliegerverkehr stattfindet. Sie können aufgrund ihres Querschnitts nicht mit der großen Kehrmachine angefahren werden. Sie wurden bisher, aufgrund ihrer Einstufung in die RK I (14-tägige Reinigung) mit der kleinen Kehrmachine angefahren, die hierdurch für andere erforderliche Arbeiten nicht zur Verfügung stand. Alle Straßen sind nur mit Einzel- oder Reihenhäusern bebaut, so dass die Reinigung satzungsgemäß auf die jeweiligen Grundstückseigentümer*innen übertragen werden soll. Bei der Überprüfung des Straßenverzeichnisses fiel zudem auf, dass noch einige öffentliche Parkplätze im 14 Tages-Rhythmus zu reinigen sind. Diese sind jedoch so stark frequentiert, dass eine effektive Reinigung zu keinem Zeitpunkt durchführbar ist. Die teilweise angespannte Parkplatzsituation hat eine effiziente Reinigung auch mit der kleineren Maschine nahezu unmöglich gemacht. Künftig sollen diese, wie schon diverse andere, durch Sonderreinigungen gesäubert werden. Anders als eine laufende Reinigung, sind Sonderreinigungen zeitlich planbar und es ist rechtlich zulässig für diese Aktionen Halteverbote einzurichten. Für die laufende Straßenreinigung ist das Einrichten von Pauschalhalteverboten gem. Straßenverkehrsordnung nach Auskunft der Verkehrsbehörde nicht zulässig.

Die wegfallenden Straßen sind in dem Straßenverzeichnis zur StruGS nicht mehr aufgeführt und der

beigefügten Synopse zu entnehmen.

Zusätzlich machen die neuen Datenschutzregeln gem. der geltenden Datenschutzgrundverordnung eine grundlegende Überarbeitung der Regelungen über die Datenerhebung und Datenspeicherung erforderlich.

zu b.) Der Bauhof der Stadt Wedel führt die Reinigung und den Winterdienst innerhalb des Stadtgebiets gem. dem Straßenverzeichnis zur StruGS und den satzungsgemäßen Reinigungsklassen durch. Die hierdurch entstehenden Kosten und Aufwendungen werden dokumentiert und erfasst, ebenso wie erforderlichen Maschinen und das eingesetzte Personal. Alle Kosten, die im Zusammenhang mit der Straßenreinigung entstehen, sind in die Gebührenkalkulation eingeflossen. Seit der letzten Kalkulation im Jahr 2014 sind neben den Personalkosten auch die Kosten für Betriebsmittel, wie Benzin und Schmierstoffe aber auch für Maschinen und Ausrüstung, für Ersatz- und Verschleißteile sowie die Entsorgungskosten von Straßenkehrriecht und Streugut erheblich gestiegen. Dieser Umstand führt zu einer Gebührensteigerung in Höhe von:

Reinigungs-kategorie	Gebührenhöhe alt	Gebührenhöhe neu	Erhöhung in %
I	2,03 €	6,37 €	313,8
II	4,06 €	12,74 €	313,8
III	<u>Nur</u> Nebenfläche 6,86 € zzgl. RK II / Fahrbahn 4,06 € = 10,92 € gesamt	51,92 €	475,46
Winterdienst	0,00 €	0,81 €	

Der Bauhof der Stadt Wedel führt seit jeher den Winterdienst auf der Bundesstraße, der Landesstraße und allen Straßen, die durch den Öffentlichen Nahverkehr befahren werden oder verkehrswichtig sind, durch. Bisher fand keine Umlegung dieser Kosten auf die Eigentümer*innen, der an diese Straßen anliegenden Grundstücke, statt. Dieser Umstand wurde im Prüfbericht des Landesrechnungshofs angemahnt. Es erfolgte die Aufforderung, künftig die Kosten für den Winterdienst zu kalkulieren und die ermittelten Gebühren zu erheben. Die Straßenreinigung ist eine kostenrechnende Einrichtung. Eigentümer*innen, deren Grundstücke an zu reinigenden Straßen anliegen und / oder auch durch sie erschlossen werden, unterliegen dem Anschluss und Benutzungszwang. Durch die Reinigung entsteht ihnen ein direkter Vorteil. Sie sind daher zur Gebührenzahlung heranziehen. Dieser Grundsatz ist auch im Rahmen der Durchführung des Winterdienstes anzuwenden. Auch hier wurde durch geltende Rechtsprechung festgestellt, dass diese Eigentümer*innen, deren Grundstücke an Straßen anliegen bzw. durch Straßen erschlossen werden, auf denen Winterdienst durchgeführt wird, einen erheblichen Vorteil haben. Die anfallenden Kosten für den Winterdienst sind daher auf diese Grundstückseigentümer*innen umzulegen. Die Verwaltung hat die Höhe der Winterdienstgebühr kalkuliert und als weitere RK in die Satzung aufgenommen. Die Straßen auf denen Winterdienst durchgeführt wird, sind in dem der Satzung angehängten Straßenverzeichnis unter W1 aufgeführt.

zu c.) Wie bereits ausgeführt, haben Eigentümer*innen durch die Reinigung einen erheblichen Vorteil und sind mit Gebühren an den Aufwendungen zu beteiligen. Die Gemeinden haben jedoch, im Rahmen des allgemeinen öffentlichen Interesses, einen Anteil der Kosten aus eigenen Mitteln zu tragen. Es ist abzuwägen, wie hoch das öffentliche Interesse gegenüber dem Einzelinteresse einzustufen ist. Das Oberverwaltungsgericht Schleswig-Holstein hat in einer Entscheidung vom 23.06.1994 festgelegt, dass ein gemeindlicher Eigenanteil von 15 % an den Kosten der Straßenreinigung nicht zu beanstanden ist. Dieser Entscheidung ist der Rat der Stadt Wedel in seiner Sitzung vom 18.12.2014 gefolgt und hat durch Beschluss den Gemeindeanteil für die RK I und II zum 01.01.2015 auf 15 % festgelegt.

Der Straßenbaulastträger kann gemäß § 45 Straßen- und Wegegesetz (StrWG) die Straßenreinigung durch Satzung ganz oder teilweise auf die Eigentümer*innen der Grundstücke, die jeweils durch eine Straße erschlossen werden oder aber auch für die Straßen an den die Grundstücke anliegen, übertragen. Bei Straßen, die im Straßenverzeichnis zur StruGS aufgeführt sind, werden von der

Stadt die Fahrbahnen gereinigt. Die Nebenflächenreinigung obliegt den jeweiligen direkten Anlieger*innen.

Durch die städtische Reinigung ist zu jedem Zeitpunkt gewährleistet, dass die Straßen im Rahmen ihrer Eingruppierung gleichmäßig gereinigt werden. Zusätzlich sind bei vielen Straßen Straßenmülleimer aufgestellt, die neben der Fahrbahnreinigung auch gewährleisten, dass die Nutzer*innen der Gehwege ihren Müll entsorgen können. Dieser Umstand führt zu einer großen Entlastung der Reinigungspflichtigen, da die von ihnen durchzuführende Nebenflächenreinigung erheblich reduziert wird. Aufgrund der dargelegten Gründe und dem daraus für die Eigentümer*innen entstehenden direkten Vorteil ist es nach wie vor angemessen, das öffentliche Interesse auf 15 % festzulegen.

Anders verhält es sich mit den Nebenflächen der Reinigungsklasse III. Auch hier ist grundsätzlich festzustellen, dass auch bei diesen Flächen die Reinigung auf die Eigentümer*innen der anliegenden Grundstücke übertragen werden kann. Jedoch liegen diese Flächen in einem Bereich, der sowohl von den Bürger*innen der Stadt Wedel, wie auch von Besucher*innen am meisten genutzt wird und somit einen ersten positiven bzw. negativen Eindruck auf das gesamte Stadtbild vermitteln. Es steht im öffentlichen Interesse, dass dieser Bereich einladend und attraktiv ist. Aus diesem Grund wurden entlang der gesamten Bahnhofstraße, ab Rathausplatz bis zur Straße An der Doppeleiche, viele Staudenbeete angelegt, Straßenbäume angepflanzt und Mülleimer angebracht. Der Rathausplatz im Bereich des ZOB's ist ebenso ein stark frequentierter Bereich, insbesondere von Nutzer*innen des ÖPNV's. Im Hinblick auf die Mobilitätswende ist es wichtig, dass dieser Bereich attraktiv und sauber ist. Aus den aufgeführten Gründen ist der Gemeindeanteil wesentlich höher einzustufen, als der Gebührenanteil der Grundstückseigentümer*innen. Ein Gemeindeanteil von 60 % bildet das hohe öffentliche Interesse in diesem Bereich sehr gut ab. Bisher wurden von den Anliegenden, deren Grundstücke durch diese Straßen erschlossen wurden und/oder an diese anliegen, sowohl gem. RK II (Fahrbahnreinigung) 85 % der Kosten pro laufendem Straßenfrontmeter als Gebühren erhoben und für die Nebenflächenreinigung (RK III) eine Gebühr in Höhe von 40 %. Dies wurde getrennt in RK II und RK III in den Gebührenbescheiden ausgewiesen. Zum 01.07.2023 werden diese Straßen in der RK III zusammengeführt. Dennoch wird in der RK III der Gebührenanteil von 85 % für die wöchentliche Fahrbahnreinigung zugrunde gelegt und 40 % für die zweimal wöchentliche maschinelle und die fünfmalige manuelle Reinigung der Nebenfläche.

Neu ist, dass zum 01.07.2023 eine Gebührenpflicht für den Winterdienst eingeführt wird. Bisher bestand die Auffassung, dass das öffentliche Interesse bei 100 % liegt und es wurden keine Gebühren erhoben. Begründung für diese Einschätzung war, dass der Winterdienst ausschließlich auf der Bundesstraße, der Landesstraße innerhalb der Ortsdurchfahrten sowie den Straßen, die mit Bussen befahren werden und denen, die als verkehrswichtig einzustufen sind, durchgeführt wurde. Gemäß Prüfbericht des Landesrechnungshofs hat die Stadt Wedel die Verpflichtung für die Durchführung des Winterdienstes Gebühren zu erheben. Den Eigentümer*innen, deren Grundstücke an diese Straßen anliegen und/oder durch sie erschlossen werden entsteht durch die Durchführung des Winterdienstes ein nicht unerheblicher direkter Vorteil. Dennoch ist abzuwägen, wie hoch das öffentliche Interesse einzustufen ist. Bei den Straßen, auf denen der Winterdienst durchgeführt wird, handelt es sich nach allgemeiner Auffassung um sog. Hauptverkehrsstraßen, die entweder den Verkehr durch Wedel, nach/aus Wedel, in den Stadtkern führen oder vom ÖPNV genutzt werden. Daher ist das öffentliche Interesse hier bei 50 % festzustellen.

zu d) die Satzung ist anliegend beigelegt.

Darstellung von Alternativen und deren Konsequenzen mit finanziellen Auswirkungen

Wie bereits ausgeführt besteht die rechtliche Verpflichtung der Gemeinde zur Deckung ihrer Aufwendungen bei kostenrechnenden Einrichtungen Gebühren zu erheben. Hierbei ist die maximale Gebührenhöhe auf die Eigentümer*innen umzulegen. Eine Reduzierung der Gebührenhöhe sowie eine Erhöhung des Gemeindeanteils würde zur einer Unterdeckung der rechtlich zulässigen Einnahmehöhe führen und wäre haushaltsrechtlich aufgrund der schwierigen Finanzlage der Stadt Wedel nicht zulässig.

Straßenreinigung kann, wie bereits ausgeführt, ganz oder teilweise auf die Eigentümer*innen, Nießnutzern, dinglich Berechtigten der an eine Straße anliegende Grundstücke übertragen werden. Die Stadt hat von diesem Recht durch Satzung insofern Gebrauch gemacht, als dass Sie die Nebenflächenreinigung durch Satzung übertragen hat. Die Fahrbahnreinigung wird gemäß Reinigungsklasse I und II im 14 tägigen bzw. wöchentlichen Rhythmus durch die Stadt durchgeführt. Hierfür werden die oben benannten Gebühren erhoben. Neben einem möglichst einheitlichen Reinigungslevel in den Straßen wird mit der Durchführung der Reinigung durch den Bauhof auch die Verkehrssicherheit gewährleistet. Die Übertragung der Reinigung von Fahrbahnen auf die Grundstückseigentümer*innen bzw. Nießnutzer und dinglich Berechtigten wäre aus Sicht der Verwaltung daher nicht zu empfehlen.

Die Nebenflächenreinigung wurde 2012 auf Wunsch der Eigentümer*innen bzw. der Gewerbetreibenden und der Politik eingeführt. Es könnte erwogen werden, die Nebenflächenreinigung (Reinigungsklasse III) (um die Gebührenpflichtigen zu entlasten) wieder einzustellen. Hierdurch würde sich die Gebühr für die wöchentliche Fahrbahnreinigung i.H.v. 12,74 € pro laufenden Straßenfrontmeter jährlich reduzieren. Die Nebenflächenreinigung wäre dann, wie auch in allen anderen Straßen, von den Eigentümer*innen, Nießnutzer bzw. dinglich Berechtigten der an die Straßen anliegenden Grundstücke durchzuführen. Dies könnte jedoch dazu führen, dass keine oder nur eine eingeschränkte Reinigung durch die Anlieger erfolgt. Eine Ahndung müsste über den Fachdienst Ordnung und Einwohnerservice erfolgen. Eine zeitnahe Durchsetzung und gegebenenfalls Ahndung ist aufgrund gesetzlicher Vorgaben und des derzeitigen Personalstandes nicht möglich.

Eine Reduzierung der Reinigungsdurchgänge ist aus Sicht der Verwaltung ebenfalls keine Alternative. Bei geringeren Durchläufen hätte der Bauhof einen wesentlich höheren zeitlichen Aufwand. Auch wäre mit einer größeren Müllmenge zu rechnen. Beides würde nur zu einer marginalen Gebührenminderung führen.

Finanzielle Auswirkungen

Die jährlich zu erwartenden durchschnittlichen Aufwendungen i. H. v. ca. 845.000,00 € (Stand: Haushaltsentwurf 2023; 10/22) gemessen an den letzten drei zugrunde zu legenden Jahren für die Durchführung der Straßenreinigung und des Winterdienstes werden durch die Erhöhung der Gebührensätze und die Einführung des Winterdienstes mit ca. 625.000,00 € (Stand: Haushaltsentwurf 2023; 10/22) gedeckt. Es verbleibt ein Gemeindeanteil i.H.v. ca. 220.000,00 € (Stand: Haushaltsentwurf 2023; 10/22) bei der Stadt. Es wird angestrebt künftig die Gebühren jährlich anzupassen, spätestens aber, wie im KAG verbindlich vorgeschrieben, alle drei Jahre.

Der Beschluss hat finanzielle Auswirkungen:

☒ ja ☐ nein

Mittel sind im Haushalt bereits veranschlagt

☒ ja ☐ teilweise ☐ nein

Es liegt eine Ausweitung oder Neuaufnahme von freiwilligen Leistungen vor:

☐ ja ☒ nein

Die Maßnahme / Aufgabe ist

- ☐ vollständig gegenfinanziert (durch Dritte)
☒ teilweise gegenfinanziert (durch Dritte)
☐ nicht gegenfinanziert, städt. Mittel erforderlich

Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 21.02.2019 zum Handlungsfeld 8 (Finanzielle Handlungsfähigkeit) sind folgende Kompensationen für die Leistungserweiterung vorgesehen:

(entfällt, da keine Leistungserweiterung)

Ergebnisplan						
Erträge / Aufwendungen	2022 alt	2022 neu	2023	2024	2025	2026 ff.
	in EURO					
*Anzugeben bei Erträge, ob Zuschüsse / Zuweisungen, Transfererträge, Kostenerstattungen/Leistungsentgelte oder sonstige Erträge Anzugeben bei Aufwendungen, ob Personalkosten, Sozialtransferaufwand, Sachaufwand, Zuschüsse, Zuweisungen oder sonstige Aufwendungen						
Erträge*						
Aufwendungen*						
Saldo (E-A)						

Investition	2022 alt	2022 neu	2023	2024	2025	2026 ff.
	in EURO					
Investive Einzahlungen						
Investive Auszahlungen						
Saldo (E-A)						

Anlage/n

- 1 Kalkulation 2019_2021
- 2 Strassenreinigungssatzung
- 3 Synopse

BAB 1

Verteilung auf RK 1+2, RK 3, SondR	Budget-Nr.
	5450-01001
	5450-01001-10
	5450-01001-20
Verteilung auf Gebäude, Fuhrpark, Verwaltung	5450-01001-30
	5730-01001

ERTRÄGE			Erträge	Erträge	Erträge	durchschnittl.	Verteilungs- schlüssel	RK 1+2	RK 3	SondR	Winterdienst	Gebäude	Fuhrpark	Verwaltung
Budget-Nr.	Konto	Konto-Bezeichnung	2019	2020	2021	Erträge 2019-2021								
5450-01001	432100	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte (mit Säumniszuschlä	241.460,92 €	239.418,52 €	238.860,27 €	239.913,24 €	Frontmeter	236.705,52 €	3.207,72 €					
5450-01001	4321001	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte (mit 19 % MwSt)	- €	- €	2.779,57 €	926,52 €	Frontmeter	914,14 €	12,39 €					
5450-01001	446200	Erträge aus Überzahlungen	30,44 €	- €	- €	10,15 €	Frontmeter	10,01 €	0,14 €					
5450-01001	446201	Erträge aus Gutschriften	58,65 €	- €	- €	19,55 €	Frontmeter	19,29 €	0,26 €					
5450-01001	448200	Kostenerstattungen Kreis	- €	- €	- €	- €	Frontmeter	- €	- €					
5450-01001	448500	Kostenerstattungen verbundene Unternehmen, Beteiligungen un	- €	- €	- €	- €	Frontmeter	- €	- €					
5450-01001	454200	Verkaufserlöse von beweglichem Vermögen >1.000 ?	- €	- €	10.219,00 €	3.406,33 €	Frontmeter	3.360,79 €	45,54 €					
5450-01001	456221	Prozesszinsen	- €	- €	- €	- €	Frontmeter	- €	- €					
5450-01001	458211	Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung der Pensionsrückst	- €	- €	- €	- €	Frontmeter	- €	- €					
5450-01001	458212	Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung der Beihilferückste	- €	- €	- €	- €	Frontmeter	- €	- €					
5450-01001-10	446110	Schadensfälle	- €	- €	- €	- €	direkt	- €						
5450-01001-10	446200	Erträge aus Überzahlungen	1,00 €	1,39 €	- €	0,80 €	direkt	0,80 €						
5450-01001-10	446201	Erträge aus Gutschriften	28,46 €	- €	- €	9,49 €	direkt	9,49 €						
5450-01001-10	458211	Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung der Pensionsrückst	- €	- €	- €	- €	direkt	- €						
5450-01001-10	458212	Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung der Beihilferückste	75,13 €	- €	- €	25,04 €	direkt	25,04 €						
5450-01001-10	491110	Außerordentliche Erträge (periodenfremd, nicht betriebsbedingte	- €	- €	- €	- €	direkt	- €						
5450-01001-20	446200	Erträge aus Überzahlungen	0,33 €	0,12 €	- €	0,15 €	direkt		0,15 €					
5450-01001-20	446201	Erträge aus Gutschriften	17,07 €	- €	- €	5,69 €	direkt		5,69 €					
5450-01001-20	458211	Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung der Pensionsrückst	- €	- €	- €	- €	direkt		- €					
5450-01001-20	458212	Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung der Beihilferückste	25,04 €	- €	- €	8,35 €	direkt		8,35 €					
5450-01001-20	491110	Außerordentliche Erträge (periodenfremd, nicht betriebsbedingte	- €	- €	- €	- €	direkt		- €					
5450-01001-30	446201	Erträge aus Gutschriften	1,90 €	- €	- €	0,63 €	direkt			0,63 €				
		Gesamterträge	241.698,94 €	239.420,03 €	251.858,84 €	244.325,94 €		241.045,07 €	3.280,23 €	0,63 €	- €	- €	- €	- €

Ermittlung der Kostenunter- bzw. Kostenüberdeckung			Gebühren gesamt			Mittelwert
Veranschlagte Gebühr gem. Satzung vom 26.10.2010 pro Frontmeter/			2019	2020	2021	2019-2021
	Frontmeter					
Reinigungsklasse I	2,03 €	89.445	181.573,35 €	181.573,35 €	181.573,35 €	181.573,35 €
Reinigungsklasse II	4,06 €	11.592	47.063,52 €	47.063,52 €	47.063,52 €	47.063,52 €
Reinigungsklasse III	6,86 €	1.643	11.270,98 €	11.270,98 €	11.270,98 €	11.270,98 €

BAB 2

Gesamt		Gebäude	Fuhrpark	Verwaltung	Winterdienst 5450010140	RK 1+2 5450010110	RK 3 5450010120	SondR 5450010130	
durchschnittl. Kosten 2019-2021 aus BAB 1		862.332,42 €	21.255,55 €	122.934,01 €	- €	28.725,71 €	488.337,15 €	143.628,57 €	57.451,43 €

Verteilung								
Gebäude	m ² Gemäß Mitteilung Gebäudemanagement	21.255,55 €						
		==>	5.889,00 €	3.079,56 €	8.005,94 €	4.223,80 €	57,24 €	
Zwischensumme			128.823,01 €	3.079,56 €	36.731,66 €	492.560,95 €	143.685,81 €	57.451,43 €
Fuhrpark	Fahrzeuge		128.823,01 €					
		==>			1.816,40 €	124.816,61 €	2.189,99 €	
Zwischensumme				3.079,56 €	38.548,06 €	617.377,57 €	145.875,80 €	57.451,43 €
Verwaltung	Arbeitszeit			3.079,56 €				
		==>			123,18 €	2.094,10 €	615,91 €	246,37 €
Gesamtkosten Endkostenstellen					38.671,24 €	619.471,67 €	146.491,72 €	57.697,79 €
Öffentliches Interesse in %					15%	15%	60%	100%
Öffentliches Interesse in €					5.800,69 €	92.920,75 €	87.895,03 €	57.697,79 €
Tatsächlich entstandene Gesamtkosten abzgl. Öffentliches Interesse					32.870,56 €	526.550,92 €	58.596,69 €	- €

Veranschlagte Gebühr gem. Satzung Gesamt/ Jahr (2019-2021) aus					- €	228.636,87 €	11.270,98 €	- €
--	--	--	--	--	-----	--------------	-------------	-----

Differenz aus Kostenüber- bzw. Kostenunterdeckung/ Jahr (2019-					32.870,56 €	297.914,05 €	47.325,71 €	- €
--	--	--	--	--	-------------	--------------	-------------	-----

durchschnittl. zu erwartende Kosten 2023-2025 aus	889.519,86 €	21.255,55 €	127.899,11 €	- €	29.614,61 €	503.448,34 €	148.073,04 €	59.229,22 €
=> zzgl. Kostenüber- bzw. Kostenunterdeckung/ Jahr (2019-2021)	1.267.630,17 €	21.255,55 €	127.899,11 €	- €	62.485,16 €	801.362,39 €	195.398,75 €	59.229,22 €

Verteilung								
Gebäude	m ² Gemäß Mitteilung Gebäudemanagement	21.255,55 €						
		==>	5.889,00 €	3.079,56 €	8.005,94 €	4.223,80 €	57,24 €	
	Zwischensumme		133.788,11 €	3.079,56 €	70.491,11 €	805.586,19 €	195.455,99 €	59.229,22 €
Fuhrpark	Fahrzeuge		133.788,11 €					
		==>			1.886,41 €	129.627,30 €	2.274,40 €	
	Zwischensumme			3.079,56 €	72.377,52 €	935.213,49 €	197.730,38 €	59.229,22 €
Verwaltung	Arbeitszeit			3.079,56 €				
		==>			123,18 €	2.094,10 €	615,91 €	246,37 €
	Gesamtkosten Endkostenstellen				72.500,70 €	937.307,59 €	198.346,30 €	59.475,58 €
	Öffentliches Interesse in %				50%	15%	60%	100%
	Öffentliches Interesse in €				36.250,35 €	140.596,14 €	119.007,78 €	59.475,58 €
	Umlagebetrag abzgl. Öffentliches Interesse				36.250,35 €	796.711,45 €	79.338,52 €	- €

Gebührenberechnung

Umlagebetrag aus BAB 2
Frontmeter (FM)
Berechnung

Winterdienst	RK 1+2	RK 3	SondR
5450010140	5450010110	5450010120	5450010130
36.250,35 €	796.711,45 €	79.338,52 €	- €
44.926	112.755	1.528	
Kosten je FM	nach Äquivalenzprinzip	Kosten je FM	



	FM	ÄQZ	Recheneinheit	Kosten je FM
RK 1	100.418	0,5	50.209,00	6,37 €
RK 2	12.337	1	12.337,00	12,74 €
Gesamt	112.755		62.546,00	

Gebühren je FM für	Winterdienst	RK 1	RK 2	RK 3
Straßenreinigung / Winterdienst:	0,81 €	6,37 €	12,74 €	51,92 €

Satzung der Stadt Wedel über die Reinigung der öffentlichen Straßen sowie über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung (Straßenreinigungs- und -gebührensatzung - StruGS)

Aufgrund der §§ 4 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 und 17 Abs. 1, Abs. 2 S. 1 bis 3 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.02.2003 (GVOBl. S. 57), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.03.2022 (GVOBl. S. 153), des § 45 Abs. 2, Abs. 3 Ziff. 1., 2., 3. und 5 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Schleswig-Holstein (StrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.11.2003 (GVOBl. Schl.-H., S. 631), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.05.2022 (GVOBl. S. 622) sowie der §§ 1 Abs. 1; 2 Abs. 1; 4; 6 Abs. 1 bis 5, Abs. 7 und § 18 Abs. 2 Nr. 2 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.01.2005 (GVOBl. S. 27), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.05.2022 (GVOBl. S. 564), wird nach Beschlussfassung des Rates der Stadt Wedel vom folgende Satzung erlassen:

§ 1

Gegenstand der Reinigungs-, Schnee- und Glättebefreiungspflicht

- (1) Folgende öffentliche Straßen sind zu reinigen und von Schnee und Glätte zu befreien:
 - a) Gemeindestraßen innerhalb der geschlossenen Ortslage
 - b) Bundes-, Landes- und Kreisstraßen innerhalb der geschlossenen Ortslage
 - c) folgende Straßen außerhalb der geschlossenen Ortslage, im Bereich einer zusammenhängenden Bebauung:
 1. Bündtwiete
 2. Ennbargweg
 3. Fahrenkamp

- (2) Die Reinigungspflicht erstreckt sich auf sämtliche Straßenteile, insbesondere:
 - a) die Gehwege
 - b) die begehbaren Seitenstreifen
 - c) die Radwege, auch soweit deren Benutzung durch Fußgänger geboten ist
 - d) die gemeinsamen (kombinierten) Geh- und Radwege
 - e) die Fußgängerstraßen und Wohnwege
 - f) die Grabenverrohrungen, die dem Grundstücksanschluss dienen
 - g) die als Parkplatz für Kraftfahrzeuge baulich hergestellten oder besonders gekennzeichneten Flächen
 - h) die Fahrbahnen
 - i) die Spielstraßen

- (3) Zur Straßenreinigung gehört auch die Schnee- und Glättebeseitigung (Winterdienst).

§ 2

Reinigungs- und Winterdienstpflicht der Stadt; Reinigungs- und Winterdienstklassen

- (1) Für die in der Anlage - Straßenverzeichnis der Reinigungs- und Winterdienstklassen (Straßenverzeichnis) - aufgeführten Straßen, Straßenabschnitte, Straßenteile und Parkplätze ist die Stadt reinigungs- und winterdienstpflichtig. Die Straßen werden

Reinigungs- und Winterdienstklassen im Straßenverzeichnis zugeordnet. Das Straßenverzeichnis ist Bestandteil dieser Satzung.

(2) Die Reinigungsklassen lauten:

Reinigungsklasse I	Reinigung der Fahrbahn alle zwei Wochen
Reinigungsklasse II	Reinigung der Fahrbahn einmal in der Woche
Reinigungsklasse III	Reinigung der Fahrbahn einmal in der Woche und der Nebenfläche zweimal in der Woche maschinell und fünfmal manuell in der Woche

Die Winterdienstklasse lautet:

Winterdienstklasse W1	Schnee und Eisbeseitigung auf verkehrswichtigen Fahrbahnen einschließlich der dazugehörigen Fußgängerüberwege, Parkplätze, auf dem benutzungspflichtigen Radweg der Bahnhofstraße, Busbuchten und besonders gefährliche Fahrbahnstellen.
-----------------------	--

(3) Die Stadt betreibt die Straßenreinigung einschließlich Winterdienst als öffentliche Einrichtung mit Anschluss- und Benutzungszwang.

§ 3

Umfang der übertragenden Reinigungspflicht

- (1) Soweit die Stadt gem. § 2 nicht reinigungspflichtig ist, sind die Eigentümer*innen der an die Straße angrenzenden als auch durch sie erschlossenen Grundstücke (Hinterlieger) reinigungspflichtig (Reinigungspflichtige). Anstelle der Eigentümer*innen treten
 - a) Erbbauberechtigte,
 - b) Nießbraucher*innen, sofern sie unmittelbaren Besitz am gesamten Grundstück haben,
 - c) dinglich Wohnberechtigte, denen das ganze Gebäude zur Nutzung überlassen ist.
- (2) Mehrere Reinigungspflichtige sind gemeinsam verantwortlich (Gesamtschulder*innen).
- (3) Der zu reinigende Bereich erstreckt sich in der Frontlänge der anliegenden Grundstücke von der Grundstücksgrenze
 - a) bis zum Fahrbahnrand, wenn die vor dem Grundstück liegende Fahrbahnhälfte von der Stadt zu reinigen ist;
 - b) bis zur Fahrbahnmitte, wenn die vor dem Grundstück liegende Fahrbahnhälfte nicht von der Stadt zu reinigen ist;
 - c) auf die gesamte Straßenfläche, wenn nur auf einer Straßenseite ein reinigungspflichtiger Anliegender vorhanden ist;
 - d) bis zum gegenüberliegenden Wegesrand, sofern dieser - z.B. als selbständiger Fuß- und/oder Radweg - keine Fahrbahn hat.
- (4) Die Reinigungspflicht umfasst insbesondere die Beseitigung von Kehrlicht, Streumaterial, Wildkraut, Laub und sonstigem Unrat jeder Art, sowie von Gegenständen, die nicht zur Straße gehören. Herbizide und andere chemische Mittel dürfen zur Wildkrautbeseitigung nicht eingesetzt werden. Die Einläufe in Entwässerungsanlagen und die dem Feuerlöschwesen dienende Wasseranschlüsse (Hydranten) sind jederzeit sauber und zugänglich zu halten. Kehrlicht und sonstiger Unrat sind nach Beendigung der Reinigung unverzüglich aus dem Straßenraum zu entfernen und ordnungsgemäß zu entsorgen.

- (5) Art und Umfang der Reinigung richten sich nach den örtlichen Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit.
- (6) Wer zur persönlichen Erfüllung einer ihm oder ihr obliegenden Reinigungspflicht nicht in der Lage ist, hat eine geeignete Person mit der Reinigung zu beauftragen. Der oder die Reinigungspflichtige bleibt gleichwohl für die Erfüllung der Reinigungspflicht verantwortlich.

§ 4

Außergewöhnliche Verunreinigung

- (1) Wer eine öffentliche Straße über das übliche Maß hinaus verunreinigt, hat die Verunreinigung unverzüglich zu beseitigen. Andernfalls kann die Stadt die Verunreinigung auf Kosten der verursachenden Person beseitigen.
- (2) Dies gilt auch für die Verunreinigung durch Tierkot, der durch die tierhaltende bzw. tierführende Person unverzüglich zu entfernen ist.
- (3) Die Reinigungspflicht gem. § 3 bleibt hiervon unberührt.

§ 5

Umfang des übertragenen Winterdienstes

- (1) Soweit die Stadt gem. § 2 nicht winterdienstpflichtig ist, sind die Eigentümer*innen der an die Straße angrenzenden als auch durch sie erschlossenen Grundstücke (Hinterlieger) winterdienstpflichtig (Winterdienstpflichtige). Anstelle der Eigentümer*innen treten
 - a) Erbbauberechtigte,
 - b) Nießbraucher*innen, sofern sie unmittelbaren Besitz am gesamten Grundstück haben,
 - c) dinglich Wohnberechtigte, denen das ganze Gebäude zur Nutzung überlassen ist.
- (2) Mehrere Winterdienstpflichtige sind gemeinsam verantwortlich (Gesamtschulder*innen).
- (3) Geh- und Radwege sind soweit möglich in einer Breite von mindestens 1,50 m von Schnee zu räumen, von Eis freizuhalten und bei Glatteis mit abstumpfenden Stoffen (Splitt, Granulat oder Sand) zu streuen. Die Breite richtet sich nach den örtlichen Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit bzw. der Aufrechthaltung der Verkehrssicherheit im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs. In Verbindung mit Überwegen sind Gehwege so zu bestreuen, dass die Straßenübergänge ohne Gefahr und Behinderung der Nutzer*innen durch Schnee und Eis erreichbar sind. Auf Straßen ohne separate Gehwege oder mit einseitiger Bebauung ist auf der bebauten Seite der Winterdienst entsprechend durchzuführen.
- (4) Die Verwendung von Salz oder sonstigen auftauenden Stoffen ist verboten. Ihre Verwendung ist nur erlaubt bei
 - a) witterungsbedingten Ausnahmefällen (überfrierende Nässe und Eisregen),
 - b) an besonders gefährlichen Stellen wie Fußgängerüberwege, Treppen, Rampen, Brückenauf- oder -abgängen, Abschnitte mit starkem Gefälle.

Auf Baumscheiben und Grünflächen ist die Verwendung von Salz oder sonstigen auftauenden Stoffen unzulässig; damit versetzter Schnee darf dort nicht gelagert werden.

- (5) In der Zeit von 7:00 Uhr bis 20:00 Uhr - an Sonn- und Feiertagen von 8:00 bis 20:00 Uhr - ist Schnee und/oder entstehendes Glatteis, so oft wie erforderlich unverzüglich zu beseitigen; dies gilt auch für Glätte, die durch festgetretenen Schnee entstanden ist. Nach 20:00 Uhr gefallener Schnee oder entstandenes Glatteis ist bis 7:00 Uhr - an Sonn- und Feiertagen bis 8:00 Uhr - des folgenden Tages zu beseitigen.
- (6) Schnee und Eis sind grundsätzlich auf geeigneten Flächen des eigenen Grundstücks zu lagern. Sind keine geeigneten Flächen auf dem anliegenden Grundstück vorhanden, sind Schnee und Eis an der Grundstücksgrenze zu lagern. Ist an der Grundstücksgrenze kein ausreichender Lagerplatz vorhanden, muss das Drittel des Gehweges, das an die Fahrbahn grenzt, genutzt werden. Ist ein Teil des Gehweges zum Aufstellen von Kraftfahrzeugen besonders gekennzeichnet, so sind Schnee und Eis auf dem Teil des Gehweges zu lagern, der an diese gekennzeichnete Fläche grenzt. Bei Wegen mit einer Breite von bis zu 1,50 m und in der Bahnhofstraße sind Schnee und Eis bei nicht ausreichender Gehwegbreite an einer Stelle behinderungsfrei zu lagern, dass ein Abtransport möglich ist. Die wöchentliche Müllentsorgung muss gewährleistet bleiben. Die Einläufe in die Straßenentwässerungsanlagen und die dem Feuerlöschwesen dienende Wasseranschlüsse (Hydranten) sind freizuhalten.
- (7) Wer zur persönlichen Erfüllung einer ihm oder ihr obliegenden Winterdienstpflicht nicht in der Lage ist, hat eine geeignete Person mit der Reinigung zu beauftragen. Der oder die Reinigungspflichtige bleibt gleichwohl für die Erfüllung der Reinigungspflicht verantwortlich.

§ 6

Grundstücksbegriff

- (1) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine wirtschaftliche Einheit nach Bewertungsgesetz bildet, ohne Rücksicht auf die Grundbuch- oder Katasterbezeichnung. Unerheblich ist dabei, ob das Grundstück benutzt wird oder nutzbar ist.
- (2) Als anliegende Grundstücke im Sinne dieser Satzung gelten die Grundstücke, die vom Gehweg oder von der Fahrbahn durch Gräben, Mulden, Böschungen, Mauern, Trenn-, Rand-, Seiten-, Grün- oder Sicherheitsstreifen oder in ähnlicher Weise getrennt sind. Es macht keinen Unterschied, ob die anliegenden Grundstücke mit der Vorder- bzw. Hinterfront oder den Seitenfronten an einer Straße liegen. Dies gilt jedoch nicht, wenn eine Verbindung des Grundstücks mit der Straße unzulässig oder unmöglich ist oder wenn ein Geländestreifen zwischen Grundstück und Straße nicht dem Träger der Straßenbaulast gehört und selbständigen wirtschaftlichen Zwecken dient.

§ 7

Reinigungs- und Winterdienstgebühren

- (1) Soweit die Reinigungs- bzw. Winterdienstpflicht nach § 2 der Stadt obliegt, werden Reinigungs- und Winterdienstgebühren erhoben. Die von der Stadt zu reinigenden Straßen ergeben sich aus dem dieser Satzung als Anlage beigefügtem Straßenverzeichnis, das Bestandteil dieser Satzung ist.

- (2) Die Stadt erhebt für die von ihr durchgeführte Reinigung und den Winterdienst folgende Gebühren

85 v.H. der Straßenreinigungskosten	für die Reinigungsklassen I und II sowie die Fahrbahnen in der Reinigungsklasse III
und	
40 v.H. der Straßenreinigungskosten	für die Nebenflächen in der Reinigungsklasse III
und	
50 v.H. der Winterdienstkosten	auf den im Straßenverzeichnis unter Winterdienst aufgeführten Fahrbahnen einschl. Fußgängerüberwege und Busbuchten sowie dem benutzungspflichtigen Radweg der Bahnhofstraße

und diese sind nach Maßgabe dieser Satzung von den nach § 8 dieser Satzung genannten Gebührenpflichtigen zu tragen.

- (3) Die Gebühren ruhen gem. § 6 Abs. 7 KAG als öffentliche Last auf dem Grundstück.

§ 8 Gebührenpflichtige

- (1) Gebührenpflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Fälligkeit Eigentümer*in ist oder Wohnungs- oder Teileigentümer*in. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist die/der Erbbauberechtigte anstelle des/der Eigentümer*in gebührenpflichtig. Die Wohnungs- und Teileigentümer*innen einer Eigentümer*innengemeinschaft sind Gesamtschuldner*innen der auf ihr gemeinschaftliches Grundstück entfallenden Gebühren. Miteigentümer*innen oder mehrere aus dem gleichen Grunde dinglich Berechtigte sind Gesamtschuldner*innen.
- (2) Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschulder*innen.
- (3) Wechselt der/die Gebührenpflichtige im Laufe des Kalendervierteljahres, so sind für die Gebühren dieses Kalendervierteljahres der bisherige und der/die neue/n Gebührenpflichtige Gesamtschuldner*innen.
- (4) Die Gebührenpflichtigen gelten als Benutzer der öffentlichen Einrichtung.

§ 9 Bemessungsgrundlage und Höhe der Reinigungsgebühr

- (1) Die Reinigungsgebühr wird für die anliegenden und die durch die Straße erschlossenen Grundstücke (Hinterlieger) erhoben. Maßstab für die Gebührenhöhe ist die Straßenfrontlänge. Dabei wird die Straßenfrontlänge mit der Gebühr der jeweiligen Reinigungsklasse multipliziert, zu der die Straße gehört. Die Straßenfrontlänge ist die gemeinsame Grundstückslinie zwischen dem anliegenden Grundstück und der zu reinigenden Straße.

- (2) Bei einem Grundstück, das mit weniger als zwei Drittel seiner längsten Ausdehnung parallel zu der zu reinigenden Straße an die Straße angrenzt, gilt als Straßenfrontlänge zwei Drittel der längsten Ausdehnung parallel zu der zu reinigenden Straße abzüglich ein Viertel des Unterschieds zur tatsächlichen Straßenfrontlänge.
- (3) Bei einem Grundstück, das nicht an die zu reinigende Straße grenzt, aber von ihr erschlossen wird (Hinterlieger), gilt als Straßenfrontlänge die Hälfte der längsten Ausdehnung des Grundstücks parallel zur Straße.
- (4) Bei Eckgrundstücken oder bei Grundstücken, die an mehreren zu reinigenden Straßen liegen oder durch mehrere Straßen erschlossen werden, wird die Gebühr für jede Straße nach der jeweiligen Straßenfrontlänge berechnet.
- (5) Bei der Feststellung der Straßenfrontlänge werden Bruchteile eines Meters bis zu 50 cm auf volle Meter nach unten abgerundet, Bruchteile eines Meters über 50 cm werden auf volle Meter nach oben aufgerundet.
- (6) Die Stadt trägt 15 v.H. der Straßenreinigungskosten bei Reinigungsklassen I und II und der Fahrbahn in Reinigungsklasse III sowie 60 v.H. der Straßenreinigungskosten der Nebenflächen bei Reinigungsklasse III.
- (7) Die jährliche Reinigungsgebühr beträgt je Meter Straßenfrontlänge des Grundstücks:

Reinigungsklasse I (RK I)	6,37 €
Reinigungsklasse II (RK II)	12,74 €
Reinigungsklasse III (RK III)	51,92 €

§ 10

Bemessungsgrundlage und Höhe der Winterdienstgebühr

- (1) Die Winterdienstgebühr wird für die anliegenden und die durch die Straße erschlossenen Grundstücke (Hinterlieger) erhoben. Maßstab für die Gebührenhöhe ist die Straßenfrontlänge. § 9 Abs. 1 S. 2 und 3, Abs. 2 bis 5 gelten entsprechend.
- (2) Für die Durchführung des Winterdienstes auf der Fahrbahn trägt die Stadt 50 v.H. der Kosten.
- (3) Die jährliche Winterdienstgebühr beträgt je Meter Straßenfrontlänge des Grundstücks

Winterdienstklasse W1	0,81 €
-----------------------	--------

§ 11

Entstehung, Unterbrechung und Ende der Gebührenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit dem ersten Tag des Kalendermonats, der auf den Beginn der regelmäßigen Reinigung und/oder des Winterdienstes der Straße folgt. Sie endet mit dem Ende des Monats, in dem die satzungsgemäße Reinigung und/oder der Winterdienst eingestellt wird.

- (2) Wird die Reinigung, mit Ausnahme der Durchführung des Winterdienstes in der Zeit vom 15.11. eines Jahres bis zum 15.03. des darauffolgenden Jahres, länger als 30 aufeinander folgende Tage unterbrochen, so entfällt für jeden vollen Kalendermonat der Unterbrechung die Gebührenpflicht. Bei vorübergehenden Unterbrechungen in Folge von höherer Gewalt oder aus Gründen, die die Stadt nicht zu vertreten hat entsteht kein Anspruch auf Ermäßigung der Gebühren.
- (3) Eine Gebührenerstattung erfolgt nach Beendigung der Unterbrechung und der Wiederaufnahme der Reinigung.

§ 12

Fälligkeit

- (1) Die Gebührenpflichtigen erhalten über die zu entrichtende Gebühr einen Gebührenbescheid, der mit anderen Abgaben verbunden sein kann.
- (2) Die Gebühr (Jahresgebühr) ist in Teilbeträgen oder in einer Summe fällig. Sie kann durch einen Dauerbescheid festgesetzt werden.
- (3) Die Gebühr ist grundsätzlich ein Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids fällig. Die Jahresgebühr ist in gleichen Teilbeträgen am 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. eines jeden Jahres fällig.
- (4) Auf Antrag der Gebührenpflichtigen kann eine jährliche Zahlung zum 01.07. bewilligt werden. Der Antrag ist bis spätestens zum 30.09. des Vorjahres einzureichen.

§ 13

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt nach § 56 Ziffer 8 und 9 StrWG, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 - a) seiner Reinigungspflicht nach § 3 Abs. 1 bis 4 nicht nachkommt,
 - b) seiner Winterdienstpflicht nach § 5 Abs. 1 bis 6 nicht nachkommt,
- (2) Ordnungswidrig handelt nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 KAG, wer vorsätzlich oder leichtfertig an der Erhebung der erforderlichen Daten gemäß § 14 Abs. 2 nicht mitwirkt oder falsche Auskünfte erteilt.
- (3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden.

§ 14

Datenverarbeitung

- (1) Die Stadt Wedel, Fachdienst Wirtschaft und Finanzen, ist berechtigt, zur Erfüllung der Aufgaben nach dieser Satzung die erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten zur Ermittlung der Reinigungs-, Winterdienst- und Gebührenpflichtigen und zur Festsetzung der Gebühr im Rahmen der Veranlagung nach dieser Satzung gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e), Abs. 2 der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) vom 27.04.2016 i.V.m. § 3 Abs. 1 Landesdatenschutzgesetz Schleswig-Holstein (LDSG) vom 02.05.2018 in der jeweils geltenden Fassung insbesondere folgende Daten zu erheben und zu verarbeiten:

- a) Name, Vorname, Anschrift, Geburtsdatum, Familienstatus und gegebenenfalls Kontoverbindung der Gebührenpflichtigen.
 - b) Name und Anschrift einer oder eines evtl. Handlungs- oder Zustellbevollmächtigten
 - c) Daten über die Eigentumsverhältnisse, dinglichen Rechtsverhältnisse und sonstigen Grundstücksverhältnisse aus Grundsteuer- und Grundbuchakten sowie aus dem Liegenschaftsbuch des Katasteramtes,
 - d) Daten, die ihr im Zusammenhang mit gesetzlichen, schuldrechtlichen oder dinglichen Vorkaufsrechten oder anderen Verwaltungsverfahren (z.B. Baugenehmigungsverfahren) bekannt geworden sind,
 - e) Daten aus den Melderegistern, auch anderer Meldebehörden, hinsichtlich der Anschriften der Reinigungs- und Gebührenpflichtigen,
 - f) sonstige Daten aus Katasterunterlagen über die Grundstücksverhältnisse, insbesondere auch zur Abgrenzung öffentlicher und privater Grundstücksflächen,
 - g) Daten, die aufgrund örtlicher Feststellungen erhoben wurden.
- (2) Die Daten dürfen vom Fachdienst Wirtschaft und Finanzen zum Zwecke der Aufgabenerfüllung nach dieser Satzung in einer Datenbank gesammelt und weiterverarbeitet werden.
- (3) Die Reinigungs-, Winterdienst- bzw. Gebührenpflichtigen gem. § 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 sind zur Mitwirkung bei der Erhebung der erforderlichen Daten verpflichtet. Insbesondere haben sie die erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie Unterlagen zum Nachweis zu erbringen.
- (4) Die für die Umsetzung und Überwachung der Reinigung und des Winterdienstes sowie für die Gebührenfestsetzung und -erhebung zuständigen städtischen Stellen sind befugt, dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin der Stadt Wedel als örtlicher Ordnungsbehörde und dem Fachdienst Bauverwaltung und öffentliche Flächen die nach dieser Satzung rechtmäßig erhobenen und gespeicherten Daten zur Erfüllung seiner oder ihrer Aufgaben auf Antrag mitzuteilen.
- (5) Die Stadt Wedel, Fachdienst Wirtschaft und Finanzen, speichert die personenbezogenen Daten für den Zeitraum der Aufgabenerfüllung nach dieser Satzung und im Rahmen der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten.
- (6) Der Einsatz technikunterstützter Informationsverarbeitung ist zulässig.

§ 15 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am 01.07.2023 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Wedel über die Reinigung der öffentlichen Straßen sowie über die Erhebung der Gebühren für die Straßenreinigung (Straßenreinigungs- und gebührensatzung vom 07.10.2010 mit der 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wedel über die Reinigung der öffentlichen Straßen sowie über die Erhebung der Gebühren für die Straßenreinigung (Straßenreinigungs- und gebührensatzung)) vom 06.10.2011, der 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wedel über die Reinigung der öffentlichen Straßen sowie über die Erhebung der Gebühren für die Straßenreinigung (Straßenreinigungs- und gebührensatzung der vom 14.12.2012,

der 3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wedel über die Reinigung der öffentlichen Straßen sowie über die Erhebung der Gebühren für die Straßenreinigung (Straßenreinigungs- und gebührensatzung) vom 21.03.2013 und
der 4. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wedel über die Reinigung der öffentlichen Straßen sowie über die Erhebung der Gebühren für die Straßenreinigung (Straßenreinigungs- und gebührensatzung) vom 18.12.2014.außer Kraft.

Wedel, den xxx

Stadt Wedel

Kaser
Bürgermeister

Anlage

zur Satzung der Stadt Wedel über die Reinigung der öffentlichen Straßen sowie über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung (Straßenreinigungs- und -gebührensatzung - StruGS)

Straßenverzeichnis der Reinigungs- und Winterdienstklassen gem. § 2 StruGS

Reinigungsklasse I (RK I): Reinigung der Fahrbahn alle zwei Wochen

Aastwiete	Beidseitig ab Steinberg Nr. 23/25 auf 50 m, dann einseitiger Bordstein auf ca. 75 m Länge bis Appelboomtwiete Nr. 2
ABC-Straße	zwischen Hafenstraße und Bekstraße
Adalbert-Stifter-Straße	
Ahornstraße	
Alter Zirkusplatz	
Am Freibad	
Am Hang	
Am Hexenberg	
Am Lohhof	
Am Marienhof	
Am Rain	
Am Redder	
Am Riesenkamp	
Amselstieg	ohne Stichstraßen
An der Windmühle	bis zum Ende vom Grundstück Haus Nummer 3
Ansgariusweg	ohne Stichstraße zu den Häusern Nr. 29-39 und 40, 42
Autal	die Straßentrasse zwischen den Straßen Rissener Straße und Breiter Weg
Baumgarten	
Beethovenstraße	
Beim Hoophof	ohne Stichstraße zu den Häusern Nr. 7 - 9f
Beksberg	
Bekstraße	
Bergstraße	
Birkenweg	
Boockholtzstraße	
Breiter Weg	von Pinneberger Straße bis Autal beidseitig von Haus Nr. 73 - 115 nur die Straßenhälfte, die mit einer Bordkante versehen ist
Breslaustraße	
Brombeerweg	
Buchsbaumweg	
Croningstraße	ohne Stichwege
Drosselweg	
Dunantstraße	
Egenbüttelweg	ohne Stichstraßen

Einsteinstraße	
Elbring	
Elbstraße	
Erlenweg	
Fasanenweg	
Feldstraße	zwischen Bahnhofstraße und Industriestraße
Flerrentwiete	zwischen Breiter Weg und Wendebereich in Höhe DRK-Kindertagesstätte einschließlich Wendehammer sowie von der Pinneberger Straße bis zum Ende der ausgebauten Straße
Friedrich-Ebert-Straße	
Friedrich-Eggers-Straße	einschließlich Parkplatz Mittendrin
Gärtnerstraße	
Galgenberg	einschließlich Stichweg zw. Hausnummern 67 - 93
Gerhart-Hauptmann-Straße	
Ginsterweg	
Gnäterkuhlenweg	beidseitig ab Moorweg bis Hausnummer 53 und Parkplatz am Waldfriedhof
Goethestraße	
Gorch-Fock-Straße	einschließlich Parkplatz vor der Kursana Residenz
Hafenstraße	
Haidbrook	ohne Stichstraße zu den Häusern Nr. 1-9a
Hans-Böckler-Platz	
Hasenkamp	zwischen Heinestraße und Schützenkamp
Hasenknick	
Hatzburgtwiete	
Heinestraße	
Heinrich-Schacht-Straße	
Heisterkamp	
Helgolandstraße	
Hellgrund	
Höbüschentwiete	
Holunderstraße	
Im Flerren	
Im Grund	
Immenhof	
Im Sandloch	zwischen Quälkampsweg und Haidbrook beidseitig, zwischen Haidbrook und Sandlochweg nur die Straßenhälfte von Haus Nr. 1 - 11, die mit einer Bordkante versehen ist
Im Winkel	ab Haus Nr. 69 - 73 bis Einmündung Feldstraße nur einseitig auf der Nordwest-Seite
In de Krümm	
Industriestraße	
Johann-Diedrich-Möller-Straße	
Julius-Leber-Weg	bis zur Kehre
Kantstraße	bis zur Einmündung Adalbert-Stifter Straße
Kiefernweg	
Königsbergstraße	
Kronskamp	ohne Stichweg
Langenkamp	
Lerchenweg	ohne Stichwege

Liethfeld	
Lindenstraße	
Lülanden	
Martin-Niemöller-Straße	
Möllers Park	
Moorweg	
Mozartstraße	
Mühlenweg	
Müllerkamp	
Op´n Klint	
Otto-Hahn-Straße	
Pestalozzistraße	
Pferdekoppel	
Planckstraße	
Pöhlenweg	
Pulverstraße	
Quälkampsweg	zwischen Gnäterkuhlenweg und Wendehammer
Rebhuhnweg	
Reepschlägerstraße	bis zum Wendehammer
Robert-Koch-Straße	
Röntgenstraße	
Roggenhof	einseitig nur die Straßenhälfte die mit einer Bordkante versehen ist
Rollberg	
Rotdornstraße	von der Einmündung in die Wachholderstraße bis zum Beginn des verkehrsberuhigten Bereichs
Rudolf-Breitscheid-Straße	einschließlich Zufahrt zum Sportzentrum
Rudolf-Kinau-Weg	
Sanddornweg	
Sandlochweg	nur die Straßenhälfte, die mit einer Bordkante versehen ist, die Häuser mit geraden Nummern in voller Länge und vor den Häusern Nr. 1 und 1a
Schillerstraße	
Schloßkamp	
Schulauer Moorweg	zwischen Erlenweg und Haus Nr. 25 die Nordseite und von Haus Nr. 25 bis zur Landesgrenze die Südostseite
Schützenkamp	
Spargelkamp	
Spitzerdorfstraße	einschließlich Parkflächen Schulauer Wochenmarkt
Steinberg	
Stettinstraße	
Strandbaddamm	
Tannenkamp	
Theaterstraße	
Theodor-Johannsen-Straße	
Thomas-Mann-Straße	ohne Stichstraßen
Tinsdaler Weg	ohne Stichstraßen
Urnenfeld	
Vogt-Körner-Straße	
Von-Linné-Straße	
Von-Suttner-Straße	
Voßhagen	
Wachholderstraße	

Werkstraße	
Wiedestraße	
Wiedetwiete	

Reinigungsklasse II (RK II): Reinigung der Fahrbahn wöchentlich

Am Markplatz	
Austraße	
Bei der Doppeleiche	zwischen Hafenstraße und Tinsdaler Weg
Holmer Straße	bis Ortsdurchfahrt
Mühlenstraße	
Parnaßstraße	
Pinneberger Straße	bis Ortsdurchfahrt
Rissener Straße	
Rolandstraße	
Rosengarten	ab Haus Nr. 3 bzw. Nr. 6 in östliche Richtung
Schauenburgerstraße	
Schulauer Straße	
Strandweg	

Reinigungsklasse III (RK III): Reinigung der Fahrbahn einmal wöchentlich und der Nebenflächen zweimal wöchentlich maschinell und fünfmal wöchentlich manuell

Bahnhofstraße	ohne Stichwege
Bei der Doppeleiche	bis Hausnummer 4
Rathausplatz	Platz vor dem Rathaus, Bahnhofsvorplatz (Gem. Wedel, Fl. 11, Flurst. 42/60) und gesamter Fußgängerbereich des ZOBs
Rosengarten	östl. Verlängerung des Bahnhofsvorplatzes bis zum Ende der eingeschossigen Bebauung des Hausgrundstücks „Rosengarten 3“ (Gem. Wedel, Fl. 11 Flurst. 40/13; westl. Teilstück)“

Winterdienstklasse (W 1)

ABC - Straße	zwischen Bekstraße und Hafenstraße
Am Lohhof	
Am Marienhof	
Am Marktplatz	
Austraße	
Autal	die Straßentrasse zwischen den Straßen Rissener Straße und Breiter Weg
Bahnhofstraße	einschließlich Fahrradweg in nördlicher Richtung von der Straße Bei der Doppeleiche bis Rathausplatz
Bei der Doppeleiche	
Bekstraße	
Breiter Weg	
Egenbüttelweg	ohne Stichstraßen
Elbring	
Elbstraße	ab Einmündung Rollberg / Parnaßstraße
Feldstraße	zwischen Bahnhofstraße und Industriestraße
Gärtnerstraße	
Galgenberg	ohne Stichstraße
Gorch-Fock-Straße	einschließlich Parkplatz vor der Kursana Residenz
Hafenstraße	
Heinestraße	
Höbüschentwiete	
Holmer Straße	bis Ortsdurchfahrt
Industriestraße	
Kronskamp	ab Einmündungsbereich Voßhagen in östlicher Richtung bis Industriestraße ohne Stichwege
Lülanden	
Moorweg	bis zum Kurvenbereich Wespenstieg
Mühlenweg	
Müllerkamp	
Parnaßstraße	
Pinneberger Straße	bis Ortsdurchfahrt
Rathausplatz	einschl. ZOB
Rissener Straße	bis Ortsdurchfahrt
Rollberg	
Rosengarten	
Rudolf-Breitscheid-Straße	ohne Zufahrt zum Sportzentrum
Schauenburgerstraße	
Schulauer Straße	
Spitzerdorfstraße	einschließlich Spitzerdorfer Markt
Steinberg	
Strandweg	
Tinsdaler Weg	ohne Stichstraßen
Voßhagen	ab Einmündung Rissener Straße in südlicher Richtung
Wiedestraße	

ALT

Präambel:
mit den Änderungen der 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wedel über die Reinigung der öffentlichen Straßen sowie über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung vom 01.01.2013

Aufgrund der §§ 4 und 17 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 57) - GO -, zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Oktober 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 696), des § 45 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. November 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 631, - StrWG - zuletzt geändert durch LVO am 15.12.2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 850) sowie der §§ 1 und 6 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Januar 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 27) - KAG - zuletzt geändert am 22.03.2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 371,385) wird nach Beschlussfassung des Rates der Stadt Wedel vom 07.10.2010 folgende Satzung erlassen:

Inhalt:

Abschnitt I
Straßenreinigung

- § 1 Reinigungspflichtige Straßen
- § 2 Reinigungspflicht der Stadt; Reinigungsklassen
- § 3 Reinigungspflicht der Eigentümerinnen und Eigentümer
- § 4 Art und Umfang der regelmäßigen Reinigungspflicht

Änderung

Präambel

Entfällt, neue Satzung

Aufgrund der §§ 4 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 und 17 Abs. 1, Abs. 2 S. 1 bis 3 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.02.2003 (GVOBl. S. 57), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.03.2022 (GVOBl. S.153), des § 45 Abs. 2, Abs. 3 Ziff. 1.,2.,3. und 5 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Schleswig-Holstein (StrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.11.2003 (GVOBl. Schl.-H., S. 631), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.05.2022 (GVOBl. S. 622) sowie der §§ 1 Abs. 1; 2 Abs. 1; 4; 6 Abs. 1 bis 5, Abs. 7 und § 18 Abs. 2 Nr. 2 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.01.2005 (GVOBl. S. 27), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.05.2022 (GVOBl. S. 564), wird nach Beschlussfassung des Rates der Stadt Wedel vom folgende Satzung erlassen:

entfällt

§ 5	Außergewöhnliche Verunreinigung der Straßen	
§ 6	Winterdienst	
§ 7	Grundstücksbegriff	
Abschnitt II <u>Straßenreinigungsgebühr</u>		
§ 8	Gegenstand der Gebühr	
§ 9	Gebührenpflichtiger Personenkreis	
§ 10	Gebührenmaßstab und Gebührensatz	
§ 11	Entstehung, Unterbrechung und Beendigung der Gebührenpflicht	
§ 12	Veranlagung, Fälligkeit	
Abschnitt III <u>Gemeinsame Vorschriften</u>		
§ 13	Datenverarbeitung	
§ 14	Ordnungswidrigkeiten	
§ 15	Inkrafttreten	

Abschnitt I

Straßenreinigung

§ 1

Reinigungspflichtige Straßen

(1) Folgende öffentlichen Straßen sind zu reinigen:

- a) Gemeindestraßen innerhalb der geschlossenen Ortslage (§ 4 Abs. 1 Sätze 2 und 3 StrWG)
- b) Bundes-, Landes- und Kreisstraßen innerhalb der geschlossenen Ortslage
- c) folgende Straßen außerhalb der geschlossenen Ortslage, im Bereich einer zusammenhängenden Bebauung:
 - 1. Bündtwiete
 - 2. Ennbargweg
 - 3. Fahrenkamp
 - 4. Strandbaddamm

(2) Die Reinigungspflicht erstreckt sich auf sämtliche Straßenteile, insbesondere:

- a) die Gehwege
- b) die begehbaren Seitenstreifen
- c) die Radwege, auch soweit deren Benutzung durch Fußgänger geboten ist
- d) die gemeinsamen (kombinierten) Geh- und Radwege
- e) die Fußgängerstraßen und Wohnwege
- f) die Gräben
- g) die Grabenverrohrungen, die dem Grundstücksanschluss dienen
- h) die als Parkplatz für Kraftfahrzeuge baulich hergestellten oder besonders gekennzeichneten Flächen

entfällt

entfällt

§ 1

Gegenstand der Reinigungs-, Schnee- und Glättebefreiungspflicht

(1) Folgende öffentliche Straßen sind zu reinigen **und von Schnee und Glätte zu befreien:**

- a) Gemeindestraßen innerhalb der geschlossenen Ortslage (~~§ 4 Abs. 1 Sätze 2 und 3 StrWG~~)
- b) Bundes-, Landes- und Kreisstraßen innerhalb der geschlossenen Ortslage
- c) folgende Straßen außerhalb der geschlossenen Ortslage, im Bereich einer zusammenhängenden Bebauung:
 - 1. Bündtwiete
 - 2. Ennbargweg
 - 3. Fahrenkamp
 - 4. **entfällt**

(2) Die Reinigungspflicht erstreckt sich auf sämtliche Straßenteile, insbesondere:

- a) die Gehwege
- b) die begehbaren Seitenstreifen
- c) die Radwege, auch soweit deren Benutzung durch Fußgänger geboten ist
- d) die gemeinsamen (kombinierten) Geh- und Radwege
- e) die Fußgängerstraßen und Wohnwege
- f) die Grabenverrohrungen, die dem Grundstücksanschluss dienen

i) die Fahrbahnen j) die Spielstraßen	g) die als Parkplatz für Kraftfahrzeuge baulich hergestellten oder besonders gekennzeichneten Flächen h) die Fahrbahnen i) die Spielstraßen (3) Zur Straßenreinigung gehört auch die Schnee- und Glättebeseitigung (Winterdienst).														
§ 2 Reinigungspflicht der Stadt; Reinigungsklassen (1) Für die in der Anlage aufgeführten Straßen, Straßenabschnitte, Straßenteile und Parkplätze ist die Stadt reinigungspflichtig. Jede von der Stadt zu reinigende Straße wird einer Reinigungsklasse zugeordnet. Die Reinigungsklasse jeder Straße ist der Anlage zu dieser Satzung zu entnehmen, die Bestandteil dieser Satzung ist. (2) Die Reinigungsklassen lauten: <table border="0"> <tr> <td>Reinigungsklasse I</td><td>Reinigung der Fahrbahn alle zwei Wochen</td></tr> <tr> <td>Reinigungsklasse II</td><td>Reinigung der Fahrbahn wöchentlich</td></tr> <tr> <td>Reinigungsklasse III</td><td>Reinigung der Nebenfläche maschinell zweimal wöchentlich, manuell fünfmal wöchentlich</td></tr> </table>	Reinigungsklasse I	Reinigung der Fahrbahn alle zwei Wochen	Reinigungsklasse II	Reinigung der Fahrbahn wöchentlich	Reinigungsklasse III	Reinigung der Nebenfläche maschinell zweimal wöchentlich, manuell fünfmal wöchentlich	§ 2 Reinigungs- und Winterdienstpflicht der Stadt; Reinigungs- und Winterdienstklassen (1) Für die in der Anlage - Straßenverzeichnis der Reinigungs- und Winterdienstklassen (Straßenverzeichnis) - aufgeführten Straßen, Straßenabschnitte, Straßenteile und Parkplätze ist die Stadt reinigungs- und winterdienstpflichtig. Die Straßen werden Reinigungs- und Winterdienstklassen im Straßenverzeichnis zugeordnet. Das Straßenverzeichnis ist Bestandteil dieser Satzung. (2) Die Reinigungsklassen lauten: <table border="0"> <tr> <td>Reinigungsklasse I</td><td>Reinigung der Fahrbahn alle zwei Wochen</td></tr> <tr> <td>Reinigungsklasse II</td><td>Reinigung der Fahrbahn einmal in der Woche</td></tr> <tr> <td>Reinigungsklasse III</td><td>Reinigung der Nebenfläche zweimal wöchentlich maschinell und fünfmal manuell in der Woche</td></tr> </table> Die Winterdienstklasse lautet: <table border="0"> <tr> <td>Winterdienstklasse W1</td><td>Schnee und Eisbeseitigung auf verkehrswichtigen Fahrbahnen einschließlich der dazugehörigen Fußgängerüberwege, Parkplätze, auf dem benutzungspflichtigen Radweg der Bahnhofstraße,</td></tr> </table>	Reinigungsklasse I	Reinigung der Fahrbahn alle zwei Wochen	Reinigungsklasse II	Reinigung der Fahrbahn einmal in der Woche	Reinigungsklasse III	Reinigung der Nebenfläche zweimal wöchentlich maschinell und fünfmal manuell in der Woche	Winterdienstklasse W1	Schnee und Eisbeseitigung auf verkehrswichtigen Fahrbahnen einschließlich der dazugehörigen Fußgängerüberwege, Parkplätze, auf dem benutzungspflichtigen Radweg der Bahnhofstraße,
Reinigungsklasse I	Reinigung der Fahrbahn alle zwei Wochen														
Reinigungsklasse II	Reinigung der Fahrbahn wöchentlich														
Reinigungsklasse III	Reinigung der Nebenfläche maschinell zweimal wöchentlich, manuell fünfmal wöchentlich														
Reinigungsklasse I	Reinigung der Fahrbahn alle zwei Wochen														
Reinigungsklasse II	Reinigung der Fahrbahn einmal in der Woche														
Reinigungsklasse III	Reinigung der Nebenfläche zweimal wöchentlich maschinell und fünfmal manuell in der Woche														
Winterdienstklasse W1	Schnee und Eisbeseitigung auf verkehrswichtigen Fahrbahnen einschließlich der dazugehörigen Fußgängerüberwege, Parkplätze, auf dem benutzungspflichtigen Radweg der Bahnhofstraße,														

(3) Der Elbwanderweg wird von der Stadt gereinigt.	Busbuchten und besonders gefährliche Fahrbahnstellen. entfällt neu: (3) Die Stadt betreibt die Straßenreinigung einschließlich Winterdienst als öffentliche Einrichtung mit Anschluss- und Benutzungszwang.
§ 3 Reinigungspflicht der Eigentümerinnen und Eigentümer (1) Soweit nicht die Stadt gem. § 2 reinigungspflichtig ist, sind die Eigentümerinnen bzw. Eigentümer der anliegenden Grundstücke reinigungspflichtig. Anstelle der Eigentümer bzw. Eigentümerinnen treten a) Erbbauberechtigte, b) Nießbraucherinnen bzw. Nießbraucher, sofern sie unmittelbaren Besitz am gesamten Grundstück haben, c) dinglich Wohnberechtigte, denen das ganze Gebäude zur Nutzung überlassen ist. (2) Der zu reinigende Bereich erstreckt sich in der Frontlänge der anliegenden Grundstücke von der Grundstücksgrenze a) bis zum Fahrbahnrand, wenn die vor dem Grundstück liegende Fahrbahnhälfte von der Stadt zu reinigen ist b) bis zur Fahrbahnmitte, wenn die vor dem Grundstück liegende Fahrbahnhälfte nicht von der Stadt zu reinigen ist	Neu § 3 Umfang der übertragenden Reinigungspflicht (1) Soweit die Stadt gem. § 2 nicht reinigungspflichtig ist, sind die Eigentümer*innen der an die Straße angrenzenden als auch durch sie erschlossenen Grundstücke (Hinterlieger) reinigungspflichtig (Reinigungspflichtige). Anstelle der Eigentümer*innen treten a) Erbbauberechtigte, b) Nießbraucher*innen, sofern sie unmittelbaren Besitz am gesamten Grundstück haben, c) dinglich Wohnberechtigte, denen das ganze Gebäude zur Nutzung überlassen ist. (2) Mehrere Reinigungspflichtige sind gemeinsam verantwortlich (Gesamtschulder*innen). (3) Der zu reinigende Bereich erstreckt sich in der Frontlänge der anliegenden Grundstücke von der Grundstücksgrenze a) bis zum Fahrbahnrand, wenn die vor dem Grundstück liegende Fahrbahnhälfte von der Stadt zu reinigen ist; b) bis zur Fahrbahnmitte, wenn die vor dem Grundstück liegende Fahrbahnhälfte nicht von der Stadt zu reinigen ist; c) auf die gesamte Straßenfläche, wenn nur auf einer Straßenseite ein reinigungspflichtiger Anliegender vorhanden ist;

c) bis zur Grundstücksgrenze jenseits der Straße, sofern diese - z.B. als selbständiger Fuß- und/ oder Radweg - keine Fahrbahn hat. (3) Wer zur persönlichen Erfüllung einer ihm oder ihr obliegenden Reinigungspflicht nicht in der Lage ist, hat eine geeignete Person mit der Reinigung zu beauftragen. Der oder die Reinigungspflichtige bleibt gleichwohl für die Erfüllung der Reinigungspflicht verantwortlich.	d) bis zum gegenüberliegenden Wegesrand, sofern dieser - z.B. als selbständiger Fuß- und/oder Radweg - keine Fahrbahn hat. entfällt (4) Die Reinigungspflicht umfasst insbesondere die Beseitigung von Kehrricht, Streumaterial, Wildkraut, Laub und sonstigem Unrat jeder Art, sowie Gegenständen, die nicht zur Straße gehören. Herbizide und andere chemische Mittel dürfen zur Wildkrautbeseitigung nicht eingesetzt werden. Die Einläufe in Entwässerungsanlagen und die dem Feuerlöschwesen dienende Wasseranschlüsse (Hydranten) sind jederzeit sauber und zugänglich zu halten. Kehrricht und sonstiger Unrat sind nach Beendigung der Reinigung unverzüglich aus dem Straßenraum zu entfernen und ordnungsgemäß zu entsorgen. (5) Art und Umfang der Reinigung richten sich nach den örtlichen Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit. (6) Wer zur persönlichen Erfüllung einer ihm oder ihr obliegenden Reinigungspflicht nicht in der Lage ist, hat eine geeignete Person mit der Reinigung zu beauftragen. Der oder die Reinigungspflichtige bleibt gleichwohl für die Erfüllung der Reinigungspflicht verantwortlich.

§ 4 Art und Umfang der regelmäßigen Reinigungspflicht der Eigentümerinnen und Eigentümer Die nach § 3 Reinigungspflichtigen haben die Straße so oft zu reinigen und von Wildkraut zu befreien, wie es für die öffentliche Sicherheit bzw. die Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches erforderlich ist, mindestens jedoch einmal wöchentlich. Die Einläufe in Entwässerungsanlagen und die dem Feuerlöschwesen dienenden Wasseranschlüsse sind jederzeit sauber zu halten. Einer mit der Reinigung verbundenen Staubentwicklung ist bei frostfreier Witterung durch Besprengen mit Wasser vorzubeugen. Kehrlicht und sonstiger Unrat ist aus dem Straßenraum zu entfernen und ordnungsgemäß zu entsorgen.	Entfällt ist in § 3 integriert Neu: § 4 Außergewöhnliche Verunreinigung (1) Wer eine öffentliche Straße über das übliche Maß hinaus verunreinigt, hat die Verunreinigung unverzüglich zu beseitigen. Andernfalls kann die Stadt die Verunreinigung auf Kosten der verursachenden Person beseitigen. (2) Dies gilt auch für die Verunreinigung durch Tierkot, der durch die tierhaltende bzw. tierführende Person unverzüglich zu entfernen ist. (3) Die Reinigungspflicht gem. § 3 bleibt hiervon unberührt.

§ 5

Außergewöhnliche Verunreinigung der Straßen

- (1) Wer eine öffentliche Straße über das übliche Maß hinaus verunreinigt, hat die Verunreinigung unverzüglich und unaufgefordert zu beseitigen. Andernfalls kann die Stadt die Verunreinigung auf Kosten der Verursacherin oder des Verursachers beseitigen. Die Reinigungspflicht gem. § 3 wird hiervon nicht berührt, soweit die Beseitigung der Verunreinigung zumutbar ist.
- (2) Eine über das übliche Maß hinausgehende Verschmutzung liegt insbesondere bei Ausscheidungen von Hunden und anderen Tieren vor. Eine Verunreinigung durch Hundekot ist unmittelbar nach dem Absetzen von dem- oder derjenigen zu beseitigen, der oder die den Hund ausführt. Ist nicht feststellbar wer den Hund führt, trifft diese Pflicht die Halterin oder den Halter. Die Stadt kann die Verunreinigung auf Kosten der Halterin oder des Halter bzw. der sonstigen Verursacherin oder des sonstigen Verursachers beseitigen.

§ 5

Umfang des übertragenen Winterdienstes

- (1) Soweit die Stadt gem. § 2 nicht winterdienstpflichtig ist, sind die Eigentümer*innen der an die Straße angrenzenden als auch durch sie erschlossenen Grundstücke (Hinterlieger) winterdienstpflichtig (Winterdienstpflichtige). Anstelle der Eigentümer*innen treten
 - a) Erbbauberechtigte,
 - b) Nießbraucher*innen, sofern sie unmittelbaren Besitz am gesamten Grundstück haben,
 - c) dinglich Wohnberechtigte, denen das ganze Gebäude zur Nutzung überlassen ist.
- (2) Mehrere Winterdienstpflichtige sind gemeinsam verantwortlich (Gesamtschulder*innen).
- (3) Geh- und Radwege sind soweit möglich in einer Breite von mindestens 1,50 m von Schnee zu räumen, von Eis freizuhalten und bei Glatteis mit abstumpfenden Stoffen (Splitt, Granulat oder Sand) zu streuen. Die Breite richtet sich nach den örtlichen Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit bzw. der Aufrechthaltung der Verkehrssicherheit im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs. In Verbindung mit Überwegen sind Gehwege so zu bestreuen, dass die Straßenübergänge ohne Gefahr und Behinderung der Nutzer*innen durch Schnee und Eis erreichbar sind. Auf Straßen ohne separate Gehwege oder mit einseitiger Bebauung ist auf der bebauten Seite der Winterdienst entsprechend durchzuführen.
- (4) Die Verwendung von Salz oder sonstigen auftauenden Stoffen ist verboten. Ihre Verwendung ist nur erlaubt bei
 - a) witterungsbedingten Ausnahmefällen (überfrierende Nässe und Eisregen),

	b) an besonders gefährlichen Stellen wie Fußgängerüberwege, Treppen, Rampen, Brückenauf- oder -abgängen, Abschnitte mit starkem Gefälle. Auf Baumscheiben und Grünflächen ist die Verwendung von Salz oder sonstigen auftauenden Stoffen unzulässig; damit versetzter Schnee darf dort nicht gelagert werden. (5) In der Zeit von 7:00 Uhr bis 20:00 Uhr - an Sonn- und Feiertagen von 8:00 bis 20:00 Uhr - ist Schnee und/oder entstehendes Glatteis, so oft wie erforderlich unverzüglich zu beseitigen; dies gilt auch für Glätte, die durch festgetretenen Schnee entstanden ist. Nach 20:00 Uhr gefallener Schnee oder entstandenes Glatteis ist bis 7:00 Uhr - an Sonn- und Feiertagen bis 8:00 Uhr - des folgenden Tages zu beseitigen. (6) Schnee und Eis sind grundsätzlich auf geeigneten Flächen des eigenen Grundstücks zu lagern. Sind keine geeigneten Flächen auf dem anliegenden Grundstück vorhanden, sind Schnee und Eis an der Grundstücksgrenze zu lagern. Ist an der Grundstücksgrenze kein ausreichender Lagerplatz vorhanden, muss das Drittel des Gehweges, das an die Fahrbahn grenzt, genutzt werden. Ist ein Teil des Gehweges zum Aufstellen von Kraftfahrzeugen besonders gekennzeichnet, so sind Schnee und Eis auf dem Teil des Gehweges zu lagern, der an diese gekennzeichnete Fläche grenzt. Bei Wegen mit einer Breite von bis zu 1,50 m und in der Bahnhofstraße sind Schnee und Eis bei nicht ausreichender Gehwegbreite an einer Stelle behinderungsfrei zu lagern, dass ein Abtransport möglich ist. Die wöchentliche Müllentsorgung muss gewährleistet bleiben. Die Einläufe in die Straßenentwässerungsanlagen und die dem Feuerlöschwesen dienende Wasseranschlüsse (Hydranten) sind freizuhalten.
--	--

	(7) Wer zur persönlichen Erfüllung einer ihm oder ihr obliegenden Winterdienstpflicht nicht in der Lage ist, hat eine geeignete Person mit der Reinigung zu beauftragen. Der oder die Reinigungspflichtige bleibt gleichwohl für die Erfüllung der Reinigungspflicht verantwortlich
§ 6 Winterdienst (1) Unabhängig von der Straßenreinigungspflicht der Stadt gem. § 2 und der Reinigungspflichtigen gem. § 3 sind alle Eigentümerinnen und Eigentümer, die Erbbauberechtigten, die Nießbraucherinnen und Nießbraucher, die unmittelbaren Besitz am gesamten Grundstück haben sowie alle dinglich Wohnberechtigten, denen das gesamte Gebäude zur Nutzung überlassen ist, nach Maßgabe der nachstehenden Absätze zum Winterdienst auf den an ihren Grundstücken anliegenden Straßenteilen verpflichtet. Auf dem Elbwanderweg nimmt die Stadt den Winterdienst wahr. (2) Wege im Sinne der nachstehenden Absätze sind die Gehwege, die Radwege und die gemeinsamen (kombinierten) Geh- und Radwege und die Spielstraßen. Ferner sind dies auch alle Straßenteile, für die eine oder mehrere der vorgenannten Benutzungsarten vorgesehen oder geboten ist. (3) Montag bis Freitag ist in der Zeit von 7.00 Uhr bis 20.00 Uhr sowie Samstag, sonn- und feiertags von 8.00 bis 20.00 entstehendes Glatteis auf den Wegen ist unverzüglich und so oft erforderlich zu beseitigen; nach 20.00 Uhr entstehendes Glatteis muss Montag bis Freitag bis 7.00 Uhr sowie Samstag, sonn- und feiertags bis 8.00 Uhr des Folgetages beseitigt sein. Die Beseitigungspflicht besteht auch für Glätte, die durch festgetretenen Schnee entstanden ist. Die Wege sind mit abstumpfenden Stoffen zu bestreuen. Die Verwendung von Salz oder sonstigen auftauenden Stoffen ist grundsätzlich verboten; ihre Verwendung ist nur erlaubt,	Jetzt in § 5

- a) in besonderen, klimatisch begründeten Ausnahmefällen (z.B. Eisregen)
- b) auf Treppen, Rampen, Brücken, Auf- und Abgängen, Gefälle- oder Steigungstrecken oder auf ähnlichen Gefahrenstellen.

Auf Baumscheiben und Grünflächen ist die Verwendung von Salz oder sonstigen auftauenden Stoffen unzulässig; damit versetzter Schnee und Eis darf dort nicht gelagert werden.

- (4) Der Schnee ist Montag bis Freitag zwischen 7.00 Uhr und 20.00 Uhr, sowie Samstag Sonn- und feiertags zwischen 8.00 Uhr und 20.00 Uhr unverzüglich nach beendetem Schneefall zu räumen; nach 20.00 Uhr gefallener Schnee muss bis 7.00 Uhr beziehungsweise 8.00 Uhr des Folgetages geräumt sein.
- (5) Die Wege sind von Eis und Schnee in einer Breite freizuhalten, die den örtlichen Verhältnissen und den Erfordernissen an die öffentliche Sicherheit bzw. die Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches entspricht. Spielstraßen sind von den jeweils Reinigungspflichtigen bis zur Fahrbahnmitte freizuhalten. Auf den mit Sand, Kies oder Schlacke befestigten Wegen ist nur Glätte zu beseitigen; jedoch sind Schneemengen, die den Fußgängerverkehr behindern, unter Schonung der Wegeoberflächen zu beseitigen.
- (6) Schnee und Eis sind an der Grundstücksgrenze abzulagern. Ausgenommen ist die Bahnhofstraße, wo der Schnee am Fahrbahnrand zu lagern ist oder bei nicht ausreichender Gehwegbreite an einer Stelle, die einen Abtransport ermöglicht. Bei Wegen mit einer Breite von bis zu 1,50 m müssen Schnee und Eis aus dem Verkehrsraum entfernt werden, wenn eine behinderungsfreie Lagerung nicht möglich ist. Dieses gilt auch für die Wege im Sinne des Absatzes 2 Satz 2. Von anliegenden

Grundstücken darf der Schnee nicht auf die Straße geschafft werden. (7) Die Einläufe in Entwässerungsanlagen und die dem Feuerlöschwesen dienenden Wasseranschlüsse sind jederzeit von Eis und Schnee freizuhalten.	Neu: § 6 Grundstücksbegriff (1) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine wirtschaftliche Einheit nach Bewertungsgesetz bildet, ohne Rücksicht auf die Grundbuch- oder Katasterbezeichnung. Unerheblich ist dabei, ob das Grundstück benutzt wird oder nutzbar ist. (2) Als anliegende Grundstücke im Sinne dieser Satzung gelten die Grundstücke, die vom Gehweg oder von der Fahrbahn durch Gräben, Mulden, Böschungen, Mauern, Trenn-, Rand-, Seiten-, Grün- oder Sicherheitsstreifen oder in ähnlicher Weise getrennt sind. Es macht keinen Unterschied, ob die anliegenden Grundstücke mit der Vorder- bzw. Hinterfront oder den Seitenfronten an einer Straße liegen. Dies gilt jedoch nicht, wenn eine Verbindung des Grundstücks mit der Straße unzulässig oder unmöglich ist oder wenn ein Geländestreifen zwischen Grundstück und Straße nicht dem Träger der Straßenbaulast gehört und selbständigen wirtschaftlichen Zwecken dient.
§ 7 Grundstücksbegriff (1) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz,	Jetzt in § 6

der eine wirtschaftliche Einheit nach dem Bewertungsgesetz bildet.

- (2) Als anliegend im Sinne dieser Satzung gilt auch ein Grundstück, das durch einen Graben, eine Böschung, einen Grünstreifen, eine Mauer oder in ähnlicher Weise vom Gehweg oder von der Fahrbahn getrennt ist, gleich, ob es mit der Vorder-, der Rück- oder mindestens einer Seitenfront an einer Straße liegt. Satz 1 gilt nicht, wenn ein Geländestreifen zwischen Straße und Grundstück nach § 2 StrWG weder dem öffentlichen Verkehr gewidmet noch Bestandteil der Straße ist.

neu

§ 7

Reinigungs- und Winterdienstgebühren

- (1) Soweit die Reinigungs- bzw. Winterdienstpflicht nach § 2 der Stadt obliegt, werden Reinigungs- und Winterdienstgebühren erhoben. Die von der Stadt zu reinigenden Straßen ergeben sich aus dem dieser Satzung als Anlage beigefügtem Straßenverzeichnis, das Bestandteil dieser Satzung ist.
- (2) Die Stadt erhebt für die von ihr durchgeführte Reinigung und den Winterdienst folgende Gebühren
- | | |
|-------------------------------------|---|
| 85 v.H. der Straßenreinigungskosten | für die Reinigungsklassen I und II sowie die Fahrbahnen in der Reinigungsklasse III |
| und | |
| 40 v.H. der Straßenreinigungskosten | für die Nebenflächen in der Reinigungsklasse III |
| und | |
| 50 v.H. der Winterdienstkosten | auf den im Straßenverzeichnis |

	unter Winterdienst aufgeführten Fahrbahnen einschl. Fußgängerüberwege und Busbuchten sowie dem benutzungspflichtigen Radweg der Bahnhofstraße und diese sind nach Maßgabe dieser Satzung von den nach § 8 dieser Satzung genannten Gebührenpflichtigen zu tragen. (3) Die Gebühren ruhen gem. § 6 Abs. 7 KAG als öffentliche Last auf dem Grundstück.
Abschnitt II <u>Straßenreinigungsgebühr</u> § 8 Gegenstand der Straßenreinigungsgebühr Soweit die Straßenreinigungspflicht nach § 2 der Stadt obliegt, werden Straßenreinigungsgebühren erhoben. Durch die Gebühren werden gedeckt: 85 v.H. der Straßenreinigungskosten für die Reinigungsklassen I und II sowie die Fahr- bahnen in der Reinigungsklasse III und 40 v.H. der Straßenreinigungskosten für die Nebenflächen in den Reinigungsklassen III	Abschnitt II <u>Straßenreinigungsgebühr</u> Jetzt in § 7

	Neu § 8 Gebührenpflichtige (1) Gebührenpflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Fälligkeit Eigentümer*in ist oder Wohnungs-oder Teileigentümer*in. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist die/der Erbbauberechtigte anstelle des/der Eigentümer*in gebührenpflichtig. Die Wohnungs- und Teileigentümer*innen einer Eigentümer*innengemeinschaft sind Gesamtschuldner*innen der auf ihr gemeinschaftliches Grundstück entfallenden Gebühren. Miteigentümer*innen oder mehrere aus dem gleichen Grunde dinglich Berechtigte sind Gesamtschuldner*innen. (2) Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschulder*innen. (3) Wechselt der/die Gebührenpflichtige im Laufe des Kalendervierteljahres, so sind für die Gebühren dieses Kalendervierteljahres der bisherige und der/die neue/n Gebührenpflichtige Gesamtschuldner*innen. (4) Die Gebührenpflichtigen gelten als Benutzer der öffentlichen Einrichtung.
§ 9 Gebührenpflichtige (1) Gebührenpflichtig für die Straßenreinigungsgebühr ist, wer im Zeitpunkt der Fälligkeit Eigentümer bzw. Eigentümerin oder zur	Jetzt § 8

Nutzung dinglich Berechtigte oder Berechtigter des anliegenden oder durch die Straße erschlossenen Grundstücks ist. Mehrere Gebührenpflichtige haften gesamtschuldnerisch.

- (2) Wechselt die gebührenpflichtige Eigentümerin oder der gebührenpflichtige Eigentümer oder die oder der an ihre oder seine Stellen tretende Gebührenpflichtige gem. Abs. 1, ist die oder der neue Gebührenpflichtige von Beginn des Monats an gebührenpflichtig, der dem Monat der Rechtsänderung folgt. Die bisherige Eigentümerin oder der bisherige Eigentümer haftet gesamtschuldnerisch für die Zahlung der Gebühren, die bis zum Zeitpunkt entstanden sind, in dem die Stadt Kenntnis vom Eigentumswechsel erhält.

Neu

§ 9

Bemessungsgrundlage und Höhe der Reinigungsgebühr

- (1) Die Reinigungsgebühr wird für die anliegenden und die durch die Straße erschlossenen Grundstücke (Hinterlieger) erhoben. Maßstab für die Gebührenhöhe ist die Straßenfrontlänge. Dabei wird die Straßenfrontlänge mit der Gebühr der jeweiligen Reinigungsklasse multipliziert, zu der die Straße gehört. Die Straßenfrontlänge ist die gemeinsame Grundstückslinie zwischen dem anliegenden Grundstück und der zu reinigenden Straße.
- (2) Bei einem Grundstück, das mit weniger als zwei Drittel seiner längsten Ausdehnung parallel zu der zu reinigenden Straße an die Straße angrenzt, gilt als Straßenfrontlänge zwei Drittel der längsten Ausdehnung parallel zu der zu reinigenden Straße abzüglich ein Viertel des Unterschieds zur tatsächlichen Straßenfrontlänge.
- (3) Bei einem Grundstück, das nicht an die zu reinigende Straße grenzt, aber von ihr erschlossen wird (Hinterlieger), gilt als Straßenfrontlänge die Hälfte der längsten Ausdehnung des Grundstücks parallel zur Straße.

§ 10 Gebührenmaßstab und Gebührensatz (1) Die Höhe der Gebühren bestimmt sich nach der Straßenfrontlänge und nach der Reinigungsklasse, zu der die Straße nach dem Straßenverzeichnis gehört. Dabei wird die Straßenfrontlänge mit der Gebühr der jeweiligen Reinigungsklasse multipliziert, zu der die Straße gehört. (2) Als Straßenfrontlänge gilt	(4) Bei Eckgrundstücken oder bei Grundstücken, die an mehreren zu reinigenden Straßen liegen oder durch mehrere Straßen erschlossen werden, wird die Gebühr für jede Straße nach der jeweiligen Straßenfrontlänge berechnet. (5) Bei der Feststellung der Straßenfrontlänge werden Bruchteile eines Meters bis zu 50 cm auf volle Meter nach unten abgerundet, Bruchteile eines Meters über 50 cm werden auf volle Meter nach oben aufgerundet. (6) Die Stadt trägt 15 v.H. der Straßenreinigungskosten bei Reinigungsklassen I und II und der Fahrbahn in Reinigungsklasse III sowie 60 v.H. der Straßenreinigungskosten der Nebenflächen bei Reinigungsklasse III. (7) Die jährliche Reinigungsgebühr beträgt je Meter Straßenfrontlänge des Grundstücks: <table data-bbox="1151 804 1957 979"> <tr> <td>Reinigungsklasse I (RK I)</td><td>6,37 €</td></tr> <tr> <td>Reinigungsklasse II (RK II)</td><td>12,74 €</td></tr> <tr> <td>Reinigungsklasse III (RK III)</td><td>51,92 €</td></tr> </table> Jetzt in § 9	Reinigungsklasse I (RK I)	6,37 €	Reinigungsklasse II (RK II)	12,74 €	Reinigungsklasse III (RK III)	51,92 €
Reinigungsklasse I (RK I)	6,37 €						
Reinigungsklasse II (RK II)	12,74 €						
Reinigungsklasse III (RK III)	51,92 €						

a) bei einem Grundstück, das mit weniger als zwei Dritteln seiner längsten Ausdehnung parallel zu der zu reinigenden Straße an die Straße angrenzt: zwei Drittel der längsten Ausdehnung des Grundstücks parallel zu der zu reinigenden Straße abzüglich eines Viertels des Unterschieds zur tatsächlichen Frontlänge, b) bei einem Grundstück, das nicht an die zu reinigende Straße grenzt, aber von ihr erschlossen wird: die Hälfte der längsten Ausdehnung des Grundstücks parallel zur Straße, höchstens jedoch die Frontlänge des schmalsten Grundstücks an der zu reinigenden Straße wobei die Grundstücke zu a) nicht berücksichtigt werden; wird das Grundstück von mehreren zu reinigenden Straßen erschlossen, wird von den danach gegebenen mehreren Frontlängen der Gebührenberechnung nur die kürzeste zugrunde gelegt. (3) Bei der Feststellung der Straßenfrontlänge werden Bruchteile eines Meters bis zu 50 cm abgerundet und über 50 cm aufgerundet. (4) Bei Eckgrundstücken, die mit zu reinen Wohnzwecken dienenden Einfamilienhäusern bebaut sind, wird die Gebühr nach der längeren Straßenfront berechnet. Die ermäßigte Gebühr muss jedoch mindestens zwei Drittel der vollen Gebühr betragen. (5) Die Gebühr je Meter Straßenfrontlänge beträgt jährlich in der <table data-bbox="219 1082 913 1182"> <tr> <td>Reinigungs-kategorie I</td> <td>1,91 €</td> </tr> <tr> <td>Reinigungs-kategorie II</td> <td>3,82 €</td> </tr> <tr> <td>Reinigungs-kategorie III</td> <td>6,86 €</td> </tr> </table>	Reinigungs-kategorie I	1,91 €	Reinigungs-kategorie II	3,82 €	Reinigungs-kategorie III	6,86 €	
Reinigungs-kategorie I	1,91 €						
Reinigungs-kategorie II	3,82 €						
Reinigungs-kategorie III	6,86 €						

§ 11 Entstehung, Unterbrechung und Beendigung der Gebührenpflicht (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit dem 1. des Monats, der auf den Beginn der Straßenreinigung folgt; sie erlischt mit dem Ende des Monats, in dem die Straßenreinigung eingestellt wird. Änderungen der Reinigungsklasse bewirken eine Gebührenänderung vom 1. des Monats an, der auf die Änderung folgt. (2) Ist die Gebühr im Voraus für das Kalenderjahr (§ 12) bereits erhoben, so wird diese Gebühr bei der nächsten Gebührenberechnung verrechnet, wenn aus Gründen, welche die	Neu: § 10 Bemessungsgrundlage und Höhe der Winterdienstgebühr (1) Die Winterdienstgebühr wird für die anliegenden und die durch die Straße erschlossenen Grundstücke (Hinterlieger) erhoben. Maßstab für die Gebührenhöhe ist die Straßenfrontlänge. § 9 Abs. 1 S. 2 und 3, Abs. 2 bis 5 gelten entsprechend. (2) Für die Durchführung des Winterdienstes auf der Fahrbahn trägt die Stadt 50 v.H. der Kosten. (3) Die jährliche Winterdienstgebühr beträgt je Meter Straßenfrontlänge des Grundstücks <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 80%;">Winterdienstklasse W1</td> <td style="width: 20%; text-align: right;">0,81 €</td> </tr> </table> Geändert in: § 11 Entstehung, Unterbrechung und Ende der Gebührenpflicht (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit dem ersten Tag des Kalendermonats, der auf den Beginn der regelmäßigen Reinigung und/oder des Winterdienstes der Straße folgt. Sie endet mit dem Ende des Monats, in dem die satzungsgemäße Straßenreinigung und/oder Winterdienst eingestellt wird. (2) Wird die Reinigung, mit Ausnahme der Durchführung des Winterdienstes in der Zeit vom 15.11. eines Jahres bis zum 15.03. des darauffolgenden Jahres, länger als 30 aufeinander folgende Tage unterbrochen, so entfällt für jeden vollen Kalendermonat der	Winterdienstklasse W1	0,81 €
Winterdienstklasse W1	0,81 €		

Stadt zu vertreten hat, die Reinigung völlig unterbrochen ist und die Unterbrechung auf Flächen a) der Reinigungsklasse I länger als 60 b) der Reinigungsklasse II länger als 30 c) der Reinigungsklasse III länger als 10 aufeinanderfolgende Tage dauert. Dies gilt nicht für Unterbrechungen, die durch Eisglätte und Schneefall bedingt sind.	Unterbrechung die Gebührenpflicht. Bei vorübergehenden Unterbrechungen in Folge von höherer Gewalt oder aus Gründen, die die Stadt nicht zu vertreten hat entsteht kein Anspruch auf Ermäßigung der Gebühren. (3) Eine Gebührenerstattung erfolgt nach Beendigung der Unterbrechung und der Wiederaufnahme der Reinigung.
§ 12 Veranlagung, Fälligkeit (1) Die Straßenreinigungsgebühr wird für das Kalenderjahr veranlagt. Die Stadt erteilt einen Veranlagungsbescheid über wiederkehrende Abgaben gem. § 12 KAG, der mit der Veranlagung zu anderen öffentlichen Abgaben zusammengefasst sein kann. (2) Ist die Straßenreinigungsgebühr zum Vorjahr unverändert, kann diese durch öffentliche Bekanntmachung festgesetzt werden. Die Festsetzung entfaltet am Tage der Bekanntmachung die gleiche Rechtswirkung wie ein schriftlicher Gebührenbescheid. (3) Die Gebühr ist in gleichen Teilbeträgen am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November eines jeden Jahres fällig.	§ 12 Veranlagung, Fälligkeit (1) Die Gebührenpflichtigen erhalten über die zu entrichtende Gebühr einen Gebührenbescheid, der mit anderen Abgaben verbunden sein kann. (2) Die Gebühr (Jahresgebühr) ist in Teilbeträgen oder in einer Summe fällig. Sie kann durch einen Dauerbescheid festgesetzt werden. (3) Die Gebühr ist grundsätzlich ein Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids fällig. Die Jahresgebühr ist in gleichen Teilbeträgen am 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. eines jeden Jahres fällig. (4) Auf Antrag der Gebührenpflichtigen kann eine jährliche Zahlung zum 01.07. bewilligt werden. Der Antrag ist bis spätestens zum 30.09. des Vorjahres einzureichen.

§ 13 Datenverarbeitung (1) Die Stadt Wedel ist berechtigt, zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dieser Satzung die erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten zu erheben und zu verarbeiten. Sie ist insbesondere zur Erhebung und Verarbeitung folgender Daten berechtigt: a) Daten über die Eigentumsverhältnisse, dinglichen Rechtsverhältnisse und sonstigen Grundstücksverhältnisse aus Grundsteuer- und Grundbuchakten sowie aus dem Liegenschaftsbuch des Katasteramtes, b) Daten, die ihr im Zusammenhang mit gesetzlichen, schuldrechtlichen oder dinglichen Vorkaufsrechten oder anderen Verwaltungsverfahren (z.B. Baugenehmigungsverfahren) bekannt geworden sind, c) Daten aus den Melderegistern, auch anderer Meldebehörden, hinsichtlich der Anschriften der Reinigungs- und Gebührenpflichtigen, d) sonstige Daten aus Katasterunterlagen über die Grundstücksverhältnisse, insbesondere auch zur Abgrenzung öffentlicher und privater Grundstücksflächen, e) Daten, die aufgrund örtlicher Feststellungen erhoben wurden bzw. erhebbar sind.	Die Reihenfolgen von § 13 und § 14 wurde geändert § 13 Ordnungswidrigkeiten <i>Inhalt ehemals § 14 geändert in:</i> (1) Ordnungswidrig handelt nach § 56 Ziffer 8 und 9 StrWG, wer vorsätzlich oder fahrlässig a) seiner Reinigungspflicht nach § 3 Abs. 1 bis 4 nicht nachkommt, b) seiner Winterdienstpflicht nach § 5 Abs. 1 bis 6 nicht nachkommt, (2) Ordnungswidrig handelt nach § 18 Abs.2 Nr. 2 KAG, wer vorsätzlich oder leichtfertig an der Erhebung der erforderlichen Daten gemäß § 14 Abs. 2 nicht mitwirkt oder falsche Auskünfte erteilt. (3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden.
§ 14 Ordnungswidrigkeiten	§ 14 Datenverarbeitung <i>Inhalt ehemals § 13 geändert in:</i>

Ordnungswidrig nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 KAG handelt, wer vorsätzlich an der Erhebung der erforderlichen Daten gem. § 13 nicht mitwirkt oder vorsätzlich oder leichtfertig falsche Auskünfte erteilt. Weitergehende gesetzliche Vorschriften bleiben unberührt.

(1) Die Stadt Wedel, Fachdienst Wirtschaft und Finanzen, ist berechtigt, zur Erfüllung der Aufgaben nach dieser Satzung die erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten zur Ermittlung der Reinigungs-, Winterdienst- und Gebührenpflichtigen und zur Festsetzung der Gebühr im Rahmen der Veranlagung nach dieser Satzung gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e), Abs. 2 der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) vom 27.04.2016 i.V.m. § 3 Abs. 1 Landesdatenschutzgesetz Schleswig-Holstein (LDSG) vom 02.05.2018 in der jeweils geltenden Fassung insbesondere folgende Daten zu erheben und zu verarbeiten:

- a) Name, Vorname, Anschrift, Geburtsdatum, Familienstatus und gegebenenfalls Kontoverbindung der Gebührenpflichtigen.
- b) Name und Anschrift einer oder eines evtl. Handlungs- oder Zustellbevollmächtigten
- c) Daten über die Eigentumsverhältnisse, dinglichen Rechtsverhältnisse und sonstigen Grundstücksverhältnisse aus Grundsteuer- und Grundbuchakten sowie aus dem Liegenschaftsbuch des Katasteramtes,
- d) Daten, die ihr im Zusammenhang mit gesetzlichen, schuldrechtlichen oder dinglichen Vorkaufsrechten oder anderen Verwaltungsverfahren (z.B. Baugenehmigungsverfahren) bekannt geworden sind,
- e) Daten aus den Melderegistern, auch anderer Meldebehörden, hinsichtlich der Anschriften der Reinigungs- und Gebührenpflichtigen,
- f) sonstige Daten aus Katasterunterlagen über die Grundstücksverhältnisse, insbesondere auch zur Abgrenzung öffentlicher und privater Grundstücksflächen,
- g) Daten, die aufgrund örtlicher Feststellungen erhoben wurden.

	(2) Die Daten dürfen vom Fachdienst Wirtschaft und Finanzen zum Zwecke der Aufgabenerfüllung nach dieser Satzung in einer Datenbank gesammelt und weiterverarbeitet werden. (3) Die Reinigungs-, Winterdienst- bzw. Gebührenpflichtigen gem. § 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 1 sind zur Mitwirkung bei der Erhebung der erforderlichen Daten verpflichtet. Insbesondere haben sie die erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie Unterlagen zum Nachweis zu erbringen. (4) Die für die Umsetzung und Überwachung der Reinigung und des Winterdienstes sowie für die Gebührenfestsetzung und -erhebung zuständigen städtischen Stellen sind befugt, dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin der Stadt Wedel als örtlicher Ordnungsbehörde und dem Fachdienst Bauverwaltung und öffentliche Flächen die nach dieser Satzung rechtmäßig erhobenen und gespeicherten Daten zur Erfüllung seiner oder ihrer Aufgaben auf Antrag mitzuteilen. (5) Die Stadt Wedel, Fachdienst Wirtschaft und Finanzen, speichert die personenbezogenen Daten für den Zeitraum der Aufgabenerfüllung nach dieser Satzung und im Rahmen der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten. (6) Der Einsatz technikunterstützter Informationsverarbeitung ist zulässig.
--	---

**§ 15
Inkrafttreten**

Die Satzung tritt zum 01.12.2010 in Kraft.

**§ 15
Inkrafttreten**

Die Satzung tritt am 01.07.2023 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Wedel über die Reinigung der öffentlichen Straßen sowie über die Erhebung der Gebühren für die Straßenreinigung (Straßenreinigungs- und gebührensatzung vom 07.10.2010 mit

der 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wedel über die Reinigung der öffentlichen Straßen sowie über die Erhebung der Gebühren für die Straßenreinigung (Straßenreinigungs- und gebührensatzung)) vom 06.10.2011,

der 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wedel über die Reinigung der öffentlichen Straßen sowie über die Erhebung der Gebühren für die Straßenreinigung (Straßenreinigungs- und gebührensatzung der vom 14.12.2012,

der 3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wedel über die Reinigung der öffentlichen Straßen sowie über die Erhebung der Gebühren für die Straßenreinigung (Straßenreinigungs- und gebührensatzung) vom 21.03.2013 und

der 4. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wedel über die Reinigung der öffentlichen Straßen sowie über die Erhebung der Gebühren für die Straßenreinigung (Straßenreinigungs- und gebührensatzung) vom 18.12.2014 außer Kraft.

<u>Anlage</u>		<u>Anlage</u>	
zur Satzung der Stadt Wedel über die Reinigung der öffentlichen Straßen sowie über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung (Straßenreinigungs- und -gebührensatzung, SruGS) vom		zur Satzung der Stadt Wedel über die Reinigung der öffentlichen Straßen sowie über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung (Straßenreinigungs- und -gebührensatzung - S truGS) vom	
Verzeichnis der Reinigungsklassen gem. § 2 SruGS		StraßenVerzeichnis der Reinigungs- und Winterdienstklassen gem. § 2 StruGS	
Verzeichnis der Reinigungsklassen gem. § 2 SruGS		Verzeichnis der Reinigungsklassen gem. § 2 SruGS	
<u>Reinigungsklasse I</u> : Reinigung der Fahrbahn alle zwei Wochen		<u>Reinigungsklasse I (RK I)</u> : Reinigung der Fahrbahn alle zwei Wochen	
Aastwiete	Beidseitig ab Steinberg Nr. 23/25 auf 50 m, dann einseitiger Bordstein auf ca. 75 m Länge bis Appelboomtwiete Nr. 2		
ABC-Straße	Zwischen Hafenstraße und Bekstraße		
Adalbert-Stifter-Straße			
Ahornstraße			
Alter Zirkusplatz			
Am Freibad			
Am Hang			
Am Hexenberg			
Am Lohhof			
Am Marienhof			
Am Rain			
Am Redder	Einschließlich befestigter Parkplatz am Gymnasium		Einschließlich befestigter Parkplatz am Gymnasium
Am Riesenkamp			

Amselstieg	ohne Stichstraßen		
An der Windmühle	bis zum Ende vom Grundstück Haus Nummer 3		
Ansgariusweg			ohne Stichstraße zu den Häusern Nr. 29-39 und 40, 42
Autal			die Straßentrasse zwischen den Straßen Rissener Straße und Breiter Weg
Baumgarten			
Beethovenstraße			
Beim Hoophof	ohne Stichstraße zu den Häusern Nr. 7 - 9f		
Beksberg			
Bekstraße			
Bergstraße			
Birkenweg			
Birkhahnweg			
Boockholtzstraße			
Breiter Weg			von Pinneberger Straße bis Autal beidseitig von Haus Nr. 73 - 115 nur die Straßenhälfte, die mit einer Bordkante versehen ist
Breslaustraße			
Brombeerweg			
Buchsbaumweg			
Croningstraße			ohne Stichwege
Drosselweg			
Dunantstraße			
Egenbüttelweg	ohne Stichstraßen		
Einsteinstraße			
		Elbring	
Elbstraße			
Erlenweg			
Fasanenweg			

Feldstraße	zwischen Bahnhofstraße und Industriestraße		
Flerrentwiete	zwischen Breiter Weg und Wendebereich in Höhe DRK-Kindertagesstätte einschließlich Wendehammer sowie von der Pinneberger Straße bis zum Ende der ausgebauten Straße		
Friedrich-Ebert-Straße			
Friedrich-Eggers-Straße	einschließlich Parkplatz am Mittendrin		
Gärtnerstraße			
Galgenberg	einschließlich Stichweg zw. Hausnummern 67 - 93		
Gerhart-Hauptmann-Straße	einschließlich Parkplatz		einschließlich Parkplatz
Ginsterweg			
Gnäterkuhlenweg	beidseitig ab Moorweg bis Hausnummer 53 und Parkplatz am Waldfriedhof		
Godewindstieg		Godewindstieg	Keine Reinigung ab 01.07.2023
Gödecke-Michel-Stieg		Gödecke-Michel-Stieg	Keine Reinigung ab 01.07.2023
Goethestraße			
Gorch-Fock-Straße	einschließlich Parkplätze vor und hinter der Kursana Residenz		einschließlich Parkplätze vor und hinter der Kursana Residenz geändert in: einschließlich Parkplatz vor der Kursana Residenz
Hafenstraße			
Haidbrook	ohne Stichstraße zum Quälkampsweg		ohne Stichstraße zum Quälkampsweg geändert in ohne Stichstraße zu den Häusern Nr. 1-9a
Hans-Böckler-Platz	einschließlich Parkflächen		einschließlich Parkflächen

Hasenkamp	zwischen Heinestraße und Schützenkamp		
Hasenknick			
Hatzburgtwiete			
Heinestraße	einschließlich Parkplatz		einschließlich Parkplatz
Heinrich-Schacht-Straße			
Heisterkamp			
Helgolandstraße			
Hellgrund			
Höbüschentwiete			
Holunderstraße			
Im Flerren			
Im Grund			
Immenhof			
Im Sandloch	zwischen Quälkampsweg und Haidbrook beidseitig, zwischen Haidbrook und Sandlochweg nur die Straßenhälfte von Haus Nr. 1 - 11, die mit einer Bordkante versehen ist		
Im Winkel	ab Haus Nr. 69 - 73 bis Einmündung Feldstraße nur einseitig auf der Nordwest-Seite		
In de Krümm			
Industriestraße			
Johann-Diedrich-Möller-Straße			
Julius-Leber-Weg	bis zur Kehre		
Jungfernstieg	einseitig nur die Straßenhälfte die mit einer Bordkante versehen ist, bis Haus Nr. 8 und Umfahrt des Parkplatzes	Jungfernstieg	Keine Reinigung ab 01.07.2023
Kantstraße	ohne die Zufahrt zu den Häusern Nr. 15 - 25		ohne die Zufahrt zu den Häusern Nr. 15 - 25 geändert in:

			bis zur Einmündung Adalbert-Stifter Straße
Kiefernweg			
Klabautermannweg			
Königsbergstraße			
Kronskamp			ohne Stichweg
Langenkamp			
Lee		Lee	keine Reinigung ab 01.07.2023
Lerchenweg	ohne Stichstraße zu den Häusern Nr. 23, 23a, 28 und 34		ohne Stichwege
Liethfeld			
Lindenstraße			
Lotsenweg		Lotsenweg	keine Reinigung ab 01.07.2023
Lülanden			
Luv		Luv	keine Reinigung ab 01.07.2023
Martin-Niemöller-Straße			
Möllers Park			
Moorweg			
Mozartstraße			
Mühlenweg			
Müllerkamp			
Neuwerkstraße			
Op`n Klint			
Otto-Hahn-Straße			
Parnaßstraße	nur Parkplatz	Parnaßstraße	nur Parkplatz keine Reinigung ab 01.07.2023 Straße in RK II
Pestalozzistraße			
Pferdekoppel			
Planckstraße			
Pöhlenweg			
Pulverstraße			
Quälkampsweg	zwischen Gnäterkuhlenweg und Wendehammer		
Rebhuhnweg			

Reepschlägerstraße	bis zum Wendehammer		
Robert-Koch-Straße			
Röntgenstraße			
Roggenhof	einseitig nur Ostseite		einseitig nur Ostseite einseitig nur die Straßenhälfte die mit einer Bordkante versehen ist
Rollberg			
Rotdornstraße	von der Einmündung in die Wachholderstraße bis zum Beginn des verkehrsberuhigten Bereichs		
Rudolf-Breitscheid-Straße	einschließlich Zufahrt zum Sportzentrum		
Rudolf-Kinau-Weg			
Sanddornweg			
Sandlochweg	nur die Straßenhälfte, die mit einer Bordkante versehen ist, die Häuser mit geraden Nummern in voller Länge und vor den Häusern Nr. 1 und 1a		
Scharhörstraße		Scharhörstraße	Keine Reinigung ab 01.07.2023
Schillerstraße			
Schloßkamp			
Schulauer Moorweg	zwischen Erlenweg und Haus Nr. 25 die Nordseite und von Haus Nr. 25 bis zur Landesgrenze die Südostseite		
Schulauer Straße	nur Parkplatz (Elbestadion)	Schulauer Straße Nur Parkplatz	Keine Reinigung ab 01.07.2023
Schwartenseekamp	20 m des Einmündungsbereichs	Schwartenseekamp	Keine Reinigung ab 01.07.2023
Spargelkamp			
Spitzerdorfstraße	einschließlich Parkflächen Schulauer Wochenmarkt		
Steinberg			
Stettinstraße			

Störtebekerweg		Störtebekerweg	Keine Reinigung ab 01.07.2023
Strandbaddamm			
Tannenkamp			
Theaterstraße			
Theodor-Johannsen-Straße			
Thomas-Mann-Straße-	ohne Stichstraßen		
Tinsdaler Weg	ohne Stichstraßen zu den Häusern Nr. 91 - 97 und 171 - 181		ohne Stichstraßen
Trischenstraße		Trischenstraße	Keine Reinigung ab 01.07.2023
Urnenfeld			
Vogt-Körner-Straße			
Von-Linné-Straße			
Von-Suttner-Straße			
Voßhagen			
Wacholderstraße			
Werkstraße			
Wiedestraße			
Wiedetwiete			

<u>Reinigungs-klasse II:</u> Reinigung der Fahrbahn wöchentlich		<u>Reinigungs-klasse II (RK II):</u> Reinigung der Fahrbahn wöchentlich	
Am Markplatz			
Austraße			
Bahnhofstraße		Bahnhofstraße	jetzt Reinigungs-klasse III
Bei der Doppeleiche			die Straßentrasse zwischen Hafenstraße und Tinsdaler Weg
Holmer Straße	bis zur Einmündung Lüländen		bis zur Einmündung Lüländen bis Ortsdurchfahrt
Mühlenstraße			
Parnaßstraße			
Pinneberger Straße	bis zum Einmündungsbereich Voßhörntwiete/ Flerrentwiete		bis zum Einmündungsbereich Voßhörntwiete/ Flerrentwiete bis Ortsdurchfahrt
Rathausplatz		Rathausplatz	jetzt Reinigungs-klasse III
Rissener Straße			
Rolandstraße			
Rosengarten			ab Haus Nr. 3 bzw. Nr. 6 in östliche Richtung
Schauenburgerstraße			
Schulauer Straße			
Strandweg			

<u>Reinigungsklasse III</u> : Reinigung der Nebenflächen zweimal wöchentlich maschinell, fünfmal wöchentlich manuell		<u>Reinigungsklasse III (RK III):</u> Reinigung der Fahrbahn einmal wöchentlich und der Nebenflächen zweimal wöchentlich maschinell und fünfmal wöchentlich manuell	
Bahnhofstraße	ohne Stichwege		
Bei der Doppeleiche	bis Hausnummer 4		
Rathausplatz	vor dem Rathaus, Bahnhofsvorplatz (Gem. Wedel, Fl. 11, Flurst. 42/60), Fußgängerbereich östl. der Ringstraße am ZOB bis zum westl. Bahnhofsausgang, Fußgängerflächen innerhalb der Ringstraße am ZOB, soweit sie zum Taxenstand bzw. zu den Omnibushaltestellen gehören		Platz vor dem Rathaus, Bahnhofsvorplatz (Gem. Wedel, Fl. 11, Flurst. 42/60) und gesamter Fußgängerbereich des ZOBs bis zum westl. Bahnhofsausgang, sowie die Fußgängerflächen innerhalb der Ringstraße am ZOB, soweit sie zum Taxenstand bzw. zu den Omnibushaltestellen gehören
Rosengarten	östl. Verlängerung des Bahnhofsvorplatzes bis zum Ende der eingeschossigen Bebauung des Hausgrundstücks „Rosengarten 3“ (Gem. Wedel, Fl. 11 Flurst. 40/13; westl. Teilstück)		

		<u>Winterdienst (W 1)</u>	
		ABC - Straße	zwischen Bekstraße und Hafenstraße
		Am Lohhof	
		Am Marienhof	
		Am Marktplatz	
		Austraße	
		Autal	die Straßentrasse zwischen den Straßen Rissener Straße und Breiter Weg
		Bahnhofstraße	einschließlich Fahrradweg in nördlicher Richtung von der Straße Bei der Doppeleiche bis Rathausplatz
		Bei der Doppeleiche	
		Bekstraße	
		Breiter Weg	
		Egenbüttelweg	ohne Stichstraßen
		Elbring	
		Elbstraße	ab Einmündung Rollberg / Parnaßstraße
		Feldstraße	zwischen Bahnhofstraße und Industriestraße
		Gärtnerstraße	
		Galgenberg	ohne Stichstraße
		Gorch-Fock-Straße	einschließlich Parkplatz vor der Kursana Residenz
		Hafenstraße	
		Heinestraße	
		Höbüschentwiete	
		Holmer Straße	bis Ortsdurchfahrt
		Industriestraße	

		Kronskamp	ab Einmündungsbereich Voßhagen in östlicher Richtung bis Industriestraße ohne Stichwege
		Lülanden	
		Moorweg	bis zum Kurvenbereich Wespenstieg
		Mühlenweg	
		Müllerkamp	
		Parnaßstraße	
		Pinneberger Straße	bis Ortsdurchfahrt
		Rathausplatz	einschl. ZOB
		Rissener Straße	bis Ortsdurchfahrt
		Rollberg	
		Rosengarten	
		Rudolf-Breitscheid-Straße	ohne Zufahrt zum Sportzentrum
		Schauenburgerstraße	
		Schulauer Straße	
		Spitzerdorfstraße	einschließlich Spitzerdorfer Markt
		Steinberg	
		Strandweg	
		Tinsdaler Weg	ohne Stichstraßen
		Voßhagen	ab Einmündung Rissener Straße in südlicher Richtung
		Wiedestraße	

<u>öffentlich</u>	BESCHLUSSVORLAGE
Verantwortlich: Stadtentwässerung	

Geschäftszeichen SEW/Hs	Datum 26.01.2023	BV/2023/008
----------------------------	---------------------	--------------------

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termine
Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss	Entscheidung	23.03.2023

Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2023 der Stadtentwässerung Wedel

Beschlussvorschlag:

Der UBF beschließt den Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2023 der SEW mit der Änderung einer Entgeltstufe (EG) im Ingenieurbereich.

Ziele**1. Strategischer Beitrag des Beschlusses**

(Bezug auf Produkt / Handlungsfeld / Oberziele)

Personalgewinnung und -bindung im Ingenieurbereich für die Planung und Projektleitung des öffentlichen Kanalnetzes (Kanalbau/Kanalsanierung).

Darstellung des Sachverhaltes

Eine derzeit mit EG 10 ausgewiesene Stelle im Ingenieurbereich soll auf EG 11 angehoben werden und um ein entsprechendes Aufgabenfeld erweitert werden.

Begründung der Verwaltungsempfehlung

Die derzeit laufende Ausschreibung brachte keine für das Aufgabenfeld geeigneten Bewerber*innen hervor, was sicherlich dem allgemeinen Fachkräftemangel geschuldet ist. Durch die Erhöhung der Entgeltstufe erhofft sich die Verwaltung eine Erhöhung des Bewerberkreises und eine damit verbundene qualifizierte Besetzung der vakanten Stelle. Die angestrebte Erhöhung des Gehalts bewegt sich je nach Erfahrungsstufe der Fachkraft von 3,7% - 9,4% (max. 6.500,- EUR brutto pro Jahr).

Sollte sich seit dem Verfassen dieser Beschlussvorlage eine positivere Bewerber*innensituation ergeben haben, sollte dennoch hierüber beschlossen werden, da offensichtlich auch zur Bindung von Fachpersonal in diesem Bereich eine höhere Eingruppierung erforderlich sein wird.

Darstellung von Alternativen und deren Konsequenzen mit finanziellen Auswirkungen

Zurzeit wird keine Alternative gesehen. Falls die Stelle nicht dauerhaft besetzt wird, hätte dies eine eingeschränkte Handlungsfähigkeit zur Folge, die zu Sanierungstau führen und damit zu Lasten der Qualität des öffentlichen Kanalnetzes gehen würde.

Finanzielle Auswirkungen

Der Beschluss hat finanzielle Auswirkungen:

☒ ja ☐ nein

Mittel sind im Haushalt bereits veranschlagt

☐ ja ☐ teilweise ☐ nein

Es liegt eine Ausweitung oder Neuaufnahme von freiwilligen Leistungen vor:

☐ ja ☒ nein

Die Maßnahme / Aufgabe ist

- ☒ vollständig gegenfinanziert (durch Dritte)
☐ teilweise gegenfinanziert (durch Dritte)
☐ nicht gegenfinanziert, städt. Mittel erforderlich

Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 21.02.2019 zum Handlungsfeld 8 (Finanzielle Handlungsfähigkeit) sind folgende Kompensationen für die Leistungserweiterung vorgesehen:

(entfällt, da keine Leistungserweiterung)

Ergebnisplan						
Erträge / Aufwendungen	2023 alt	2023 neu	2024	2025	2026	2027 ff.
		in EURO				
*Anzugeben bei Erträge, ob Zuschüsse / Zuweisungen, Transfererträge, Kostenerstattungen/Leistungsentgelte oder sonstige Erträge						
Anzugeben bei Aufwendungen, ob Personalkosten, Sozialtransferaufwand, Sachaufwand, Zuschüsse, Zuweisungen oder sonstige Aufwendungen						
Erträge*						
Aufwendungen*						
Saldo (E-A)						

Investition	2023 alt	2023 neu	2024	2025	2026	2027 ff.
	in EURO					
Investive Einzahlungen						

Investive Auszahlungen						
Saldo (E-A)						

Anlage/n

Keine

<u>öffentlich</u>	BESCHLUSSVORLAGE
Verantwortlich: Fachdienst Ordnung und Einwohnerservice	

Geschäftszeichen 1-302-Ho	Datum 01.03.2023	BV/2023/020
------------------------------	---------------------	--------------------

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termine
Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss	Vorberatung	23.03.2023
Rat der Stadt Wedel	Entscheidung	06.04.2023

Kameradschaftskasse der Freiwilligen Feuerwehr Wedel 2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Wedel stimmt dem vorliegenden Einnahmen- und Ausgabenplan 2023 der Kameradschaftskasse der Freiwilligen Feuerwehr Wedel zu.

Ziele**1. Strategischer Beitrag des Beschlusses**

(Bezug auf Produkt / Handlungsfeld / Oberziele)

2. Maßnahmen und Kennzahlen für die Zielerreichung des Beschlusses**Darstellung des Sachverhaltes**

Nach der Satzung für Sondervermögen der Stadt Wedel für die Kameradschaftspflege der Freiwilligen Feuerwehr Wedel in Verbindung mit § 2a Abs. 3 Brandschutzgesetz ist die Einnahme- und Ausgaberechnung 2023 nach dem Mitgliederbeschluss (am 07.02.2023) und vor Inkrafttreten dem Rat zur Zustimmung vorzulegen. Die Verwaltung empfiehlt die Zustimmung. Aus dem städtischen Haushalt fließt lediglich der jährliche städtische Zuschuss in die Kameradschaftskasse. Der bei weitem höhere Anteil stammt von Zuwendungen Dritter oder wird selbst erwirtschaftet. Die Kameradschaftskasse ist ein zentrales Element der Kameradschaftspflege und damit auch eine Anerkennung der ehrenamtlichen Leistungen der Einsatzkräfte.

Begründung der Verwaltungsempfehlung

Die Verwaltung empfiehlt die Zustimmung. Aus dem städtischen Haushalt fließt lediglich der jährliche städtische Zuschuss in die Kameradschaftskasse. Der bei weitem höhere Anteil stammt von Zuwendungen Dritter oder wird selbst erwirtschaftet. Die Kameradschaftskasse ist ein zentrales Element der Kameradschaftspflege und damit auch eine Anerkennung der ehrenamtlichen Leistungen der Einsatzkräfte.

Darstellung von Alternativen und deren Konsequenzen mit finanziellen Auswirkungen

Der Einnahmen- und Ausgabenplan des Jahres 2023 tritt erst nach Zustimmung des Rates in Kraft. Gemäß § 4 Abs. 3 S. 2 der Satzung für Sondervermögen der Stadt Wedel für die Kameradschaftspflege der Freiwilligen Feuerwehr Wedel ist eine Ablehnung gegenüber dem Wehrvorstand zu begründen.

Finanzielle Auswirkungen

Der Beschluss hat finanzielle Auswirkungen:

☒ ja ☐ nein

Mittel sind im Haushalt bereits veranschlagt

☒ ja ☐ teilweise ☐ nein

Es liegt eine Ausweitung oder Neuaufnahme von freiwilligen Leistungen vor:

☐ ja ☒ nein

Die Maßnahme / Aufgabe ist

- ☐ vollständig gegenfinanziert (durch Dritte)
☒ teilweise gegenfinanziert (durch Dritte)
☐ nicht gegenfinanziert, städt. Mittel erforderlich

Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 21.02.2019 zum Handlungsfeld 8 (Finanzielle Handlungsfähigkeit) sind folgende Kompensationen für die Leistungserweiterung vorgesehen:

(entfällt, da keine Leistungserweiterung)

Ergebnisplan						
Erträge / Aufwendungen	2023 alt	2023 neu	2024	2025	2026	2027 ff.
		in EURO				
*Anzugeben bei Erträge, ob Zuschüsse / Zuweisungen, Transfererträge, Kostenerstattungen/Leistungsentgelte oder sonstige Erträge Anzugeben bei Aufwendungen, ob Personalkosten, Sozialtransferaufwand, Sachaufwand, Zuschüsse, Zuweisungen oder sonstige Aufwendungen						
Erträge*						
Aufwendungen*						
Saldo (E-A)						

Investition	2023 alt	2023 neu	2024	2025	2026	2027 ff.
	in EURO					
Investive Einzahlungen						

Investive Auszahlungen						
Saldo (E-A)						

Anlage/n

- 1 Freiwillige Feuerwehr Wedel Kameradschaftskasse 2023

Freiwillige Feuerwehr Wedel

Kameradschaftskasse

Einnahmen- und Ausgabenplan der Freiwilligen Feuerwehr Wedel für das Jahr 2023

Einnahmen		Einnahmen		Ausgaben		Ausgaben	
		Plan				Plan	
0000	Zuwendungen von Mitgliedern		0,00 €	0800	Ausgaben für Kameradschaftspflege und Versammlungen		10.500,00 €
0100	Zuwendungen von Dritten		3.500,00 €	0900	Ausgaben für Ehrungen und Geschenke		1.000,00 €
0200	Einnahmen aus Veranstaltung		8.000,00 €	1000	Ausgaben für Veranstaltungen		6.000,00 €
0300	Veräußerung von Vermögensgegenständen im EW ab 500 €		0,00 €	1100	Erwerb von Vermögensgegenständen		500,00 €
0400	Erstattung von Auslagen durch die Stadt und Dritte		4.000,00 €	1200	Auslagen für die Stadt und Dritte		0,00 €
0500	Sonstige Einnahmen (Jugendfeuerwehr)		8.000,00 €	1300	Sonstige Ausgaben (Jugendfeuerwehr 8000)		12.000,00 €
0600	Einzahlungen der Stadt Wedel		5.400,00 €	1400	Auszahlungen an die Stadt Wedel		0,00 €
0700	Entnahmen aus der Rücklage		1.100,00 €	1500	Zuführungen zu den Rücklagen		0,00 €
SUMME EINNAHMEN			30.000,00 €	SUMME AUSGABEN			30.000,00 €

Mehreinnahmen decken Mehrausgaben.

Die Ausgaben der Konten 0800 - 1500 sind gegenseitig deckungsfähig.

Wedel, 07.02.2023

<u>öffentlich</u>	öffentlicher Antrag
-------------------	---------------------

Geschäftszeichen UBF/2023/046	Datum 22.02.2023	ANT/2023/006
----------------------------------	---------------------	---------------------

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termine
Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss	Entscheidung	23.03.2023

Antrag der SPD-Fraktion: Ergebnisse des Jugendprojektes an der Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule

Anlage/n

- 1 Antrag der SPD Fraktion Ergebnisse des Jugendprojektes Ernst Barlach Gemeinschaftsschule

Antrag Ergebnisse des Jugendprojekte an der Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule zur Sitzung des UBF-Ausschusses am 23.03.2023:

Am Freitag den 3. Februar 2023 haben Schüler*innen der Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule die Ergebnisse ihrer "Geographiedidaktischen Projekttag - Wir werden eine 'Low-Emission-School' - Less CO2" der Presse und Vertreter*innen der politischen Parteien vorgetragen. Dabei wurden Vorschläge für die Themenkreise "Ernährung", "Energie" und "Mobilität" erarbeitet. Einige der Vorschläge können durch die Schüler*innen und die Schule ohne weitere Unterstützungen von außen umgesetzt werden, einige andere bedürfen der Unterstützung der Stadt Wedel für ihre Umsetzung. Daher stellt die SPD-Fraktion den Antrag, dass die Verwaltung insbesondere die folgend genannten Vorschläge auf Umsetzbarkeit prüft und der Politik, der Öffentlichkeit und der Schule eine Rückmeldung dazu gibt.

1. Themenkreis Ernährung: Laut Präsentation der Schüler*innen bedeutet eine Einwegflasche aus PET ca. 70g CO2 wobei sich nur ca. 30% durch Recycling verhindern lässt. Die Schüler*innen haben ausgerechnet, dass sich mit einem 2. Wasserspender (ca. 4000-5000€) für die Schule ca. 2 Tonnen CO2 einsparen ließen.

2a. Themenkreis Energie: Neue LED-Lampen statt der alten Leuchtstoffröhren würden laut den Schülerinnen ca. 50% Strom einsparen. Außerdem schlagen sie den Einbau von 350 WLAN gesteuerten Heizungsthermostaten vor, die eine zentrale Steuerung und Nachtabenkung um 3°C sowie eine Ansteuerung durch die Lehrerschaft während Lüftungsintervallen zu ermöglichen. Die Schüler*innen haben ein Einsparungspotential von ca. 14.000€ pro Jahr errechnet. Außerdem regen die Schüler*innen die Kontrolle und den Austausch von Tür- und Fensterdichtungen an, die anscheinend nicht mehr ausreichend abdichten.

2b. Themenkreis Energie: Laut den Schülerinnen hat die Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule ca. 1710m² Dachfläche, die bei Bestückung mit Solarmodulen bis zu 342.000 kWh/a Strom erzeugen könnten. Schon eine Bestückung auf der Hälfte der Dachfläche würde den jährlichen Stromverbrauch der Schule kompensieren. Als Kosten haben die Schüler*innen ca. 300.000 € errechnet.

3. Themenkreis Mobilität: Um den Autoverkehr zur und von der Schule zu verringern, Stichwort Elterntaxi, schlagen die Schüler*innen vor einen "Fahrrad-Tresor" zu bauen, womit ein geschlossener Fahrradunterstand mit Tür, Videoüberwachung und Zugangskontrolle gemeint ist, der insbesondere für teure E-Bikes und E-Roller gedacht ist und der auch eine Auflademöglichkeit bieten soll. Strom könnte dafür aus optionellen Solarmodulen auf dem Dach des Unterstandes kommen.

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wedel Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss



Aus Sicht der SPD-Fraktion würde sich insbesondere für den Punkt 2a. und die Installation von Solarmodulen eine Kooperation mit den Wedeler Stadtwerken anbieten.

Lothar Kassemek, Gerrit Baars

Wedel, den 13.02.2023

<u>öffentlich</u>	
Verantwortlich: Fachdienst Bauverwaltung und öffentliche Flächen	MITTEILUNGSVORLAGE

Geschäftszeichen FB 2 / FD 2-60 / Boe	Datum 16.02.2023	MV/2023/009
--	---------------------	--------------------

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termine
Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss	Kenntnisnahme	23.03.2023

Stand und Kosten wichtiger Bauvorhaben - öffentliche Flächen

Inhalt der Mitteilung:

Anbei der Stand und Kosten wichtiger Bauvorhaben für den Bereich öffentliche Flächen
(Straßenbau und Grünanlagen)

Anlage/n

- 1 Berichtswesen Kostenstand 2-602 für März 2023

Übersicht des Fachdienstes 2-602 - öffentliche Flächen

Bauvorhaben / Projekt (Budget)	Baukosten brutto, inkl. Nebenkosten	Beschlusslage	geplante Bauzeit	Meilensteine / Erläuterungen	zzgl. Baukostenanteile Oberflächenentwässerung (50 %-Regelung)	Sonstiges (Beiträge / Erstattungen)
1) Ausbau Breiter Weg (541001747) Kostenschätzung gem. Vorplanung 2019 Kostenberechnung gem. Entwurf 2022 aktueller Stand der Kosten (gem. laufender Beauftragungen) Kosten nach Abschluss der Maßnahme (schlussgerechnet)	2.900.000 € ausstehend	s. BV/2019/158 ausstehend	2021-2022 2023-2025	Variantenbeschluss und Anliegerbeteiligung	200.000 € noch zu ermitteln	noch zu ermitteln
2) Ausbau Tinsdaler Weg (541001708) Kostenschätzung gem. Vorplanung 2021 Kostenberechnung gem. Entwurf 2022 aktueller Stand der Kosten (gem. laufender Beauftragungen) Kosten nach Abschluss der Maßnahme (schlussgerechnet)	6.000.000 € ausstehend	s. BV/2021/137	2024-2027	Variantenfavorisierung und Anliegerbeteiligung	noch zu ermitteln (variantenabhängig)	ggf. GVFG / Rad- verkehrsförderung noch zu ermitteln
3) Ausbau Im Sandloch (541001729) Kostenschätzung gem. Vorplanung 2021 Kostenberechnung gem. Entwurf 2022 aktueller Stand der Kosten (gem. laufender Beauftragungen) Kosten nach Abschluss der Maßnahme (schlussgerechnet)	550.000 € <i>Maßnahmenverschiebung um 2 Jahre</i>	s. BV/2022/060	2023-2025	Variantenbeschluss und Anliegerbeteiligung	noch zu ermitteln (variantenabhängig)	noch zu ermitteln
4) Ausbau Sandlochweg (541001730) Kostenschätzung gem. Vorplanung 2021 Kostenberechnung gem. Entwurf 2022 aktueller Stand der Kosten (gem. laufender Beauftragungen) Kosten nach Abschluss der Maßnahme (schlussgerechnet)	1.200.000 € <i>Maßnahmenverschiebung um 2 Jahre</i>	s. BV/2022/060	2023-2025	Variantenbeschluss und Anliegerbeteiligung	noch zu ermitteln (variantenabhängig)	noch zu ermitteln
5) Ausbau Kleinsiedlerweg (541001732) Kostenschätzung gem. Vorplanung 2021 Kostenberechnung gem. Entwurf 2022 aktueller Stand der Kosten (gem. laufender Beauftragungen) Kosten nach Abschluss der Maßnahme (schlussgerechnet)	600.000 € <i>Maßnahmenverschiebung um 2 Jahre</i>	s. BV/2022/060	2023-2025	Variantenbeschluss und Anliegerbeteiligung	noch zu ermitteln (variantenabhängig)	noch zu ermitteln

6) Sanierung Steinweg (555001705)	Kostenschätzung gem. Vorplanung 2020	250.000 €	ohne	2021	Instandsetzungsmaßnahme	entfällt	
	Kostenberechnung gem. Entwurf 2021	350.000 €	ohne	2022			
	aktueller Stand der Kosten (gem. laufender Beauftragungen)	290.000 €		Nov 22	gem. Ausschreibungsergebnis		
	Kosten nach Abschluss der Maßnahme (schlussgerechnet)	ausstehend					
7) Sanierung Langer Damm (555001706)	Kostenschätzung gem. Vorplanung 2021	220.000 €	ohne	2021	Instandsetzungsmaßnahme	entfällt	
	Kostenberechnung gem. Entwurf 2021	240.000 €	ohne	2022			
	aktueller Stand der Kosten (gem. laufender Beauftragungen)	280.000 €		Nov 22	gem. Ausschreibungsergebnis		
	Kosten nach Abschluss der Maßnahme (schlussgerechnet)	ausstehend		Ende 22			
8) Sanierung Flutschutztore Strandweg (552001703)	Kostenschätzung gem. Vorplanung 2021	450.000 €	ohne	2022	Instandsetzungsmaßnahme	entfällt	
	Kostenberechnung gem. Entwurf 2022	450.000 €	ohne	2023			
	aktueller Stand der Kosten (gem. laufender Beauftragungen)	440.000 €		2023	gem. Ausschreibungsergebnis		
	Kosten nach Abschluss der Maßnahme (schlussgerechnet)			2023			
9) Errichtung Bike + Ride - Anlage (546001709)	Kostenschätzung gem. Vorplanung 2018	700.000 €	s. BV/2018/113	2020/2021	Berechnung von Agentur BahnStadt GbR.	entfällt	
	Kostenberechnung gem. Entwurf 2019	700.000 €	s. BV/2019/055	2020/2021	Zuwendungsbescheide der NAH.SH und MRH liegen vor.		
	aktueller Stand der Kosten (gem. laufender Beauftragungen)	750.000 €		2020-2022	Mehrkosten wg. Radwegumbau und weiterer Nebenleistungen.		
	Kosten nach Abschluss der Maßnahme (schlussgerechnet)	ausstehend		bis Ende 2022			ausstehend
10) Ausbau A.-Stifter-Straße und Kantstraße (541001743)	Kostenschätzung gem. Vorplanung 2022	980.000 €	ausstehend	2023-2025		noch zu ermitteln (variantenabhängig)	
	Kostenberechnung gem. Entwurf 2023						
	aktueller Stand der Kosten (gem. laufender Beauftragungen)						
	Kosten nach Abschluss der Maßnahme (schlussgerechnet)						